

Wie sollte die EU mit der Polykrise umgehen?

-EuroMemorandum 2024-

Inhalt

Einleitung

- 1. Das makroökonomische Umfeld der EU**
- 2. Löhne, Beschäftigung, Sozialpolitik und die Krise der Verteilung und der sozialen Reproduktion**
- 3. Konvergenz/Divergenz zwischen den EU-Mitgliedstaaten seit 2008**
- 4. Kohlenstoffabscheidung, -verwertung und -speicherung und der europäische Green Deal: Eine Gefahr für die sozial-ökologische Transformation**
- 5. Die politische Ökonomie der menschlichen Mobilität: Krise oder Chance?**
- 6. Die sich verändernde Weltordnung und ihre Auswirkungen auf die EU**

Das EuroMemorandum 2024 stützt sich auf Diskussionen und Papiere, die auf dem 29. Workshop über alternative Wirtschaftspolitik in Europa vorgestellt wurden, der von der EuroMemo-Gruppe organisiert und gemeinsam mit der Universität Neapel "Parthenope" vom 27. bis 28. September 2023 in Neapel/Italien veranstaltet wurde.

Einleitung

Wie im Euromemorandum 2023 analysiert, müssen die Entwicklungen in der EU im Kontext der Unordnung und der *Polykrise* gesehen werden, die durch den Zerfallsprozess der neoliberalen Weltordnung entstanden sind, in deren Rahmen die EU 1993 gegründet wurde. In Anlehnung an die Definition von Adam Tooze versteht die Euromemo-Gruppe eine Polykrise als eine Vielzahl von Schocks, die zwar unterschiedlich erscheinen, aber so zusammenwirken, dass das Ganze noch überwältigender wird als die Summe seiner Teile. Im Euromemorandum 2023 wird die Polykrise in Europa durch die wechselseitigen Auswirkungen des Klimawandels, der Covid-19-Pandemie, der Energiekrise, der Lebenshaltungskosten-, Pflege- und Reproduktionskrise, der zunehmenden Ungleichheiten, des Krieges in der Ukraine, der sich abzeichnenden hegemonialen Rivalität zwischen den USA und China und der Krise der Demokratie diagnostiziert.

Obwohl einige dieser Schocks in der Erklärung des Europäischen Rates von Granada vom 6. Oktober 2023¹ - einem Dreh- und Angelpunkt bei den Beratungen über die strategische Agenda der EU für 2024-29 - anerkannt wurden, sind die konkreten politischen Entwicklungen, die im diesjährigen Euromemorandum untersucht werden, wenig vertrauenserweckend. Die EU-Politik ist in ihrer Gesamtheit völlig unzureichend für die Bewältigung der Polykrise. Es sind die falschen Lösungen für die falschen Probleme.

Wie üblich beginnt das Euromemorandum 2024 in Kapitel 1 mit einer Analyse des makroökonomischen Umfelds und des politischen Kurses der EU. In den letzten Jahren haben die Euromemoranden den Europäischen Green Deal (EGD) analysiert, seine Abhängigkeit von finanzorientierten Mechanismen ("Blended Finance") kritisiert und für ein EU-weites öffentliches Investitionsprogramm als Alternative zur Bewältigung des Klimawandels und der anderen Dimensionen der Polykrise plädiert. Während der NextGeneration EU Covid-19 Konjunkturfonds als Ansatz für einen solchen Kurs interpretiert werden könnte, ist nun klar, dass sich die EU-Wirtschaftspolitik in eine andere Richtung bewegt - nämlich in Richtung "business as usual". In Kapitel 1 werden die kontraktiven Auswirkungen der Geld- und Fiskalpolitik der EU kritisiert, die in ihrer falschen Besessenheit von Inflation und Staatsverschuldung in der Tat kontraproduktiv sind, wenn es um den dringenden Bedarf an wichtigen langfristigen Investitionen geht. Das Kapitel kritisiert insbesondere die Zinserhöhungspolitik der EZB und das äußerst enttäuschende Ergebnis der Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP). Die Politik der EU hat trotz politischer Fortschritte im Anschluss an den Aktionsplan der Europäischen Säule sozialer Rechte zu einer regelrechten Stagnation geführt und die Armut, die regionalen und sozialen Ungleichheiten sowie die Krise der sozialen Reproduktion verschärft, deren Analyse in den Kapiteln 2 und 3 vertieft wird. Dies ist besonders

¹ Europäischer Rat (6. Oktober 2023), *Die Granada Erklärung*. Verfügbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2023/10/06/granada-declaration/>

besorgniserregend, wenn man bedenkt, dass das einzige konkrete Ergebnis, das sich aus der Erklärung von Granada ergeben dürfte, nämlich ein erneutes Engagement für die Osterweiterung als geostrategische Antwort auf Russlands Angriff auf die Ukraine, zu einer noch ungleicheren und heterogeneren EU führen wird, für welche die institutionelle Architektur völlig unzureichend ist.

Regionale Ungleichheit, ungleiche Entwicklung und Divergenz ist ein Thema, dem in Kapitel 3 des Euromemorandums 2024 besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Auf der Grundlage der auf der Konferenz 2023 in Neapel gewonnenen Erkenntnisse enthält das Kapitel eine ausführliche Fallstudie über Italien, die symptomatisch für die südeuropäischen Mitgliedstaaten der Eurozone nach der Finanzkrise ist, indem *"harte Spar- und interne Abwertungsprogramme durchgeführt wurden, die ihre Bevölkerung verarmten, Löhne und Arbeitnehmerrechte kürzten, ihren Wohlfahrtsstaat und den sozialen Zusammenhalt schwächten und die Produktionskapazität ihrer Volkswirtschaften beeinträchtigten"* und denen *"aufgrund ihrer Überschuldung..... die finanziellen Mittel fehlen, um ihre Industriestruktur und ihren Wohlfahrtsstaat zu verbessern und einen ökologischen und sozialen Wandel durchzuführen"*.

Insgesamt werden in den ersten drei Kapiteln des Euromemorandums 2024 die folgenden alternativen Politiken vorgeschlagen:

- EU-weite öffentliche Investitionspläne, die in enger Abstimmung mit den entsprechenden nationalen Plänen einen sozial-ökologischen Umbau und eine technologische Transformation der EU-Industrie fördern.
- Eine Fiskalpolitik, die durch die Geldpolitik unterstützt wird und nicht andersherum. Die Fiskalpolitik erfordert einen erweiterten EU-Haushalt in Höhe von 5 % des BNE, der durch neue Mittel finanziert wird, einschließlich der Besteuerung der Superreichen und der unerwarteten Übergewinne von Unternehmen, die von der Krise profitiert haben, wie Energieunternehmen und Banken. Eine dauerhafte zentrale Fiskalkapazität der EU muss durch eine gemeinsame Kreditaufnahme unterstützt werden. Wie in Kapitel 3 dargelegt, sind fiskalische Transfers unerlässlich, um in den peripheren Staaten der EU Kapazitäten für das Kernziel der sozial-ökologischen Transformation zu schaffen.
- Das Inflationsproblem der EU sollte durch die Steuerpolitik angegangen werden, einschließlich selektiver Senkungen der indirekten Steuern auf wichtige Waren und Dienstleistungen, höherer Steuern für bestimmte Sektoren und Bevölkerungsgruppen, Preiskontrollen in Sektoren von strategischer Bedeutung (Energie, Mieten, Grundnahrungsmittel), Unterstützung für Haushalte mit mittlerem und niedrigem Einkommen, die von der Lebenshaltungskostenkrise betroffen sind, und für Unternehmen, die Probleme haben, die gestiegenen Energierechnungen zu bezahlen.
- Das Mandat der EZB sollte erweitert werden und neben der Inflationskontrolle und der sozial-ökologischen Nachhaltigkeit auch die Vollbeschäftigung umfassen.

Das Inflationsziel sollte von 2 % auf 4 % erhöht werden.

- Es ist unwahrscheinlich, dass der neue SWP dort Erfolg haben wird, wo frühere Versionen gescheitert sind. Es bedarf eines alternativen Rahmens, bei dem (i) der Fokus von numerischen Benchmarks auf umfassendere politische Ziele verlagert wird; (ii) die Leitlinien durch finanzpolitische Standards und nicht durch starre Regeln festgelegt werden; (iii) die Kosten für die Bedienung der öffentlichen Schulden im Verhältnis zum BIP betrachtet werden und nicht deren absolute Höhe; (iv) eine "goldene Regel" eingeführt wird, welche die für den sozial-ökologischen Umbau erforderlichen öffentlichen Nettoinvestitionen vom Haushaltssaldo ausnimmt.
- Der Rückgang der Reallöhne sollte durch ein faires Angebot für die Arbeitnehmer:innen bekämpft werden, das Anhebungen der Mindestlöhne, Lohnerhöhungen, strengere Lohnindexierungsmechanismen, sowie die Besteuerung und Umverteilung von Übergewinnen und -vermögen umfasst. Besondere Aufmerksamkeit sollte frauendominierten Sektoren wie dem Pflegesektor gewidmet werden, wo berufliche Kompetenzen besser anerkannt und geschätzt werden sollten. Die Stärkung der Tarifverhandlungsrechte ist in diesem Zusammenhang besonders wichtig.
- Re-Regulierung der Beschäftigung, Arbeitsplatzqualität und bessere Arbeitsbedingungen sollten ganz oben auf der politischen Agenda stehen. Das Scheitern der EU-Ratstagung im Dezember 2023, die Richtlinie über Plattformarbeit zu verabschieden, war eine verpasste Gelegenheit.
- Die Mindesteinkommensunterstützung sollte auf einem rechtsbasierten Ansatz beruhen, der negative und strafende Konditionalitäten vermeidet. Ein auf Rechten basierender Ansatz würde die Autonomie der Empfänger:innen von Einkommensunterstützung stärken und sollte ein Recht auf Beschäftigung gewährleisten. Investitionen in eine Arbeitsplatzgarantie würden es ermöglichen, einen auf Rechten basierenden Ansatz mit Investitionen in öffentliche Dienstleistungen und Infrastruktur zu kombinieren, um einen sozial-ökologischen Wandel zu fördern.
- Ein Teil des von der Euromemo-Gruppe befürworteten öffentlichen Investitionsprogramms sollte darin bestehen, die Care-Economy als Aspekt eines auf Rechten basierenden Ansatzes zu fördern. Nach jahrzehntelanger Austerität und im Gefolge der Pandemie sind die öffentlichen Pflegedienste erschöpft. In Krankenhäusern fehlt es an Betten, Ärzt:innen, Krankenschwestern und Pfleger:innen, in Schulen an Lehrer:innen, in Arbeits- und Sozialämtern an Ressourcen.
- Die wirtschaftspolitische Steuerung der EU sollte in einen demokratischen, partizipativen Rahmen eingebettet sein, in dem das Europäische Parlament an der Entscheidungsfindung beteiligt ist, die Umsetzung überwacht und die Europäische Kommission und die EZB zur Rechenschaft zieht.

In den letzten Jahren gab es im Euromemorandum ein eigenes Kapitel, das sich mit

der Politik des Europäischen Green Deal befasste. Das Euromemorandum 2023 hat unsere Kritik an den Finanzierungsmechanismen, auf die sich der EGD stützt, vertieft und ausgeweitet. Eine übergreifende Botschaft war, dass der Mechanismus unzureichend und nicht geeignet ist für das Ausmaß und die Geschwindigkeit, mit welcher der wirtschaftliche Übergang stattfinden muss, um eine Klimakatastrophe abzuwenden. Diese Unzulänglichkeiten zwingen die EU und die Kommission dazu, zunehmend auf Kernenergie, Wasserstoff und spekulative technologische Innovationen im Bereich der Kohlenstoffabscheidung und -speicherung (CCUS) zu setzen. In diesem Jahr ist Kapitel 4 einer Kritik an der Kommissionspolitik zu CCUS gewidmet. Es wird darauf hingewiesen, dass es sich hierbei um Hochrisikotechnologien handelt, die das Grund- und Trinkwasser kontaminieren sowie Explosionen und Erdbeben auslösen können. Es gibt keine Garantie dafür, dass das Gas über Tausende von Jahren sicher unterirdisch gelagert werden kann. Darüber hinaus ist der Einsatz solcher Technologien nicht mit der Unmittelbarkeit vereinbar, mit der Maßnahmen gegen den Klimawandel ergriffen werden müssen. Radikalere und demokratischere Maßnahmen, die von der Euromemo-Gruppe im Laufe der Jahre befürwortet wurden, müssen ergriffen werden, anstatt darauf zu hoffen, dass das Allheilmittel der "Wundertechnologien" das Schlimmste verhindern werden. Im Hinblick auf das Thema CCUS schlägt das diesjährige Euromemorandum vor:

- Es wird eine klare Trennung zwischen Emissionsminderung und Kohlenstoffabscheidung vorgenommen und es werden ehrgeizige Ziele für die Reduktion der Restmengen gesetzt. Technologien zur Kohlenstoffabscheidung und -speicherung und deren Ableger werden zugunsten ökologischer Klimaschutzstrategien weitgehend vermieden.
- Die in den EU-Richtlinien und den Gesetzen der Mitgliedstaaten verbindlich festgelegte Hierarchie von Vermeidung, Recycling und Entsorgung muss alle Bereiche der Abfallwirtschaft abdecken, einschließlich Kohlendioxid.
- Es ist ein ehrgeizigerer Ausstiegsprozess erforderlich, einschließlich einer "Zielarchitektur" mit verbindlichen quantifizierten Stufenzielen für zulässige Emissionen (für 2030, 2040, 2050).
- Die EU muss ihre Verpflichtungen aus dem Kunming-Montreal Global Biodiversity Framework vom Dezember 2023 umsetzen, einschließlich der Stärkung natürlicher Senken.
- Die Wiederaufforstung und Wiedervernässung von Mooren muss integraler Bestandteil einer verantwortungsvollen Strategie gegen den Klimawandel sein.

Kapitel 5 ist dem globalen Thema der menschlichen Mobilität und Migration gewidmet und basiert auf Beiträgen von Forschern des Horizon 2020 Projekts OPPORTUNITIES² zur Euromemorandum-Konferenz 2023 in Neapel. Es beginnt mit

² Weitere Informationen finden Sie unter: <https://www.opportunitiesproject.eu/>

einer Analyse des Kontrasts zwischen dem rassifzierten Charakter der moralischen Panik in den europäischen Gesellschaften in Bezug auf Migration sowie dem rassifzierten und versicherheitslichten (securitised) Migrationsregime der EU und stellt dies dem relativ bescheidenen Migrationsniveau gegenüber (der Anteil der Nicht-EU-Migrant:innen in der EU beträgt 5,3 % der Gesamtbevölkerung). Das Kapitel kritisiert das Dubliner Übereinkommen als den Interessen von Migrant:innen und Asylbewerber:innen sowie dem Grundsatz der Solidarität zwischen den Außengrenzstaaten und anderen Mitgliedstaaten zuwiderlaufend. Das Ergebnis ist, dass es sowohl einen illegalen Markt des Menschenhandels als auch eine fremdenfeindliche Politik nährt. Auf der Grundlage einer ethnographischen "Cross-Talk"-Methodik, die für die Stimmen von Migrant:innen "von unten" sensibilisiert ist, werden in diesem Kapitel die folgenden alternativen Politiken abgeleitet:

- Entbürokratisierung des Migrationsregimes und Integration in die Arbeitsmarktpolitik. Dies könnte eine "Chance" bieten, die Aspekte der Reproduktionskrise der EU zu bewältigen, die mit der raschen Alterung der Gesellschaft zusammenhängen.
- Ersetzen des Dubliner Übereinkommens durch eine Regelung, die auf dem Solidaritätsprinzip beruht. Die Art und Weise, wie die EU mit den Flüchtlingsströmen nach dem Krieg in der Ukraine umgegangen ist, zeigt, dass dies möglich ist.

Die Überlegungen zur Strategischen Agenda 2024-29 gehen davon aus, dass "die Welt instabiler und komplexer wird".³ Kapitel 6 ist der Analyse dieser Instabilität und Komplexität gewidmet, die durch die menschliche Tragödie des Krieges zwischen Israel und der Hamas in Gaza noch verstärkt wird. Dieser Krieg droht nicht nur den gesamten Nahen Osten zu verschlingen, sondern auch zu einer direkten militärischen Konfrontation zwischen dem Westen und einer vom Iran angeführten Koalition zu führen. Kapitel 6 stellt den Krieg in der Ukraine in den breiteren Kontext der geopolitischen Rivalität zwischen den Vereinigten Staaten und China und bietet eine Alternative zur selbstgefälligen Erklärung von Granada, in der behauptet wird, Abhängigkeiten verringert, die Widerstandsfähigkeit erhöht und "wichtige Entscheidungen zum Schutz unserer Menschen und Volkswirtschaften" getroffen zu haben.⁴ Es wird davor gewarnt, dass die so genannte "Thukydides-Falle" zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung werden könnte, die die Wahrscheinlichkeit eines Krieges zwischen den Vereinigten Staaten und China erhöht, in den eine zunehmend militarisierte EU durch die zunehmende Abhängigkeit von den USA und dem transatlantischen Bündnis hineingezogen würde, während sich Russland immer stärker an China annähert. Das Kapitel verweist auf die negativen Auswirkungen der

³ Europäischer Rat (2024). *EU Strategie Agenda 2024-2029*. Verfügbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/en/policies/strategic-agenda-2024-2029/> (Zugriff am 5. Januar 2024)

⁴ Europäischer Rat (2023). *Die Erklärung von Granada*

Militarisierung auf die Aussichten, die Ziele des Europäischen Grünen Deals zu erreichen, und auf die Abhängigkeit von China bei der Umstellung auf erneuerbare Energien, sowohl im Hinblick auf die Rohstoffe als auch auf die Marktdominanz Chinas in Sektoren, die für diese Umstellung von strategischer Bedeutung sind.

Angesichts der aktuellen und gefährlichen Sicherheitsdynamik werden in Kapitel 6 die folgenden alternativen Politiken vorgeschlagen:

- Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen sowie ein Waffenstillstand und ein Friedensabkommen zwischen Russland und der Ukraine. Ein Waffenstillstand ist auch im Gazastreifen erforderlich, wo die Gewalt ein Ende haben muss. In Ostasien sind sicherheits- und vertrauensbildende Maßnahmen erforderlich, um die Spannungen abzubauen.
- Eine postimperiale Sensibilität im Westen, um die Wiederholung der vergangenen weltgeschichtlichen Zyklen hegemonialer Rivalität zu vermeiden.
- Auseinandersetzung mit der Macht des militärisch-industriellen Komplexes in verschiedenen Ländern
- Zusammenarbeit der EU mit China in Bereichen wie ökologische Nachhaltigkeit, Steuerhinterziehung und Handel, ohne auf die Betonung der Menschenrechte zu verzichten.
- Eine grundlegende Neuordnung der globalen Wirtschaftsordnung, insbesondere
 - a. globale Institutionen und Mechanismen, die sicherstellen, dass alle Menschen Zugang zu nahrhaften Lebensmitteln in ausreichender und leistbarer Menge haben
 - b. ein Handelsregime, das eine pluralistische Entwicklungspolitik und mehr Raum für eine autonome Wirtschaftspolitik ermöglicht
 - c. Aufbau neuer gemeinsamer globaler Institutionen, die von einer International Clearing Union über globale Besteuerungsorganisationen bis hin zu einem Weltparlament reichen.

KAPITEL 1: Das makroökonomische Umfeld der EU

Die makroökonomische Politik der EU war im Jahr 2023 sowohl im monetären als auch im fiskalischen Bereich kontraktiv. Die EZB kämpfte weiterhin gegen die "Bestie" der Inflation, obwohl ihre Diagnose der Inflationsursache falsch ist. Darüber hinaus zielten die von der Europäischen Kommission für die Mitgliedstaaten festgelegten finanzpolitischen Leitlinien darauf ab, neben der Inflation auch die "Bestie" der Staatsverschuldung zu bekämpfen. Es sind diese beiden "Bestien", um die sich die EU in ihrer makroökonomischen Politik hauptsächlich kümmert, auch wenn sie sich, wie in der Einleitung erwähnt, inmitten einer sich verschärfenden Polykrise befindet. Der Beschluss des Rates über die Reform des SWP im Anschluss an die Überprüfung des SWP bestätigt und verankert diese Priorität der Anliegen. Infolgedessen entwickelte die EU-Wirtschaft die bereits 2022 erkennbaren Abwärtsrisiken und stagnierte im Jahr 2023. Das BIP wuchs im Durchschnitt um magere 0,6 %, während zehn Mitgliedstaaten negative Wachstumsraten verzeichneten, darunter Deutschland (-0,3 %) (Tabelle 1). Laut dem jüngsten Bericht der Europäischen Kommission fehlte ein "solider Wachstumsmotor", da der private Verbrauch insgesamt stagnierte, die privaten und öffentlichen Investitionen nur geringfügig zunahmen und die Kreditvergabe der Banken in vielen Mitgliedstaaten zurückging.⁵

1.1. Falsche Lösungen für die falschen Probleme in der makroökonomischen Politik

Was die Geldpolitik betrifft, so setzte die EZB ihre Mitte 2022 begonnene quantitative Straffung (QT) fort. Zwischen Juli 2022 und September 2023 erhöhte sie ihre Leitzinsen zehnmal hintereinander von 0 % auf 4,5 % und erreichte damit ein Niveau, das seit Ende der 1990er Jahre nicht mehr erreicht worden war.⁶ Obwohl Nullzinsen eine Anomalie sind, besteht bei diesen aggressiven Erhöhungen die Gefahr, dass sie eine Rezession auslösen. Darüber hinaus entzieht die EZB dem System Liquidität, indem die Banken die während der Pandemie zu günstigen Konditionen aufgenommenen Kredite aus dem PEPP Programm zurückzahlen, und indem sie ihre im Rahmen der Anleihekaufprogramme (APP) erworbenen Anleihebestände auflöst.⁷ Bis Oktober 2023 hatte die EZB seit dem Höchststand im Juni 2022 1,77 Billionen Euro oder 20 % ihrer gesamten Vermögenswerte abgebaut. Insgesamt hat die QT-Politik der EZB zu einem Anstieg der nominalen Zinssätze und zu einer Verringerung der Kreditvergabe der Banken geführt, was sowohl den privaten Haushalten als auch den Unternehmen schadet, die öffentlichen Finanzen

⁵ Europäische Kommission (2023, 23. November). *Europäische Wirtschaftsprognose Herbst 2023*, Institutionelles Papier 258. Verfügbar unter: https://economy-finance.ec.europa.eu/publications/european-economic-forecast-autumn-2023_en

⁶ Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte (Mengentender), die den größten Teil der Liquidität im Bankensystem der Eurozone bereitstellen.

⁷ Das Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (APP) begann 2014, das Programm zum Ankauf von Pandemiemitteln (PEPP) im März 2020.

belastet und Ressourcen von anderen Verwendungen abzieht.

Die so genannten "Zweitrundeneffekte" einer raschen Lohninflation sind in diesem Zusammenhang eindeutig ein Hauptanliegen der EZB. Aber dies ist die falsche Lösung für das falsche Problem. Genauer gesagt war die Inflationsrate, die Ende 2021 auftrat, weitgehend das Ergebnis von hohen Energie- und Rohstoffpreisen, Unterbrechungen der Versorgungskette und höheren Transportkosten infolge der Aufhebung der Pandemiesperren und anderer Beschränkungen in den Jahren 2020-2021. Nachdem diese externen Faktoren weitgehend beseitigt waren, ging die Inflationsrate vorhersehbar zurück, was eindeutig darauf hindeutet, dass die Angst vor Zweitrundeneffekten unangebracht war. Im Oktober 2023 lag die Inflationsrate, gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex, in der Eurozone bei 2,9 % und in der EU bei 3,6 %, nachdem sie ein Jahr zuvor noch bei 10,6 % bzw. 11,5 % gelegen hatte. In diesem Zeitraum sank die Jahresrate der Energiepreisinflation von 41,5 % im Oktober 2022 auf -11,2 % im Oktober 2023, was einen erheblichen Teil der rückläufigen Inflationsentwicklung in der EU ausmacht. Die Inflation in der EU kann also nicht auf "Nachfragesog"-Faktoren oder das Risiko einer sich verfestigenden Lohn-Preis-Spirale zurückgeführt werden. Die Nominallöhne blieben sowohl 2022 als auch 2023 hinter der Inflation zurück, während die Arbeitnehmerentgeltquote (Löhne und Sozialbeiträge der Arbeitgeber:innen) im Verhältnis zum BIP im 20-Jahres-Zeitraum 2002-2022 um 0,3 % zurückging.⁸ Im Gegensatz dazu stieg die Gewinnquote im gleichen Zeitraum um 0,6 %.

Die kontraktive Geldpolitik der EZB wurde von einer entsprechenden Fiskalpolitik auf EU-Ebene begleitet, die in den Jahren 2024 und 2025 fortgesetzt werden soll. Insbesondere liefen die befristeten Maßnahmen im Zusammenhang mit der Pandemie aus, während energiebezogene Maßnahmen und steuerliche Subventionen für private Investitionen ebenfalls schrittweise abgebaut werden. Wie die EZB warnt auch die Kommission in ihrem Bericht 2024 über die Eurozone, dass *"... die Eurozone mit der Unsicherheit konfrontiert ist, ob die Löhne angepasst werden können, um Kaufkraftverluste auszugleichen, ohne die Inflation anzuheizen. Die Risiken einer unerwartet hohen Inflation sind daher nach wie vor groß. Dies wiederum würde eine stärkere geldpolitische Reaktion zur Folge haben, die sich negativ auf das Wachstum auswirken würde"*.⁹ Somit stellt auch die Kommission eine durch eine Lohn-Preis-Spirale ausgelöste Inflation in Aussicht, obwohl die Beweise diese Behauptung nicht stützen.

Ein weiteres Anliegen der Kommission ist die fiskalische Nachhaltigkeit und die Wiederherstellung des "fiskalischen Spielraums", nachdem die Maßnahmen im

⁸ Eurostat (2023). *Jährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen - Entwicklung der Einkommenskomponenten des BIP*. Verfügbar unter: https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Annual_national_accounts_-_Entwicklung_der_Einkommenskomponenten_des_BIP

⁹ Europäische Kommission (2023b, November 21). *2024 Bericht über den Euroraum*. Verfügbar unter: https://economy-finance.ec.europa.eu/publications/2024-euro-area-report_de

Zusammenhang mit der Pandemie und der Energiekrise die öffentlichen Ausgaben erhöht haben. Sie fordert die Mitgliedstaaten auf, *"eine koordinierte und umsichtige Fiskalpolitik zu verfolgen, um den Schuldenstand auf einem vernünftigen Niveau zu halten oder die Schuldenquoten auf einen plausiblen Abwärtspfad zu bringen"*.¹⁰ Diese Forderung übersieht die Tatsache, dass die Volkswirtschaften der EU-Mitgliedstaaten miteinander verbunden sind und dass, wenn alle versuchen zu sparen, keiner dazu in der Lage sein wird, wie uns das Sparparadoxon lehrt.

Im Jahr 2023 verzeichneten sechs Mitgliedstaaten einen Schuldenstand von jeweils über 100 % (Tabelle 1); ihr kollektiver Anteil am gesamten EU-BIP betrug 44 %.¹¹ Weitere sechs Mitgliedstaaten wiesen einen Schuldenstand von jeweils über 60 % auf, wobei ihr gemeinsamer Anteil am EU-BIP 31 % betrug. Somit wird 12 Volkswirtschaften, auf die 75 % des gesamten EU-BIP entfallen, geraten, gleichzeitig eine kontraktive Finanzpolitik zu verfolgen!

Das soll nicht heißen, dass eine hohe Staatsverschuldung keinen Anlass zur Sorge gibt, vor allem wegen der Dominanz der Finanzmärkte, die gerne spekulieren, wenn sie ein hohes Rendite- und Risikopotenzial sehen. Der Versuch, die Staatsverschuldung unter den Bedingungen wirtschaftlicher Stagnation und steigender Zinssätze sowie angesichts eines gespaltenen politischen Systems, in dem die Rechtsextremen in ganz Europa und weltweit an Boden gewinnen, abzubauen, ist jedoch ein sozial schädliches und politisch unerwünschtes Rezept für die Wirtschaft und Gesellschaft der EU.

1.2. Disparitäten, Ungleichheit und Armut

Die Europäische Kommission hat festgestellt, dass die "Stärke des Arbeitsmarktes die Hauptkraft hinter den Wachstumsaussichten" im Jahr 2023 sei.¹² Dabei werden jedoch die Unterschiede zwischen den Arbeitslosenquoten in den einzelnen Mitgliedstaaten und sozialen Gruppen übersehen. Während die Gesamtarbeitslosenquote auf EU-Ebene auf 6,6 % der Erwerbsbevölkerung gesunken ist, liegt sie in einigen Ländern deutlich höher (Tabelle 1). Auch sind bestimmte Gruppen von Arbeitnehmer:innen - Frauen, junge Menschen, Behinderte - mit höheren Arbeitslosenquoten und schwierigeren Arbeitsbedingungen konfrontiert als der Durchschnitt. Außerdem bedeuten mehr Arbeitsplätze nicht unbedingt auch bessere Arbeitsplätze. Nur 15,6 % der Arbeitsplätze in der EU entfallen auf den Industriesektor, während 73,5 % im Dienstleistungssektor angesiedelt sind.¹³ Auch wenn es in allen Sektoren gute und schlechte Arbeitsplätze gibt, sind die meisten befristeten, Teilzeit- und schlechter bezahlten Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor zu finden. Die schwierigen Bedingungen, mit denen große Teile der Bevölkerung

¹⁰ Ebd., S. 5

¹¹ Die letzten verfügbaren BIP-Statistiken stammen aus dem Jahr 2022.

¹² Europäische Kommission (2023a). *Europäische Wirtschaftsprognose Herbst 2023*, Institutionelles Papier 258, S. 3

¹³ Die sektoralen Beschäftigungsdaten beziehen sich auf das Jahr 2022

konfrontiert sind, spiegeln sich auch in einem hohen Maß an Ungleichheit und Armut wider. So ist das Durchschnittseinkommen des obersten Quintils (20 %) der Bevölkerung in der EU fast fünfmal so hoch wie das des untersten Quintils. In einigen Ländern, insbesondere in Südeuropa und in den MOEs, ist dieses Verhältnis noch deutlich höher (Tabelle 1). Darüber hinaus waren 22 % der EU-Bevölkerung im Jahr 2022 von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht, während 31,5 % nicht in der Lage waren, unerwartete finanzielle Ausgaben zu bestreiten, und 28,6 % sich keinen einwöchigen Urlaub fern von zu Hause leisten konnten.¹⁴ So schematisch diese Sozialindikatoren auch sind, sie verweisen auf die dringende Notwendigkeit angemessener öffentlicher Dienstleistungen und einer wirksamen Unterstützung der vulnerablen Teile der Gesellschaft.

Eine falsch verstandene Austeritätspolitik zur Inflationsbekämpfung kann die ohnehin schon angespannte soziale Lage in der EU nur noch verschärfen. Wie in Kapitel 2 dargelegt, haben die kontraktive makroökonomische Politik und die vorhersehbare Stagnation der EU-Wirtschaft zu einer allgemeinen Krise der Verteilung, der sozialen Reproduktion und der Versorgung geführt. Darüber hinaus schränkt die Rückkehr zur Haushaltsdisziplin, die durch die Reaktivierung des SWP ab 2024 signalisiert wird, die Fähigkeit der Mitgliedstaaten zur Umsetzung einer progressiven Sozialpolitik stark ein.

1.3. Die Überarbeitung des EU-Rahmens für die fiskalpolitische Steuerung

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt wurde durch ein Protokoll im Anhang zum EU-Vertrag im Jahr 1997 eingerichtet. Am 20. Dezember 2023 einigte sich der Rat auf eine Überarbeitung des Pakts, nachdem bereits im Februar 2020 eine Überprüfung eingeleitet worden war. Formal war die Überprüfung gemäß den Two-Pack- und Six-Pack-Rechtsvorschriften obligatorisch, aber es wurde auch allgemein anerkannt, dass der Pakt nicht zweckdienlich und überarbeitungsbedürftig war. Die Kommission selbst räumte ein, dass die Balance zwischen den Stabilitätsanforderungen und der Notwendigkeit, Kapitalinvestitionen für den digitalen und grünen Wandel zu mobilisieren, verbessert werden müsse. Als weitere Erfordernisse wurden die Vereinfachung und Klärung der Regeln sowie die Stärkung der Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten für den SWP-Prozess genannt.¹⁵

Der SWP wurde im März 2020 durch die sogenannte General Escape Clause (GEC) ausgesetzt, da es unter den Bedingungen der Pandemie unmöglich gewesen wäre, die makroökonomische Politik im Einklang mit den Regeln des SWP durchzuführen.

¹⁴ Europäische Kommission (2023). *Schlüssel Zahlen für Europa*. Verfügbar unter : <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/15216629/17706595/KS-EI-23-001-EN-N.pdf/5df7a393-8461-9270-7eaa-91a4b1c2acc6>

¹⁵ Europäische Kommission (2021). *Die EU-Wirtschaft nach COVID-19: Auswirkungen auf die wirtschaftspolitische Steuerung* Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen KOM (2021) 662 endgültig; Friis, J., Torre, R. und Buti, M. (2022). *Wie man den finanzpolitischen Rahmen der EU für die Herausforderungen dieses Jahrzehnts fit macht*. Vox EU. Verfügbar unter: <https://cepr.org/voxeu/columns/how-make-eu-fiscal-framework-fit-challenges-decade>.

Außerdem wurde die Aussetzung des SWP angesichts des Ukraine-Krieges bis Ende 2023 verlängert. Die neuen Fiskalregeln sollten somit ab 2024 in Kraft treten.

Im April 2023 veröffentlichte die Europäische Kommission ihre Legislativvorschläge, mit den folgenden Hauptelementen:

- Nationale mittelfristige fiskalische/strukturelle 4-Jahrespläne, die unter bestimmten Bedingungen auf sieben Jahre verlängert werden können.
- Der Ausgangspunkt für solche nationalen Pläne ist der so genannte "technische Pfad" oder fiskalpolitische Anpassungspfad, der von der Kommission auf der Grundlage einer Analyse der Schuldentragfähigkeit (DSA) erstellt wird.
- Mitgliedstaaten mit einem öffentlichen Defizit von mehr als 3 % des BIP oder einer Staatsverschuldung von mehr als 60 % des BIP müssen sicherstellen, dass die Verschuldung auf einen "plausibel rückläufigen" Pfad gebracht oder auf einem "vorsichtigen" Niveau gehalten wird und dass das Defizit mittelfristig auf unter 3 % des BIP gesenkt und gehalten wird.
- Der wichtigste operative Indikator ist das Netto-Primärausgabenziel (Ausgaben abzüglich Zinsen, konjunkturbedingter Arbeitslosigkeit und Sozialausgaben sowie einmaliger Einnahmen), das als Grundlage für die jährliche Haushaltsüberwachung während der Laufzeit der nationalen Pläne dienen wird.

Obwohl die oben genannten Elemente eine gewisse Verbesserung gegenüber den bestehenden Regeln darstellen, wurden die Kernprinzipien des SWP im Kommissionsvorschlag nicht geändert. Insbesondere die Parameter von 3 % und 60 % für die Defizit/BIP- und die Schulden/BIP-Quote blieben unverändert, während weitere numerische Ziele hinzugefügt wurden, hauptsächlich als Zugeständnis an Deutschland:

- Die Haushaltsanpassung muss in den ersten vier Jahren des Plans proportional erfolgen.
- Der Schuldenstand im Verhältnis zum BIP muss am Ende der Laufzeit des Plans niedriger sein als zu Beginn.
- Wenn das Defizit 3 % des BIP übersteigt, ist eine Haushaltsanpassung von mindestens 0,5 % des BIP pro Jahr erforderlich.
- Das Wachstum der Nettoausgaben muss unter dem mittelfristigen Wachstum des Produktionspotenzials liegen.

Nach langen Verhandlungen erzielte der Europäische Rat am 21. Dezember 2023 eine Einigung, die mit dem Europäischen Parlament verhandelt werden sollte.¹⁶ Diese enthält zusätzliche Beschränkungen für die Finanzpolitik der Mitgliedstaaten. Insbesondere wird der Begriff der "Safeguards" eingeführt:

- Die "Schuldentragfähigkeits-Safeguard" sieht eine jährliche Mindestreduzierung der Schuldenquote um 1 % des BIP vor, wenn die Schulden 90 % des BIP

¹⁶ Europäischer Rat (2023, 21. Dezember). *Überprüfung der wirtschaftspolitischen Steuerung: Rat einigt sich auf Reform der Haushaltsregeln*, [Pressemitteilung]. Verfügbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2023/12/21/economic-governance-review- council-agrees-on-reform-of-fiscal-rules>

übersteigen, und um 0,5 % des BIP, wenn sie zwischen 60 % und 90 % des BIP liegen.

- Die "Defizitresilienz-Safeguard" wird auf 1,5 % des BIP in Bezug auf den Referenzwert von 3 % des BIP festgelegt, während der jährliche Abbau zur Erreichung dieser Marge 0,4 % des BIP oder 0,25 % beträgt, wenn der Anpassungszeitraum 7 Jahre beträgt.

Darüber hinaus wird das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit (Excessive Deficit Procedure, EDP) eingeleitet, wenn das Defizit *nicht nahezu ausgeglichen ist oder einen Überschuss aufweist*; Das Defizit gilt als nahezu ausgeglichen, wenn es 0,5 % des BIP nicht überschreitet. Im Zeitraum 2025-2027 wird bei der Haushaltsanpassung im Rahmen des Defizitverfahrens der Anstieg der Zinssätze berücksichtigt, so dass die volle Wirkung der neuen Haushaltsregeln um einige Jahre verschoben wird und damit für den herannahenden der Wahlzyklus vieler EU Regierungen abgemildert wird.

Auch die Militärausgaben der Regierung werden als "relevanter Faktor bei der Beurteilung des Bestehens eines übermäßigen Defizits" angesehen.¹⁷ Damit wird "den zunehmenden geopolitischen Spannungen und sicherheitspolitischen Herausforderungen und der entsprechenden Notwendigkeit für die Mitgliedsstaaten ihre Kapazitäten auszubauen", Rechnung getragen.¹⁸ In diesem Sinne scheint die Militarisierung Vorrang vor der Bewältigung des Klimawandels und anderer Elemente der Polykrise zu haben, die Europa und die Welt seit vielen Jahren belasten.

Insgesamt bedeutet der vom Europäischen Rat angenommene Vorschlag zur Reform des SWP in vielerlei Hinsicht eine Rückkehr in die Vergangenheit. Insbesondere weist der überarbeitete SWP viele der Paradoxien auf, die mit seiner vorherigen Version verbunden waren, während er zusätzliche Paradoxien enthält, von denen die hervorstechendsten die folgenden sind:

- Die nationalen Pläne sollen sowohl die Schuldentragfähigkeit als auch die sozio-ökologische Nachhaltigkeit fördern. Die Schuldentragfähigkeit hat jedoch eindeutig Vorrang.
- Die Maastricht-Parameter für die Defizit- und die Schuldenquote, nämlich 3 % bzw. 60 % des BIP, werden trotz ihrer Willkürlichkeit beibehalten, während die verstärkte Verwendung numerischer Zielvorgaben das Konzept der "one-size-fits-all" für die Fiskalpolitik und die Überwachung verstärkt.
- Der Stabilitäts- und Wachstumspakt bleibt in seiner Konzeption vorkeynesianisch, da er niedrige und sinkende fiskalische Benchmarks betont und damit das "Sparparadoxon" ignoriert.
- Trotz der Verlautbarungen der EU-Institutionen und der Betonung, die die

¹⁷ Europäische Kommission (2023) *Vorschlag für eine VERORDNUNG DES RATES zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1467/97 über die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit*, KOM (2023) 241 endgültig, S. 7. Verfügbar unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A52023PC0241>

¹⁸ Ebd.

nationalen Pläne auf die grüne und digitale Transformation sowie den Klimawandel legen sollen, ist keine besondere steuerliche Behandlung der notwendigen Investitionen vorgesehen. Vorschläge von zivilgesellschaftlichen Bewegungen und Gewerkschaften zur Aufnahme einer Goldenen Regel, wonach öffentliche Investitionen zur Förderung des Übergangs zu einem grünen und digitalen Europa von den SWP Regeln ausgenommen sind, wurden abgelehnt.

- Im Gegensatz dazu wird den staatlichen Investitionen in die Verteidigung eine Sonderbehandlung zuteil, was nicht nur symptomatisch für die zunehmende Militarisierung der EU ist, sondern auch für ihre Prioritätensetzung in einer Zeit, in der die europäische Gesellschaft von einer Polykrise geplagt wird.
- Die übergreifende Rolle der Kommission sowie die Abwesenheit des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente im Entscheidungsprozess geben Anlass zu Bedenken hinsichtlich der politischen Legitimität. Die Schuldentragfähigkeitsanalyse ist in hohem Maße von Annahmen über Wachstums- und Zinssätze abhängig, wobei die Annahmen der Kommission bevorzugt werden.¹⁹

1.4. Alternative Vorschläge

Die makroökonomische Politik der EU ist von Haus aus deflationär ausgerichtet und wird sich weiterhin besonders nachteilig auf die Fähigkeit der Mitgliedstaaten in der europäischen Peripherie auswirken, einen technologischen und sozial-ökologischen Wandel zu vollziehen (siehe Kapitel 3). Um dies zu ändern, muss sich das politische Paradigma von einer geld- und fiskalpolitischen

Austerität hin zu Nachhaltigkeit an allen Fronten hinbewegen. Ebenso muss der Schwerpunkt von einer Politik als Selbstzweck hin zu einer Auffassung von Politik als Mittel zum Zweck verlagert werden, wobei das Ziel darin bestehen sollte, ein ökologisch nachhaltiges, sozial gerechtes und integratives Wachstum mit Vollbeschäftigung und hochwertigen Arbeitsplätzen zu fördern.

Insbesondere muss die EU ihre Anstrengungen zur Bewältigung der Klimakrise verstärken. Der Ausstieg aus der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen erfordert eine sorgfältige Planung und den Einsatz enormer Ressourcen. Aus diesem Grund bekräftigen wir das alternative öffentliche Investitionsprogramm, wie es in den drei letzten Euromemoranden skizziert wurde. Bestimmte Projekte müssen auf EU-Ebene durchgeführt werden, während andere auf nationaler Ebene angesichts der unterschiedlichen fiskalischen Kapazitäten der Mitgliedstaaten die Unterstützung der EU benötigen. Auch die soziale Dimension des Übergangs zu einer saubereren, grüneren Umwelt muss ausdrücklich berücksichtigt und gefördert werden. Die Verarmung von Teilen der Gesellschaft in diesem Prozess ist nicht nur ethisch

¹⁹ Wyplosz, C. (2022). Die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts: Der Vorschlag der Kommission könnte eine verpasste Chance sein. *VoxEU*. Verfügbar unter: <https://cepr.org/voxeu/columns/reform-stability-and-growth-pact-commissions-proposal-could-be-missed-opportunity>.

inakzeptabel, sondern auch politisch gefährlich.

Während der ökologische und soziale Wandel von entscheidender Bedeutung ist, ist der technologische Fortschritt der EU-Wirtschaft längst überfällig. Während die USA erfolgreich in das Zeitalter der Digitalisierung und der KI eingetreten sind, hinkt Europa in immer mehr Hightech-Sektoren hinter den USA und China hinterher. Trotz EU-Initiativen wie dem Green Deal, dem Just Transition Fund, der neuen Digitalstrategie und dem RRF, werden Investitionen in der EU im Vergleich zu den USA und Japan weiterhin durch Sparmaßnahmen gebremst. So stiegen die Gesamtinvestitionen 2023 in den USA um 1,6 % und in Japan um 2 %, während sie in der EU im Durchschnitt nur um 1,2 % zunahmen und in zehn ihrer Mitgliedstaaten zurückgingen.

Die EU befindet sich an einem kritischen Punkt, der durch eine Vielzahl von Krisen gekennzeichnet ist. Ein radikaler, progressiver Politikwechsel ist unumgänglich. Die Elemente eines solchen Wandels sind die folgenden:

- Ein europaweiter Plan, in enger Abstimmung mit den entsprechenden nationalen Plänen, zur Förderung eines ökologischen und sozialen Wandels. Darüber hinaus ist die Beschleunigung des technologischen Wandels im Industriesektor der EU unerlässlich, um die notwendige wirtschaftliche und soziale Anpassung zu unterstützen.
- Damit die oben genannten politischen Prioritäten verwirklicht werden können, muss die Finanzpolitik durch die Geldpolitik unterstützt werden, und nicht umgekehrt, wie es derzeit der Fall ist. Außerdem muss sich die Finanzpolitik von den vorherrschenden deflationären Vorstellungen und ihrer Besessenheit vom Thema Inflation lösen.
- Wie bereits in unserem Memorandum 2023 betont, sollte das Inflationsproblem durch die Steuerpolitik angegangen werden, einschließlich selektiver Senkungen der indirekten Steuern auf wichtige Güter und Dienstleistungen, höherer Steuern für bestimmte Sektoren und Bevölkerungsgruppen, Preiskontrollen in Sektoren von strategischer Bedeutung (Energie, Mieten, Grundnahrungsmittel), Unterstützung für Haushalte mit mittlerem und niedrigem Einkommen, die unter der Lebenshaltungskostenkrise leiden, und für Unternehmen, die Probleme haben, die gestiegenen Energierechnungen zu bezahlen.
- Ebenso muss sich die Geldpolitik mit wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit als einem allgemeineren Ziel befassen. Das Mandat der EZB sollte

erweitert werden, um neben der Inflationskontrolle auch die Vollbeschäftigung einzubeziehen, während die Rückkehr zu einem Inflationsziel von 2 % den aktuellen Erfordernissen nicht mehr angemessen ist. Stattdessen scheint ein Ziel von 4 % den aktuellen politischen Erfordernissen näher zu kommen.

- Gleichzeitig werden EU-weite Finanzierungsmaßnahmen erforderlich sein, darunter (i) ein Investitionsfonds, der den Bedarf sowohl an Transformationsprojekten auf EU-Ebene als auch an ergänzenden nationalen Projekten deckt; (ii) ein erweiterter EU-Haushalt in Höhe von 5 % des BNE, der durch neue Steuermittel finanziert wird, einschließlich der Besteuerung der Superreichen und der Übergewinne von Unternehmen, die von der Krise profitiert haben, wie z. B. Energieunternehmen und Banken; (iii) eine ständige zentrale Fiskalkapazität der EU, die durch eine gemeinsame Kreditaufnahme unterstützt wird.
- Der obige Ansatz widerspricht der Philosophie des SWP in seiner alten wie auch in seiner überarbeiteten Form. Es ist unwahrscheinlich, dass die überarbeiteten Fiskalvorschriften der EU dort Erfolg haben werden, wo die früheren Versionen des SWP versagt haben. Ein alternativer Rahmen ist erforderlich, wo (i) sich der Schwerpunkt der Politik verlagert von der Einhaltung numerischer Benchmarks auf umfassendere politische Ziele; (ii) die Leitlinien durch fiskalische Überlegungen und nicht durch starre Regeln festgelegt werden; (iii) die Kosten für die Bedienung der Staatsverschuldung sich am Verhältnis zum BIP und nicht an deren absoluter Höhe bemessen; (iv) eine "goldene Regel" eingeführt wird, die öffentliche Nettoinvestitionen, die auf den ökologischen und sozialen Übergang abzielen, von den Regeln für den Defizitabbau ausnimmt.
- Nicht zuletzt muss noch einmal betont werden, dass die wirtschaftspolitische Steuerung der EU in einen demokratischen, partizipativen Rahmen eingebettet sein sollte, in dem das Europäische Parlament an der Entscheidungsfindung beteiligt ist, die Umsetzung überwacht und die Europäische Kommission und die EZB zur Rechenschaft zieht.

Tabelle 1 Grundlegende wirtschaftliche und soziale Indikatoren der EU, 2023

Region	Land	Reales BIP - Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr	HVPI Jahresdur- chschnitt % Veränder- ung zum Vorjahr	Arbeitslosigkeit - Zahl der Arbeitslosen als % Erwerbspersone n	Reales Arbeitnehmer entgelt pro Kopf - %-Veränderung gegenüber Vorjahr	Verhältnis der oberen 20% zu den unteren 20% der Einkomm- ensbezie- her (2021)	Netto- Schuldenab- bau (+) oder Nettokredit- aufnahme (-), Gesamtstaa- t in % des BIP	Bruttoversch- uldung des Staates in % des BIP
	Eurozone	0.6	5.6	6.6	-0.3	4.79	-3.2	90.4
	EU	0.6	6.5	6.0	-0.4	4.74	-3.2	83.1
Nordische Staaten	Finnland	0.1	4.4	7.2	0.7	3.75	-2.4	74.3
	Dänemark	1.2	3.6	4.6	0.4	4.03	2.6	30.3
	Schweden	-0.5	5.7	7.6	-3.7	4.36	-0.2	30.4
Westeuropa	Österreich	-0.5	7.7	5.3	1.4	4.27	-2.6	76.3
	Belgien	1.4	2.4	5.6	2.2	3.57	-4.9	106.3
	Frankreich	1.0	5.8	7.2	-0.9	4.6	-4.8	109.6
	Deutschland	-0.3	6.2	3.1	-0.6	4.35	-2.2	64.8
	Irland	-0.9	5.3	4.2	-0.1	4.07	0.9	43.0
	Luxemburg	-0.6	3.2	5.5	2.1	4.54	-1.9	26.8
	Niederlande	0.6	4.6	3.6	-2.3	3.94	-0.5	47.1
Südeuropa	Zypern	2.2	4.1	6.4	0.9	4.28	2.3	78.4
	Griechenland	2.4	4.3	11.4	1.1	5.25	-2.3	160.2
	Italien	0.7	6.1	7.6	-1.4	5.62	-5.3	139.8
	Malta	4.0	5.7	2.7	-1.4	4.75	-5.1	53.3
	Portugal	2.2	5.5	6.5	2.4	5.13	0.8	103.4
	Spanien	2.4	3.6	12.1	1.1	5.63	-4.1	107.5
Ost-Europa	Tschechische Republik	-0.4	12.2	2.4	-1.6	3.48	-3.8	44.7
	Estland	-2.6	9.4	7.0	-1.0	5.39	-2.9	19.2
	Lettland	-0.2	9.6	6.8	0.8	6.33	-3.2	41.7
	Litauen	-0.4	8.8	6.8	1.2	6.39	-1.6	37.3
	Slowakei	1.3	10.8	5.7	-0.4	3.12	-5.7	56.7
	Slowenien	1.3	7.5	3.6	1.6	3.28	-3.7	69.3
	Bulgarien	2.0	8.8	4.2	1.7	7.3	-3.0	23.5
	Kroatien	2.6	8.1	6.5	2.6	4.58	-0.1	60.8
	Ungarn	-0.7	17.2	4.1	-2.6	3.99	-5.8	69.9
	Polen	0.4	11.1	3.0	0.2	3.91	-5.8	50.9
	Rumänien	2.2	9.8	5.4	4.8	6.0	-6.3	47.9
Nicht EU	UK	0.6	7.3	4.3	-0.7	6.2	-3.7	97.8
	Japan	1.9	3.3	2.5	0.7	6.2	-6.6	263.0
	USA	2.4	4.2	3.7	0.0	8.6	-8.0	123

Quelle: Europäische Kommission (2023). *Europäische Wirtschaftsprognose Herbst 2023*, Institutionelles Papier 258.

KAPITEL 2: Löhne, Beschäftigung, Sozialpolitik und die Krise der Verteilung und der sozialen Reproduktion

Wie in früheren Euromemoranden analysiert, stehen die kontraktive makroökonomische Politik und die Stagnation der EU-Wirtschaft, die im vorigen Kapitel beschrieben wurden, am Ende einer langen Periode der Deregulierung des Arbeitsmarktes, von Lohndrückerei und Austerität. Dadurch haben sich die Einkommensungleichheiten und die soziale Unsicherheit weiter verschärft. Die Krise der Gesundheitssysteme und die Krise der Lebenshaltungskosten, die im Euromemorandum 2023 analysiert wurden, waren die letzten in einer Kette von Krisen, die eine allgemeine Krise der Verteilung, der sozialen Reproduktion und der Pflege offenbaren. Es gab einige Fortschritte bei der Entwicklung der EU-Sozialpolitik, die größtenteils im Einklang mit der Europäischen Säule sozialer Rechte von 2017 stehen. Die Rückkehr der Austeritätspolitik ist jedoch nicht mit den sozialen Zielen der EU vereinbar. Die aktuelle EU-Sozialpolitik ist zu schwach, um die derzeitigen wirtschaftlichen, sozialen, demokratischen und ökologischen Herausforderungen zu bewältigen. Im Hinblick auf die Wahlen zum Europäischen Parlament 2024 ist dies ein großes politisches Problem, da eine fortschrittliche, integrative Agenda von zentraler Bedeutung ist, um dem Aufstieg rechtsextremer Parteien entgegenzuwirken.

2.1. Eine Krise der Verteilung und der sozialen Reproduktion

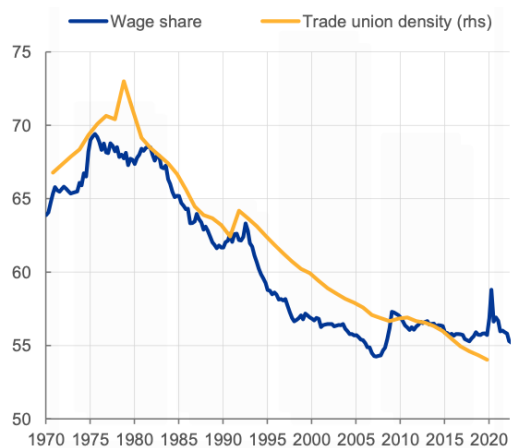
Von 1975 bis 2005 gab es einen starken Rückgang des gewerkschaftlichen Organisationsgrads und der Lohnquote (Abbildung 2.1.) sowie einen entsprechend gegenläufigen Anstieg der Gewinnquote (Abbildung 2.2).²⁰ Dies spiegelt die Schwäche der Arbeitnehmer:innen in den Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit wider. Darüber hinaus hat die Armut trotz Erwerbstätigkeit seit 2007 in vielen EU-Ländern zugenommen.²¹

Im Jahr 2017 waren etwa 10 % aller Arbeitnehmer:innen "Working Poor", was darauf hindeutet, dass Mindestlöhne und Einkommensbeihilfen nicht ausreichen, um arbeitende Menschen vor Armut oder materieller Entbehrung zu schützen. Gering qualifizierte, Teilzeit- und Kurzzeitbeschäftigte sowie Kleinstunternehmer:innen sind besonders gefährdet. Wie in Kapitel 1 dargelegt, waren im Jahr 2023 etwa 6 % der Erwerbsbevölkerung arbeitslos und 22 % der EU-Bevölkerung von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht.

²⁰ Schnabel, I. (2022, 30. September). *Geldpolitik in einer Krise der Lebenshaltungskosten*. Europäische Zentralbank, Bemerkungen auf einer Podiumsdiskussion über den "Kampf gegen Inflation" auf der IV. Ausgabe des Foro La Toja.

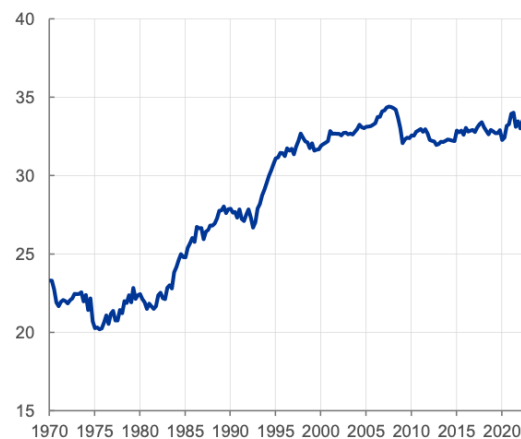
²¹ Etwa 10 % der Arbeitnehmer in der EU wurden 2017 als "Working Poor" eingestuft. Siehe Ahrend, D., Sandor, E., Revello, A., Jungblut, J.-M., Anderson, R. (2017). *In-work poverty in the EU, Forschungsbericht*, Eurofound. Abrufbar unter: <https://www.eurofound.europa.eu/en/publications/2017/work-poverty-eu>

Abbildung 2.1 Lohnquote und gewerkschaftlicher Organisationsgrad (linke Seite: Anteil am BIP in Prozent; rechte Seite: Anteil an der Beschäftigung, in Prozent)



Quelle: Eurostat, Area-Wide-Modell, OECD und EZB-Berechnungen. Anmerkung: Der gewerkschaftliche Organisationsgrad für den Euroraum ist ein BIP-gewichteter Durchschnitt der Daten für Österreich, Belgien, Frankreich, Deutschland, Italien, die Niederlande, Portugal und Spanien. Letzte Beobachtung: 2022Q2 für die Lohnquote; 2019 für den gewerkschaftlichen Organisationsgrad.

Abbildung 2.2 Gewinnanteil (Anteil am BIP, in Prozent)



Quelle: Eurostat, Area-Wide-Modell und EZB-Berechnungen. Letzte Beobachtung: 2022Q2.

Der Anstieg der Inflation hat den Verteilungskonflikt zwischen Kapital und Arbeit verschärft. In fast allen EU-Ländern löste sie eine plötzliche Lebenshaltungskostenkrise aus, die besonders die Haushalte am unteren Ende der Einkommensverteilung traf. Sie war zum Teil das Ergebnis einer seit langem bestehenden Krise der sozialen Verteilung. Im Jahr 2022 erlebten die Arbeitnehmer:innen in der EU, die bereits seit Jahren mit Lohndruck konfrontiert waren, einen Rückgang ihrer Kaufkraft.²² Das Ausmaß dieses Rückgangs war in den einzelnen EU-Ländern unterschiedlich (siehe Kapitel 3).

Im Jahr 2023 hat die Verlangsamung der Inflation die Krise bei den Lebenshaltungskosten nicht beendet. Wie in Kapitel 1 dargelegt, sanken die Reallöhne in der EU weiterhin um 0,4 % und in der Eurozone um 0,3 %, allerdings mit großen Unterschieden zwischen den Ländern. Seit Beginn der Covid-19-bedingten Krise im Gesundheitswesen ist die Gewinnquote um 4 % gestiegen, während "die *Dividendenausschüttungen an die Aktionäre [in der EU] bis zu 13-mal schneller als die Löhne und Gehälter stiegen*".²³

Die Inflation verschärfte auch die andauernde Krise der sozialen Reproduktion und

²² Countouris, N., Jagodzinski, R., Bérestégui, P., De Spiegelaere, S., Degryse, C., Franklin, P., ... & Zwysen, W. (2020). Benchmarking Working Europe 2020, S.177.

²³ ²³ Europäischer Gewerkschaftsbund (2023, November 15). *Reallöhne sinken trotz inflationsbereinigter Gewinne*, [Pressemitteilung]. Verfügbar unter: <https://etuc.org/en/pressrelease/real-wages-falling-despite-inflation-busting-profits>.

der Pflege,²⁴ die durch die Covid-19-Pandemie in den Vordergrund gerückt wurde. Der Kampf im Alltag bezieht sich nicht nur auf Schwierigkeiten bei der Bezahlung von Lebensmittelrechnungen, Energie oder Krediten usw., sondern auch auf den Zugang zu wesentlichen sozialen Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung, Kinderbetreuung, Langzeitpflege oder Bildung. Es handelt sich um eine Krise der Fürsorge im weiteren Sinne, die *"alles betrifft, was wir tun, um unsere Welt zu erhalten, fortzuführen und zu reparieren, damit wir so gut wie möglich darin leben können"*.²⁵

Die Krise der Pflege beeinträchtigt das Wohlergehen der Bevölkerung. Ausdruck dieser Krise sind u. a. die zunehmenden Ungleichheiten beim Zugang zur Pflege (innerhalb eines Landes und länderübergreifend), die Entwicklung eines ungedeckten Pflegebedarfs in Zeiten von Gesundheits- und Migrationskrisen, die Vergrößerung von Pflegelücken in alternden Gesellschaften, die abnehmende Fähigkeit der Menschen zur Pflege und die Erosion von Pflegenormen.²⁶

Die Krise der Pflege und der sozialen Reproduktion ist stark geschlechtsspezifisch geprägt. Frauen stehen an vorderster Front der Pandemie und der Lebenshaltungskostenkrise, da sie in den wesentlichen und schlecht bezahlten Pflegeberufen überrepräsentiert sind und den größten Teil der unbezahlten Pflege und des täglichen Kampfes um das Überleben übernehmen.²⁷

2.2. Politische Entwicklungen: Sozialer Fortschritt in der EU steht vor fiskalischem Gegenwind

Die Entwicklung der EU-Sozialstaatspolitik ist ambivalent. Einerseits sind nach der Verabschiedung des Aktionsplans der Europäischen Säule sozialer Rechte wichtige Fortschritte zu verzeichnen. Diese Veränderungen betreffen die Lohnregelungen (Richtlinien über angemessene Mindestlöhne und über Lohntransparenz), die Regelung der Mindesteinkommensregelungen und die europäische Pflegestrategie. Andererseits widerspricht die in Kapitel 1 beschriebene Rückkehr zur Austerität dem Ziel der Kommission, *"nachhaltiges und integratives Wachstum"* zu fördern, und schränkt die Fähigkeit der Mitgliedstaaten zur Umsetzung der progressiven sozialpolitischen Leitlinien der EU erheblich ein.

Die Veröffentlichung eines Aktionsplans für die Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte von 2017 im März 2021 und die Verabschiedung der Richtlinie über angemessene Mindestlöhne im Oktober 2022 sind wichtige Meilensteine, die

²⁴ Fraser, N. (2016). Widersprüche von Kapital und Pflege, in: *New Left Review*, 100: 99-117. Juli/Aug

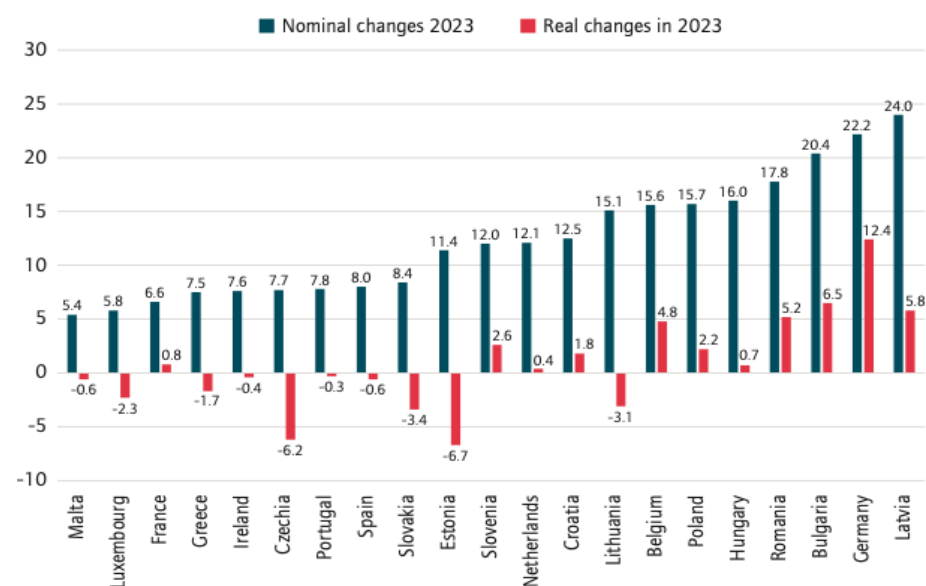
²⁵ Tronto, J. C. (2013). *Caring democracy: Markets, equality, and justice*. New York University Press, S. 228.

²⁶ Ilkcaracan, I. (2023). *The crisis of social reproduction in the EU. Emerging policy perspectives from feminist economic debates on care*, Communication to the EuroMemo conference, 27-28 September, University of Parthenope, Napoli. Verfügbar unter: <https://euromemo.eu/wp-content/uploads/2023/10/Euromemorandum.Ilkcaracan.FINAL.pdf>

²⁷ Soziales Europa Dossier (2021). *Frauen und die Coronavirus-Krise*. Friedrich Ebert Stiftung, Hans Böckler Stiftung, Verlag Soziales Europa, Berlin, S. 50. Verfügbar unter: <https://socialeuropa.eu/wp-content/uploads/2021/09/Women-and-the-Coronavirus-Crisis-final.pdf>

entscheidende Veränderungen für Niedriglohnpfänger bewirken und bestehende geschlechtsspezifische Lohnunterschiede verringern können.²⁸ Die Richtlinie ist jedoch zu schwach, um die Lebenshaltungskostenkrise zu bewältigen, vor allem weil sie den Mitgliedstaaten eine zweijährige Ratifizierungsfrist einräumt und keine strengen Indexierungsmechanismen vorsieht. Von Januar 2022 bis Januar 2023 stiegen die gesetzlichen Mindestlöhne nominal an, jedoch nicht so, dass die Kaufkraft der Mindestlohnempfänger:innen in der Teuerungskrise erhalten blieb (Abbildung 2.3).²⁹

Abbildung 2.3 Entwicklung der nominalen und realen Mindestlöhne pro Stunde (% , 1. Januar 2022-1. Januar 2023)³⁰



Quelle: WSI-Mindestlohn Datenbank (WSI 2023), in Müller T. (2023)

In fast der Hälfte der Mitgliedstaaten mit einem gesetzlichen Mindestlohn sanken die realen Mindestlöhne pro Stunde. In Estland und Tschechien sanken sie um mehr als 6 %, in der Slowakei und Litauen um mehr als 3 %, in Luxemburg und Griechenland um mehr als 1,5 % und in Malta, Spanien, Irland und Portugal um weniger als 1 %.

In den Niederlanden, Ungarn und Frankreich stieg der gesetzliche reale Mindestlohn pro Stunde um weniger als 1 % (+0,4 %, +0,7 % bzw. +0,8 %). Im Gegensatz dazu war der Anstieg in Deutschland viel deutlicher (+12,4 %), nachdem die Regierung im Juni 2020 beschlossen hatte, den Mindeststundensatz bis Oktober 2022 schrittweise auf 12 € anzuheben. Der Fall Belgien veranschaulicht gut die Wirksamkeit strenger

²⁸ Grünberger, K., Narazani, E., Filauro, S., & Kiss, Á. (2021). Soziale und fiskalische Auswirkungen von gesetzlichen Mindestlöhnen in den EU-Ländern: eine Mikrosimulationsanalyse mit EUROMOD. *IZA Zeitschrift für Arbeitspolitik*, 12(1), S. 46.

²⁹ Müller, T. (2023). Mindestlohnentwicklungen im Jahr 2022: Bekämpfung der Lebenshaltungskosten-Krise. *ETUI Research Paper-Policy Brief 02*, Europäische Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik, verfügbar unter: https://www.etui.org/sites/default/files/2023-03/Minimum%20wage%20developments%20in%202022-fighting%20the%20cost-of-living%20crisis_2023.pdf

³⁰ Berechnung auf der Grundlage nationaler Währungen. Die Entwicklung der realen Mindestlöhne bezieht sich auf die Entwicklung der nominalen Mindestlöhne, deflationiert mit den durchschnittlichen jährlichen Veränderungen des HVPI. Da die realen Mindestlöhne die Kaufkraft der Mindestlöhne darstellen, d. h. das Verhältnis der nominalen Mindestlöhne zu den Preisen, wurden die realen Mindestlöhne nach der folgenden Formel berechnet: Nomineller Mindestlohnindex X 100 geteilt durch den Verbraucherpreisindex (für weitere Details siehe WSI Tarifarchiv 2023). Quelle: WSI-Mindestlohn Datenbank (WSI 2023), in Müller T. (2023)

Indexierungsmechanismen: Der nominale Stundenmindestlohn passt sich automatisch an die Preisentwicklung an, sobald der Verbraucherpreisindex seit der letzten Erhöhung um mehr als 2 % gestiegen ist. Infolgedessen gab es im Jahr 2022 sechs Mindestloohnerhöhungen, während der reale Stundenmindestlohn um 4,8 % anstieg.

Die Richtlinie zur Lohntransparenz (EU 2023/970) vom 10. Mai 2023 (Kasten 2.1) zielt auf die Durchsetzung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Männer und Frauen ab. Dies geschieht, indem sie dazu beiträgt, strukturelle geschlechtsspezifische Lohnungleichheiten zu beseitigen, die vielschichtig sind. Diese Ungleichheiten hängen mit der Segregation des Arbeitsmarktes (Beruf und Sektor) sowie mit geschlechtsspezifischen Stereotypen oder Diskriminierung zusammen. Frauen sind vor allem in Sektoren oder Berufen wie Pflege, Sozialarbeit oder Reinigung überrepräsentiert, wo ihre Arbeit unterbewertet wird. Da Frauen und Männer im Allgemeinen nicht in denselben Sektoren oder Berufen beschäftigt sind, ist ein Vergleich ihrer Arbeit nicht immer möglich. Das Fehlen von Informationen über die Kriterien, die das Lohnniveau bestimmen, erschwert es, die Ursache für die Unterbewertung der Arbeit von Frauen zu ermitteln. Lohntransparenz ist daher von entscheidender Bedeutung, um das geschlechtsspezifische Lohngefälle zu beseitigen.³¹

Kasten 2.1. Die Richtlinie zur Lohntransparenz

Die Lohntransparenzrichtlinie vom 10. Mai 2023 zielt darauf ab, die Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Männer und Frauen zu stärken. Sie besagt: "Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Arbeitgeber über Entgeltstrukturen verfügen, die gleiches Entgelt für gleiche oder gleichwertige Arbeit gewährleisten" (Artikel 4 Absatz 1). Sie räumt den Arbeitnehmern ein Recht auf Informationen über das Entgelt ein und schreibt vor, dass die Arbeitgeber sie über die Kriterien informieren müssen, nach denen die Höhe des Entgelts und die Entwicklung des Entgelts festgelegt werden. Darüber hinaus verlangt die Richtlinie, dass die Arbeitgeber regelmäßig über das Lohngefälle zwischen Frauen und Männern berichten und mit den Arbeitnehmervertretern zusammenarbeiten, um eine gemeinsame Lohnbeurteilung durchzuführen, die darauf abzielt, bestehende Unterschiede zu ermitteln und zu beseitigen, "die nicht auf der Grundlage objektiver, geschlechtsneutraler Kriterien gerechtfertigt sind" (Artikel 10 Absatz 2). Gemäß der Richtlinie haben die Mitgliedstaaten die Aufgabe, Arbeitgeber mit weniger als 250 Beschäftigten zu unterstützen, die Rolle der Sozialpartner zu fördern und die Rechte aller Arbeitnehmer zu verteidigen, die sich durch die Nichtanwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts benachteiligt fühlen" (Artikel 14). Die Mitgliedsstaaten müssen die Richtlinie bis Juni 2026 umsetzen.

Die Entgelttransparenzrichtlinie fördert eine geschlechtsneutrale Arbeitsplatzbewertung und ermöglicht die Festlegung einer "hypothetischen Vergleichsperson" in Situationen, in denen weibliche Arbeitnehmer:innen nicht mit männlichen Kollegen verglichen werden können - was insbesondere in frauendominierten Berufen der Fall ist. Unter Berufung auf die bewährte Praxis der Gewerkschaften, sektorübergreifende Vergleiche anzustellen - beispielsweise eine Studie der CFDT in Frankreich, die dazu beigetragen hat, die Unterbewertung von

³¹ Arabadjieva, K. (2021). Zeit, das geschlechtsspezifische Lohngefälle zu schließen: Die Notwendigkeit einer EU-Richtlinie zur Lohntransparenz. *ETUI Research Paper-PolicyBrief 2*. Verfügbar unter: <https://www.etui.org/sites/default/files/2021-01/Time%20to%20close%20the%20gender%20pay%20gap%20The%20need%20for%20an%20EU%20Directive%20on%20pay%20transparency.pdf>

Arbeitsplätzen in Gesundheits- und Sozialberufen aufzudecken - behauptet Jane Pillinger (2023), dass die Richtlinie *"die Gewerkschaften in die Lage versetzen sollte, proaktiv dafür einzutreten, dass geschlechtsspezifische Lohnungleichheiten in geschlechtsspezifisch getrennten Sektoren und Berufen, insbesondere in frauendominierten Sektoren wie der Pflege, wirksamer angegangen werden"*.³²

Im Einklang mit der Europäischen Säule sozialer Rechte, die für 2017 ein Recht auf ein angemessenes Mindesteinkommen vorsieht (Grundsatz 14), hat der Rat am 30. Januar 2023 eine Empfehlung *"über ein angemessenes Mindesteinkommen zur Gewährleistung der aktiven Inklusion"*.³³ Sie zielt darauf ab, "ein Leben in Würde in allen Lebensabschnitten" zu fördern und Armut und soziale Ausgrenzung zu bekämpfen. Zu diesem Zweck sollten Mindesteinkommensregelungen (Minimum Income Schemes) nicht nur eine angemessene Einkommensunterstützung und einen effektiven Zugang zu unterstützenden Dienstleistungen bieten, sondern auch die Arbeitsmarktintegration derjenigen fördern, die in der Lage sind zu arbeiten.

In der Empfehlung werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, *"die Höhe der Einkommensunterstützung nach einer transparenten und soliden Methode festzulegen, die in den Rechtsvorschriften definiert ist und die Sozialpartner einbezieht"*. Außerdem werden sie aufgefordert, bis Ende 2030 eine angemessene Höhe des Mindesteinkommens einzuführen, die der nationalen Armutsgefährdungsschwelle oder dem Wert lebensnotwendiger Güter und Dienstleistungen entspricht. In der Empfehlung wird auch vorgeschlagen, dass die Mitgliedstaaten eine breite Abdeckung (für alle Personen, die nicht über ausreichende Mittel verfügen") und eine vollständige Inanspruchnahme des Mindesteinkommens fördern sollten. Interessanterweise wird empfohlen, dass die Mitgliedstaaten *"die Möglichkeit gewährleisten, die Einkommensunterstützung für einzelne Haushaltsmitglieder zu beantragen"*, um die Gleichstellung der Geschlechter und die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen, jungen Erwachsenen und Menschen mit Behinderungen zu fördern.

Bei der Verordnung über ein angemessenes europäisches Mindesteinkommen handelt es sich jedoch um nicht zwingendes Recht - sie ist eine Empfehlung und keine Richtlinie, wie das Europäische Parlament gefordert hatte.³⁴ Wie das Europäische Netzwerk zur Bekämpfung der Armut (EAPN) hervorhebt, sieht sie weder eine automatische Indexierung der Einkommensgarantien an die Lebenshaltungskosten und die Inflation vor, noch verweist sie auf einen "explizit rechthebasierten Ansatz" und auf *"einen gemeinsamen EU-weiten Rahmen und eine*

³² Pillinger, J. (2023). Die Entgelttransparenzrichtlinie: Die Rolle von hypothetischen Vergleichspersonen bei der Bestimmung von gleichem Entgelt für gleichwertige Arbeit. *ETUI Research Paper-Policy Brief*

³³ Europäische Kommission (2022). *Empfehlung des Rates über ein angemessenes Mindesteinkommen zur Gewährleistung der aktiven Einbeziehung*. Verfügbar unter: <https://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=89&furtherNews=yes&newsId=10504>

³⁴ Konle-Seidl, R. A. (2021, März). Stärkung des Mindesteinkommensschutzes in der EU. *Briefing für den EMPL-Ausschuss des Europäischen Parlaments*. Verfügbar unter: [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2021/662900/IPOL_BRI\(2021\)662900_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2021/662900/IPOL_BRI(2021)662900_EN.pdf)

gemeinsame Methodik für Referenzbudgets".³⁵ Das Recht auf ein angemessenes Mindesteinkommen bleibt also ein schwaches Recht, insbesondere in Zeiten der Austerität.

Nach der Veröffentlichung der Europäischen Pflegestrategie der Kommission im September 2022 wurden im Dezember 2022 zwei Empfehlungen des Rates angenommen, von denen die eine die Barcelona-Ziele für frühkindliche Betreuung und Pflege anhebt und die andere die Mitgliedstaaten auffordert, Aktionspläne auszuarbeiten und umzusetzen, um den Zugang älterer und behinderter Menschen zu erschwinglicher und hochwertiger Langzeitpflege zu verbessern.³⁶ Inspiriert von feministischen Vorschlägen befürwortet die EU-Pflegestrategie die Ausweitung von Pflegediensten, um bestehende Bedürfnisse zu decken und die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern; sie fordert auch die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in dem von Frauen dominierten Pflegesektor, in dem auch Migrant:innen überrepräsentiert sind. Die Empfehlung zur Langzeitpflege enthält jedoch keine Zielvorgaben, die Druck auf die Mitgliedstaaten ausüben würden, die Dienstleistungen zu erweitern. Darüber hinaus ist die EU-Pflegestrategie nach wie vor nicht bindend. Öffentliche Investitionen, die zur Erfüllung der neuen Pflegeziele erforderlich sind, sind mit einer restriktiven Fiskalpolitik nicht vereinbar.³⁷

2.3. Alternative Vorschläge für die Beschäftigungs-, Lohn- und Sozialpolitik

Das EuroMemorandum 2024 schlägt Folgendes vor:

- *Lohnerhöhungen, progressive Arbeitsmarktregelungen und sozialer Dialog*: Zur Bewältigung der Verteilungs-, Reproduktions- und Versorgungskrise ist es von entscheidender Bedeutung, die Sicherheit von Geringverdiener:innen und ärmeren Haushalten zu gewährleisten.

Nach jahrzehntelangem Lohndruck im Namen der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit, der zu einer sinkenden Lohnquote, zunehmender Ungleichheit, anhaltender Arbeitslosigkeit, unsicheren Arbeitsplätzen und Armut geführt hat, ist eine Anhebung des Lohnniveaus für ein nachhaltiges (lohngestütztes) Wirtschaftswachstum in der EU unerlässlich.³⁸

Der Rückgang der Reallöhne sollte durch ein umfassendes Maßnahmenpaket für

³⁵ Góis H. S., Rabahi K. (2023). Empfehlung des Rates für Mindesteinkommen: Not Enough to fight poverty?, *EAPN Position Paper*, 02/2023. Verfügbar unter: https://www.eapn.eu/wp-content/uploads/2023/02/eapn-EAPN-2022_Minimum-Income-Council-Empfehlung-5646.pdf

³⁶ Europäischer Rat (2022, 8. Dezember). *EU-Minister nehmen Empfehlungen zur frühkindlichen Betreuung und Langzeitpflege an*, [Pressemitteilung]. Verfügbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2022/12/08/eu-ministers-adopt-recommendations-on-early-childhood-and-long-term-care/>.

³⁷ Karamessini, M. (2023). From work-life balance policy to the European Care Strategy: mainstreaming care and gender in the EU policy agenda, *Document de travail n° 213*, Centre d'Études de l'Emploi et du Travail.

³⁸ Onaran, Ö., Obst, T. (2016). Wage-led growth in the EU-15 member-states: the effects of income distribution on growth, investment, trade balance and inflation, *Cambridge Journal of Economics*, 40; Onaran Ö., Stockhammer E. (2016), Policies for wage-led growth in Europe, Foundation for European Progressives Studies, *FEPS Policy report*.

einen "fairen Deal für Arbeitnehmer:innen" bekämpft werden.³⁹ Die Mitgliedstaaten sollten nicht zulassen, dass die Kaufkraft der Arbeitnehmer:innen weiter erodiert. Unmittelbar erforderliche Maßnahmen sind die Anhebung der Mindestlöhne, die allgemeine Anhebung der Reallöhne, strengere Lohnindexierungsmechanismen, sowie die Besteuerung und Umverteilung von exzessiven Gewinnen und Vermögen. Besonderes Augenmerk ist auf frauendominierte Sektoren zu richten, vor allem auf den Pflegesektor, in dem berufliche Kompetenzen besser anerkannt und gewürdigt werden sollten.

Angesichts des zunehmenden Arbeitskräftemangels nach dem Ende des Kalten Krieges konzentrieren sich die beschäftigungspolitischen Maßnahmen der EU in der Regel auf Ausbildung, Mobilität oder Migration, um den Bedarf an Qualifikationen zu decken. Der Arbeitskräftemangel zeigt sich jedoch am deutlichsten bei prekären oder schlecht bezahlten Arbeitsplätzen mit schlechten Arbeitsbedingungen. Daher sollten die Re-Regulierung der Beschäftigung, die Qualität der Arbeitsplätze und bessere Arbeitsbedingungen ganz oben auf der politischen Agenda stehen. Dass der EU-Rat im Dezember 2023 die Richtlinie über Plattformarbeit, die den Schutz von selbständigen Plattformarbeiter:innen verbessern sollte, nicht angenommen hat, war eine verpasste Gelegenheit.⁴⁰

Es ist notwendig, den schwindenden Einfluss der Gewerkschaften umzukehren und die Rechte der Arbeitnehmer:innen auf faire Bezahlung, angemessene Mindestlöhne, soziale Sicherheit, menschenwürdige Arbeitsplätze und nachhaltige Arbeitsbedingungen besser zu unterstützen. Eine Verstärkung der Tarifverhandlungen ist unerlässlich, um Lohnerhöhungen durchzusetzen, Lohnunterschiede zu verringern und das geschlechtsspezifische Lohngefälle zu beseitigen. Verhandlungen sind auch wichtig, um die Qualität der Arbeitsplätze und die Arbeitsstandards zu verbessern.⁴¹

Der anhaltende Verweis auf fiskalische Austerität und die neoliberalen Reformen der europäischen Arbeitsmärkte ist unangemessen und behindert die Erfüllung der sozialen Verpflichtungen der EU. Die EU muss eine andere Art von Haushaltsdisziplin entwickeln, die die Arbeitnehmer:innen und die Ärmsten (statt die Profiteure und die Reichsten) begünstigt, um den dringenden sozialen und ökologischen Bedürfnissen gerecht zu werden.

- *Angemessene Einkommens- und Beschäftigungsgarantien:* Die bestehenden Grundeinkommenssysteme, die darauf abzielen, Anreize zur Arbeit und zur Annahme eines (niedrig bezahlten) Arbeitsplatzes zu geben, haben die Angemessenheit von Mindesteinkommensgarantien geschwächt, deren

³⁹ Europäischer Gewerkschaftsbund (2023). *Ein fairer Deal für Arbeitnehmer. Manifest für die Wahlen zum Europäischen Parlament 2024*, Europäischer Gewerkschaftsbund, [Flugblatt].

⁴⁰ Am 22. Dezember 2023 haben sich 12 Mitgliedstaaten nicht auf den Text geeinigt, der im Rahmen eines Trilogs ausgehandelt wurde. Siehe <https://www.euractiv.com/section/economy-jobs/news/member-states-deal-heavy-blow-to-platform-work-deal/>

⁴¹ Zwysen, W. (2023). Arbeitskräftemangel - Abkehr von schlechten Jobs. *ETUI Research Paper-Policy Brief 02*.

Großzügigkeit im Verdacht stand, von der Arbeit abzuhalten. Die Einkommensgarantien bleiben somit unterhalb der Armutsgrenze. Wie das Europäische Netzwerk zur Bekämpfung der Armut betont, ist ein auf Rechten basierender Ansatz für ein angemessenes Mindesteinkommen notwendig, um zu vermeiden, dass "*negative und strafende Konditionalitäten*" den Zugang zu Mindesteinkommenssystemen einschränken.⁴² Bei der Festlegung der Angemessenheit von Einkommensgarantien müssen die nationalen Armutgefährdungsschwellen, die Haushaltsbudgets und die Daten über die Ausgabenmuster einkommensschwacher Haushalte berücksichtigt werden. Die Einkommensgarantien müssen auch strikt an den Anstieg der Lebenshaltungskosten gekoppelt sein.

Anstelle von Aktivierungsmaßnahmen, die sich auf die "Pflichten" der Arbeitnehmer:innen konzentrieren, würde ein auf Rechten basierender Ansatz die Autonomie der Empfänger:innen von Einkommensunterstützung erhöhen und ihr Recht auf Beschäftigung stärken. Investitionen in eine Arbeitsplatzgarantie würden die Kombination eines auf Rechten basierenden Ansatzes mit Investitionen in öffentliche Dienstleistungen und Infrastruktur als Mittel zur Förderung eines sozial-ökologischen Wandels erleichtern.⁴³

- *Förderung einer Pflegewirtschaft*: Der Zugang zu grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen und Infrastrukturen sollte Teil eines auf Rechten basierenden Ansatzes sein, um sicherzustellen, dass die Bedürfnisse der Bevölkerung tatsächlich gedeckt werden.

Nach jahrzehntelangen Sparmaßnahmen sind die öffentlichen Pflegedienste im Gefolge der Pandemie stark geschwächt worden. In Krankenhäusern fehlt es an Betten, Ärzt:innen, Krankenschwestern und Pfleger:innen, in Schulen an Lehrer:innen, in Arbeits- und Sozialämtern an Ressourcen usw. Der Mangel an Pflegediensten verstärkt die Hindernisse für den Zugang zu wesentlichen Pflegediensten in der EU, etwas in Form von finanziellen Hindernissen aufgrund der Notwendigkeit steigender Privatausgaben, geografische Hindernisse aufgrund großer Entfernung und/oder des Mangels an Transportmöglichkeiten, sowie zeitliche Hindernisse aufgrund von Wartelisten für die medizinische Versorgung. Auch der Zugang zu erschwinglichen öffentlichen Infrastrukturen für die kollektive Versorgung mit wesentlichen Gütern und Dienstleistungen wie Energie ist nach wie vor zu begrenzt.

Die Förderung einer "Care Economy", wie sie von feministischen Ökonom:innen propagiert wird, würde es den Gesellschaften ermöglichen, den derzeitigen Pflegenotstand zu lösen und Ungleichheiten zu verringern (Kasten 2.2).

⁴² Europäisches Netzwerk zur Armutsbekämpfung (2023). Toolkit für die EAPN-Mitglieder zur Förderung angemessener Mindesteinkommenssysteme, *Europäisches Netzwerk zur Bekämpfung der Armut*.

⁴³ Tcherneva, P. R. (2020). *The case for a job guarantee*. John Wiley & Sons

Investitionen in eine "Care Economy" wären somit ein Teil der Lösung für die aktuelle Polykrise des neoliberalen Kapitalismus.⁴⁴

Kasten 2.2 - Die Care Economy

Politische Maßnahmen zur Förderung einer Care Economy unterstützen die Pflege in umfassender Weise. Sie garantieren ein allgemeines Recht auf Zugang zu hochwertiger Pflege, ein allgemeines Recht auf Pflege und ein aktives Recht zur Pflege. Sie definieren Pflege in einem weiten Sinne, der sich nicht nur auf die Betreuung von Kindern, älteren oder behinderten Menschen bezieht, sondern auf alle, die Pflege benötigen.

Die Care Economy erkennt den wesentlichen Charakter der Pflege an: Sie schätzt die Produktion von Pflege, ob bezahlt oder unbezahlt, und belohnt bezahlte Pflegearbeit angemessen, sichert Pflegearbeitsplätze in Bezug auf Status und Karrieremöglichkeiten. Die Care Economy unterstützt auch eine angemessene Vertretung der Pflegekräfte. Was die Gleichstellung der Geschlechter anbelangt, so fördert die Pflegewirtschaft eine gleichmäßige Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Pflegearbeit; sie stellt sicher, dass Pflege eine echte Wahlmöglichkeit ist und nicht dem Zwang unterliegt.

Quelle: Illkarcacan, I. (2018). Förderung des wirtschaftlichen Empowerments von Frauen: Recognizing and investing in the care economy. Issue Paper, UN Women, New York.

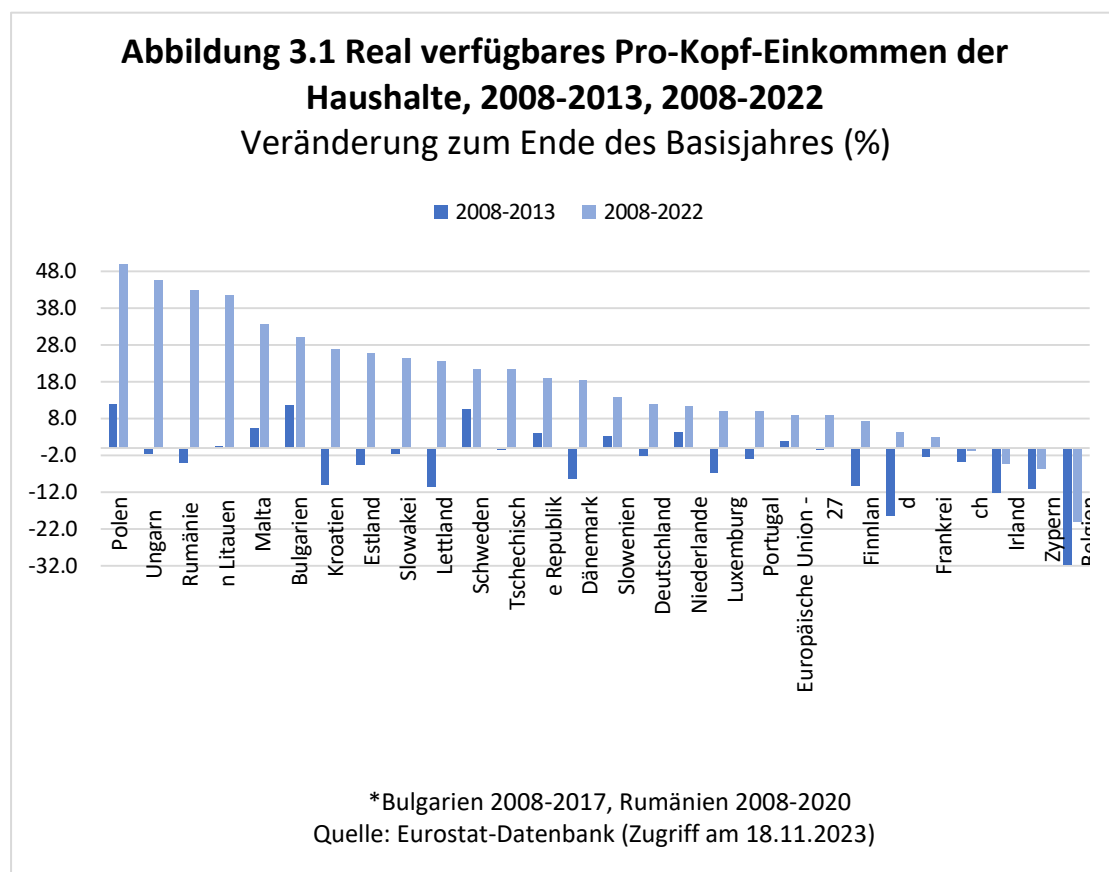
⁴⁴ Karamessini, M. (2023). From work-life balance policy to the European care strategy: Mainstreaming care and gender in the EU policy agenda, *Document de travail du Centre d'études de l'emploi*, n° 213.

KAPITEL 3: Konvergenz/Divergenz zwischen den EU-Mitgliedstaaten seit 2008

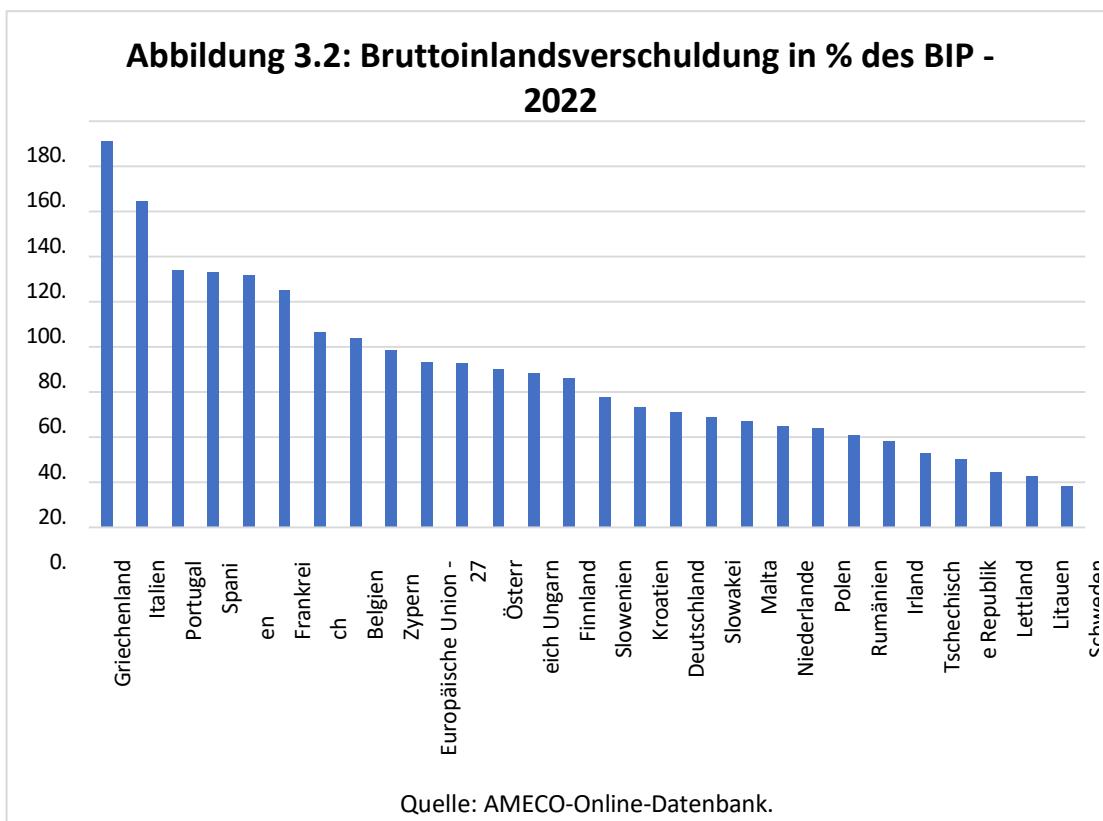
Die globale Finanzkrise, die Covid-19-Pandemie und die anhaltende Lebenshaltungskostenkrise haben die Arbeits- und Lebensbedingungen der Haushalte in ganz Europa erheblich beeinträchtigt und wirken sich nach wie vor auf ihr Wohlergehen aus. Darüber hinaus haben in den letzten fünfzehn Jahren die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede sowohl innerhalb als auch zwischen den EU-Mitgliedstaaten zugenommen, was den sozialen Zusammenhalt und die Legitimität des europäischen Integrationsprojekts untergräbt. Die zunehmenden Ungleichheiten haben den sozialen Zusammenhalt in der gesamten EU, auch in den „Kernländern“, ausgehöhlt, während die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten Hand in Hand gegangen sind und sich in der alten und neuen "Peripherie" der EU unterschiedlich entwickelt haben.

3.1. Gegensätzliche Trends der alten und neuen Peripherie

Zwischen 2008 und 2022 hat sich die alte südliche Peripherie der EU von den Kernländern und dem EU-Durchschnitt entfernt, während sich die neuen Mitgliedstaaten, die der EU mit den Erweiterungen 2004, 2007 und 2013 beigetreten sind - die neue Peripherie - angenähert haben (Abbildung 3.1).

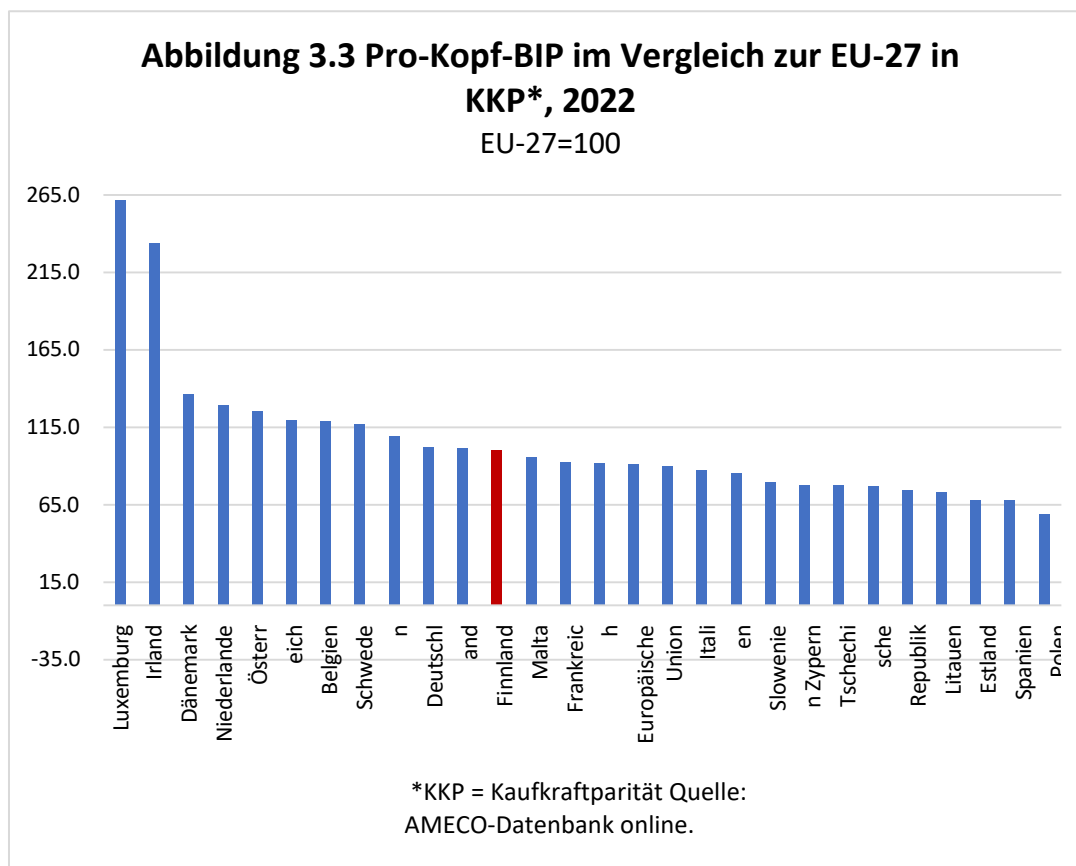


Alle neuen Mitgliedstaaten - mit Ausnahme von Polen, Bulgarien, Malta und Litauen - wurden zwischen 2008 und 2013 von der Großen Rezession getroffen, einige von ihnen ziemlich stark. Dennoch waren sie im Großen und Ganzen weniger betroffen als die Länder der südlichen EU-Peripherie und verzeichneten zwischen 2013 und 2022 ein sehr starkes Wirtschaftswachstum, das nur vorübergehend durch den Schock der Covid-19-Pandemie unterbrochen wurde. Im Gegensatz dazu führten Griechenland, Zypern, Portugal, Spanien und Italien als Folge der Staatsschuldenkrise harte Spar- und interne Abwertungsprogramme durch, die ihre Bevölkerung verarmten, Löhne und Arbeitnehmer:innenrechte reduzierten, ihre Wohlfahrtsstaaten und den sozialen Zusammenhalt schwächten und die Produktionskapazität ihrer Volkswirtschaften beeinträchtigten. Nur Portugal und Zypern gelang es, die Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise 2013-2019 vor der Covid-19-Pandemie zu überwinden, während Griechenland, Spanien und Italien ihre produktive Leistung und ihren Lebensstandard von vor 2008 noch nicht wieder erreicht haben. Aufgrund der höheren Staatsverschuldung verfügen die südeuropäischen Mitgliedstaaten nicht über die finanziellen Mittel, um ihre Industriestrukturen und ihren Wohlfahrtsstaat zu modernisieren oder eine sozial-ökologische Transformation ihrer Volkswirtschaften durchzuführen (Abbildung 3.2).



Was die neuen Mitgliedstaaten betrifft, so ist trotz der wirtschaftlichen und sozialen Konvergenz mit dem EU-Durchschnitt und der niedrigen Staatsverschuldung im Verhältnis zum BIP der Abstand beim Pro-Kopf-BIP zwischen ihnen und den "Kern"-

Mitgliedstaaten der EU immer noch sehr groß, insbesondere in Bulgarien, der Slowakei, Kroatien und Lettland (Abbildung 3.3).



3.2. Der Fall Italien

Wie aus Abbildung 3.1 hervorgeht, ist Italien in diesem Zusammenhang ein aufschlussreicher Fall, da es sich um ein "altes" Land handelt, das sogar Gründungsmitglied der EU und Mitglied der G7 ist.

Die Stagnation des italienischen Pro-Kopf-Einkommens in KKP-Werten kann in erster Linie auf die niedrige Produktivität über drei Jahrzehnte hinweg zurückgeführt werden. Während im Zeitraum von 1999 bis 2022 die Arbeitsproduktivität in den EU-27-Ländern um 21,5 % und die Reallöhne um 17,6 % stiegen, waren in Italien sowohl die Arbeitsproduktivität als auch die Reallöhne rückläufig. Dieser Rückgang war in den Jahren 2011-19 besonders ausgeprägt. Die Produktivitätslücke im Vergleich zum EU-Durchschnitt wird auf Faktoren wie die Spezialisierung der Produktion auf Sektoren mit geringer Wertschöpfung, die Prekarität des Arbeitsmarktes, geringe Investitionen in die Ausbildung der Arbeitskräfte und ein anhaltendes Nord-Süd-Gefälle zurückgeführt.⁴⁵

⁴⁵ Bis 1980 lag das Produktivitätswachstum Italiens im Einklang mit dem anderer europäischer Volkswirtschaften. Zwischen 1980 und 2000 begann Italien jedoch gegenüber der europäischen Produktivitätsgrenze an Boden zu verlieren. Trotz dieses Rückschlags konnte Italien seine Produktivität in diesem Zeitraum weiter steigern. Seit dem Jahr 2000 ist das Land in eine Phase der Verlangsamung des Arbeitsproduktivitätswachstums eingetreten. Siehe: Cirillo, V., Reljic, J. (2024, im Erscheinen). The North-South Divide - A Structural Labor Market Perspective in Italy's fragmented Landscape. In U. Glassmann und C. Gräbner-Radkowsch (Eds.), *The Political Economy of Italy and the Center-Periphery Perspective on Europe*. Metropolis Press

Die schlechte Leistung der italienischen Wirtschaft ist auf eine Kombination von Mikro- und Makrofaktoren zurückzuführen. Einerseits haben die zersplitterte Industriestruktur der italienischen Unternehmen und das Verschwinden einiger großer staatlicher Unternehmen, insbesondere seit den 1990er Jahren, die Wissensbasis des italienischen Produktionssektors verarmt, was zu technologischer Abhängigkeit, Deindustrialisierung und einer Schwächung der technologischen Fähigkeiten führte. Die Machtkonzentration in den Händen einiger weniger Akteur:innen in Schlüsselsektoren - in denen es keinen Wettbewerb gibt - hat zusammen mit dem Fortbestehen eines großen KMU-Sektors (99,9% der Unternehmen) in der italienischen Wirtschaft dazu geführt, dass Italien das einzige europäische Land ist, in dem die Durchschnittslöhne im Zeitraum 1990-2020 gesunken sind (-2,9 %, gemessen in konstanten USD-Preisen, mit 2016 als Basisjahr, und Kaufkraftparitäten für den privaten Konsum desselben Jahres). Andererseits haben mehrere Autor:innen aus der Makroperspektive die Rolle der strengen fiskalischen Zwänge hervorgehoben, die im Zuge des WWU-Integrationsprozesses auferlegt wurden,⁴⁶ was zu Sparmaßnahmen, Lohnzurückhaltung, mangelnder technologischer Wettbewerbsfähigkeit und einer Schwächung der Kapazitäten italienischer Unternehmen geführt hat.⁴⁷ Demgegenüber wurde Industriepolitik als Reaktion auf die EU-Wettbewerbsregeln abgeschafft.

Die Kombination aus kontraproduktiven Reformen, die durch externe Zwänge, Nachfragerückgang und Arbeitsmarktliberalisierung beeinflusst wurden, hat zu einem erheblichen Rückgang der öffentlichen und privaten Investitionen geführt. Außerdem hat dies zu einem Anstieg der prekären und befristeten Beschäftigung beigetragen.

Die strukturellen Schwächen der italienischen Wirtschaft wurden durch die Finanzkrise 2008, die Covid-19-Pandemie und den Russland-Ukraine-Konflikt noch verschärft. Der Inflationsanstieg hat sich erheblich auf die Löhne und die Kaufkraft der Einkommen ausgewirkt, da die italienischen Nominallohne nicht mit der Inflation Schritt gehalten haben. Ende Juni 2023 standen einunddreißig Tarifverträge für etwa 6,7 Millionen Arbeitnehmer:innen zur Verlängerung an. Dies ist darauf zurückzuführen, dass das italienische Tarifverhandlungssystem nicht in der Lage ist, die Inflation wirksam zu bekämpfen.⁴⁸ Der Inflationsanstieg hat jedoch nicht alle sozialen Gruppen gleichermaßen getroffen. Energiepreisschocks und Preisaufschlagschocks wirken sich unverhältnismäßig stark auf das Realeinkommen und den Konsum von gering qualifizierten Arbeitnehmer:innen und Personen außerhalb der Erwerbsbevölkerung aus.⁴⁹ Infolgedessen ist es von größter

⁴⁶ Baccaro, L., Blyth, M., & Pontusson, J. (2022). *Sinkende Erträge: Die neue Politik von Wachstum und Stagnation*. Oxford University Press

⁴⁷ Sturm, S. (2019). Lost in deflation: Why Italy's woes are a warning to the whole Eurozone. *International Journal of Political Economy*, 48(3), 195-237.

⁴⁸ Seit 1992 ist Italien von der Lohnindexierung durch den "Escalator" abgekommen und hat ein System der "Zielinflationsrate" für nationale sektorale Tarifverhandlungen eingeführt. In diesem Rahmen wird die Lohnindexierung durch die Zielinflationsrate ersetzt. Seit 2009 ist man dazu übergegangen, den *Harmonisierten Verbraucherpreisindex* (HVPI) abzüglich der Preise für importierte Energie als primäre Benchmark für nationale sektorale Tarifverhandlungen zu verwenden. Durch diese Umstellung wird sichergestellt, dass die Preise für importierte Energiegüter aus der Berechnung der geplanten Inflation ausgeschlossen werden.

⁴⁹ Wie das ISTAT hervorhebt, verwenden die Haushalte am unteren Ende der Einkommensverteilung einen wesentlich größeren Anteil ihres

Bedeutung, die strukturellen Schwächen des italienischen Arbeitsmarktes zu beseitigen, die die tiefgreifenden Ursachen für den Rückgang der Reallöhne, die beträchtliche Ausweitung der Gruppe der erwerbstätigen Armen und der Haushalte, die unterhalb der absoluten und relativen Armutsgrenze leben, darstellen. Es ist absehbar, dass die Inflation die Ungleichheiten zwischen den sozialen Schichten und innerhalb der Erwerbsbevölkerung vergrößert hat. Öffentliche Abfederungsmaßnahmen (in Form einer Geldprämie und steuerlicher Unterstützung), obwohl sie beträchtlich sind, haben es nicht geschafft, den Kaufkraftverlust der unteren und mittleren Einkommen einzudämmen und den Prozess der sozialen Polarisierung, der seit Jahrzehnten anhält, umzukehren.

Auch wenn die Inflationsrate in den kommenden Monaten und Jahren zurückgehen dürfte, wird dies für eine Erholung der materiellen Bedingungen und der Kaufkraft für den Großteil der arbeitenden Bevölkerung wahrscheinlich nicht ausreichen. Dies hat mehrere Gründe. Die wichtigsten sind der schwache und komplexe internationale makroökonomische Rahmen, die starken weltweiten geopolitischen und wirtschaftlichen Spannungen (siehe Kapitel 6), die Ungewissheit darüber, ob Italien in der Lage sein wird, die durch das NextGeneration EU Programm zur Verfügung gestellten Mittel voll auszuschöpfen, und die Rückkehr zu einer restriktiven Geld- und Fiskalpolitik in der Eurozone. Es sind substanziellere Maßnahmen erforderlich, wie die Erneuerung von Tarifverträgen und die Einführung eines inflationsindexierten Mindestlohns. Letzteres ist zwar keine erschöpfende und umfassende Maßnahme, könnte aber dazu beitragen, dass die rund drei Millionen Arbeitnehmer:innen, die in Italien einen Stundenlohn von weniger als 9 € verdienen, zumindest einen Teil der verlorenen Kaufkraft zurückerhalten.

Die EU-Vorschriften, insbesondere die Vorschriften über Lohnzurückhaltung und --flexibilität, sowie die Verringerung der Rolle des Staates in der Industriepolitik haben in den letzten Jahrzehnten die italienischen Exporte gefördert, aber den Strukturwandel in der Wirtschaft begrenzt. Vor allem die langfristige Strategie der Lohnzurückhaltung hat den Anreiz für italienische Unternehmen verringert, in Produktinnovationen zu investieren. Infolgedessen nehmen italienische Unternehmen eine marginale und untergeordnete Position in den globalen und europäischen Wertschöpfungsketten ein. Italienische Unternehmen sind in zunehmendem Maße von Muttergesellschaften in anderen EU-Ländern abhängig und nur in geringem Maße an Hochtechnologie- und FuE-intensiven Tätigkeiten beteiligt. Daher spiegelt ihre Marginalität die des gesamten Landes in der gegenwärtigen internationalen Arbeitsteilung wider: Die Spezialisierung der italienischen Industrie ist schwach, und das gilt auch für ihre zukünftige Ausrichtung. Das industrielle Kern-Peripherie-Problem zwischen dem Norden und dem Süden, das

Einkommens für den Verbrauch von Nahrungsmitteln und Energie und sind daher stärker von der Inflation betroffen. So stieg die Inflation, gemessen am HVPI-Index, im vierten Quartal 2022 für das ärmste Quintil der Haushalte um 18,4 %, während sie für das reichste Quintil um 9,9 % zunahm. Darüber hinaus hatten der Anstieg der Preise für Produkte und Dienstleistungen, die vor allem von Frauen in Anspruch genommen werden, sowie die Konzentration von Frauen in Sektoren mit niedrigen Löhnen und langsamerer Neuverhandlung von Tarifverträgen enorme Auswirkungen auf Frauen und verstärkten die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern

für Italien seit der Einigung 1861 ein internes Problem war, ist zu einem nationalen Problem geworden. In den letzten Jahrzehnten ist die gesamte italienische Wirtschaft vom Zentrum in die Peripherie der EU abgerutscht.⁵⁰

In politischer Hinsicht ist die Rolle Italiens noch komplexer. Italienische Unternehmen und Institutionen sind relevant genug, um die Achillesferse der EU darzustellen, die aufgrund der hohen Staatsverschuldung und der Industriekrisen⁵¹ spekulativen Angriffen der globalen Finanzwelt (wie nach 2008) und kurzfristigen Übernahmen ausgesetzt ist, wobei technologische Vermögenswerte von ausländischen Unternehmen übernommen werden, die nicht bereit sind, langfristige Investitionen im Land zu tätigen. Dies hängt auch mit der schwindenden Rolle der Politik in Italien zusammen, für die es mehrere Gründe gibt.

Dazu gehören die Korruption und die Entpolitisierung der Gesellschaft, aber auch die schwindende Rolle der Gewerkschaften, die wiederum mit der Deindustrialisierung Italiens und dem schwächeren Wandel der italienischen Volkswirtschaft hin zu einer Wissensgesellschaft mit technologisch hoch entwickelten Dienstleistungen zusammenhängt. Nachdem es jahrzehntelang keine Industriepolitik gab, ist Italien umso mehr auf eine solche Politik angewiesen. Ohne Selektivität der öffentlichen Politik in Bezug auf die Sektoren und Wertschöpfungsketten, in denen Investitionen wünschenswert sind, wird Italien weiterhin von den strategischen Entscheidungen globaler Akteure abhängig sein.

3.3. Überlegungen zu politischen Entwicklungen im Lichte von Konvergenz und Divergenz

Die EU hat in der Vergangenheit mit ihrer Kohäsionspolitik und den europäischen Strukturfonds die soziale Konvergenz und den Zusammenhalt zwischen und innerhalb der Mitgliedstaaten gefördert. Die Einnahmen werden über den EU-Haushalt zwischen Nettozahlern und Nettoempfängern umverteilt. Die Covid-19-Pandemiekrise war ein Katalysator für institutionelle Innovationen. Das SURE-Programm ermöglichte es den Mitgliedstaaten, die Arbeitsplätze und Einkommen von Arbeitnehmer:innen und Selbstständigen zu schützen, während die EU-Kohäsionspolitik gestärkt wurde durch a) die Schaffung des Just Transition-Fonds, um soziale Probleme, die in bestimmten Regionen durch den Übergang zur Klimaneutralität entstanden sind, anzugehen oder zu vermeiden, und b) das NextGenerationEU Programm, das Mittel zugunsten der von der Covid-19-Pandemiekrise am stärksten betroffenen Mitgliedstaaten zugewiesen hat.

Die Wirksamkeit der Finanzierung aus dem Kohäsionsfonds wurde jedoch gemindert, als die Osterweiterungen nicht mit einem größeren EU-Haushalt einhergingen;

⁵⁰ Guarascio, D., Heimberger, P., & Zezza, F. (2023). *Die Achillesferse des Euroraums: Reassessing Italy's long decline in the context of European integration and globalisation* (No. 470). wiiw Research Report.

⁵¹ Um nur einige von ihnen zu nennen: ILVA in Tarent, die GKN-Niederlassung in der Nähe von Florenz und die Whirlpool-Niederlassung in Neapel.

außerdem scheinen die während der Covid-19-Pandemie eingeführten Maßnahmen vorübergehend und eine Ausnahme gewesen zu sein. Wie in Abschnitt 3.1 dargelegt, konnte die Regional- und Sozialpolitik der EU die Verschlechterung des sozialen Zusammenhalts in der EU zwischen 2008 und 2022 nicht verhindern, was vor allem auf die wirtschaftliche und soziale Divergenz Südeuropas während der Krise der Eurozone zurückzuführen ist. Es ist nun klar, dass der grüne und der digitale Wandel die sozialen Ungleichheiten verschärfen wird, wenn keine öffentlichen Mittel zur Verfügung stehen, um nicht nur in die Höherqualifizierung und in neue Arbeitsplätze zu investieren, sondern auch, um den durch den Strukturwandel entlassenen Arbeitnehmer:innen einen Einkommensausgleich zu bieten. Die Mittel aus NextGenerationEU werden bis 2026 zur Verfügung stehen, während die Mittel aus dem Just Transition-Fonds eindeutig unzureichend sind; daher werden die Mitgliedstaaten in Kürze ihre eigenen Mittel aufstocken müssen, um die Verschärfung der sozialen Ungleichheiten zu verhindern und den sozialen Zusammenhalt zu schützen.

Auch der reformierte Stabilitäts- und Wachstumspakt (siehe Kapitel 1) wird den überschuldeten Mitgliedstaaten nur wenig zusätzlichen fiskalischen Spielraum verschaffen, während sie gleichzeitig einer noch strengeren Kontrolle bezüglich der Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts und des Europäischen Semesters unterworfen sein werden. Gleichzeitig werden diese Staaten in ihrer Fähigkeit, den ökologischen, technologischen und industriellen Wandel zu bewältigen, beeinträchtigt, wenn es nicht gelingt, das NextGeneration EU-Programm nach 2026 dauerhaft zu machen. In der gegenwärtigen Situation ist das Fehlen einer nationalen und europäischen Fiskalpolitik umso schlimmer, sind die Mitgliedsstaaten doch in einem internationalen Umfeld hoher Zinssätze gezwungen eine restriktive Fiskalpolitik zu implementieren.

KAPITEL 4: Kohlenstoffabscheidung, -verwertung und -speicherung und der europäische Green Deal: Eine Gefahr für den sozial-ökologischen Wandel

Mit einiger Verspätung legte die Europäische Kommission am 6. Februar 2024 ihre Mitteilung über das EU-Klimaziel für 2040 und den Weg zur Klimaneutralität bis 2050 vor.⁵² Sie schlug vor, die CO₂-Emissionen bis 2040 im Vergleich zu 1990 um 90 % zu senken. Nach Ansicht der Kommission sind zu diesem Zweck *"alle erneuerbaren Energien, kohlenstofffreie und kohlenstoffarme Lösungen (einschließlich Energieeffizienz, Kernenergie, Speicherung, CCS, CCU, industrielle Kohlenstoffabscheidung und alle anderen derzeitigen und künftigen Netto-Null-Energie-Technologien) erforderlich..."*⁵³. Dieser Ansatz, der sich durch die gesamte Mitteilung zieht, bedeutet eine deutliche Verwässerung des Ziels eines raschen Ausstiegs aus der fossilen Energie. Stattdessen verlagert die Kommission unter Berufung auf "starke geostrategische Interessen" und den "globalen Technologiewettbewerb" ihren Schwerpunkt auf die Kohlenstoffabscheidung und -speicherung (Carbon Capture Storage, CCS) und die Kohlenstoffabscheidung und -nutzung (Carbon Capture and Utilisation, CCU), um die weitere Nutzung fossiler Energien mit CCS und CCU zu ermöglichen.⁵⁴ Der für den "Green Deal" zuständige Kommissar Maros Šefčovič kündigte für das erste Quartal 2024 eine Mitteilung über Technologien zur Kohlenstoffspeicherung an.

4.1. Die Frage der CCS- und CCU-Technologien

Die EU hat 2021 ein Forum für Kohlenstoffabscheidung, -verwertung und -speicherung (CCUS-Forum) eingerichtet. Es findet jährlich statt und bringt Vertreter:innen der EU-Institutionen, der EU-Mitgliedstaaten und von Drittländern, Nichtregierungsorganisationen, Wirtschaftsführer:innen und Wissenschaftler:innen zusammen, um die Entwicklung und den Einsatz von CCUS-Technologien zu fördern. Auf der Jahrestagung 2022 lobte und würdigte Energiekommissar Kadri Simson CCS- und CCU-Technologien für ihr Potenzial, die globale Erwärmung auf das Pariser 1,5-Grad-Ziel zu begrenzen. Die von der Kommission gewählte Szenariomodellierung zeigt, dass bis 2050 jährlich 300 bis 640 Millionen Tonnen CO₂ abgeschieden und verwertet oder gespeichert werden müssen, damit die EU ihre Klimaziele erreichen

⁵² Europäische Kommission (2024, 6. Februar). *Unsere Zukunft sichern. Europas Klimaziel für 2040 und der Weg zur Klimaneutralität bis 2050 - Aufbau einer nachhaltigen, gerechten und wohlhabenden Gesellschaft*, Straßburg, 6.2.2024 KOM(2024) 63 endgültig.

⁵³ Ebd., S. 9.

⁵⁴ Ebd. Bei der Kohlenstoffabscheidung und -speicherung (Carbon Capture and Storage, CCS) wird ein relativ reiner Kohlendioxidstrom aus industriellen Quellen abgesaugt und zu einer vermeintlich sicheren langfristigen Deponie transportiert, wodurch der Kohlenstoffgehalt der Industrieemissionen um 75-90 % reduziert wird. Bei der Kohlenstoffabscheidung und -nutzung (CCU) wird das abgeschiedene CO₂ weiter gereinigt und zu Produktionsanlagen transportiert, in denen Kohlenwasserstoffe aus CO₂ und Wasserstoff (H₂) hergestellt werden.

kann.⁵⁵ Berichte von Regierungen und Agenturen, der Europäischen Kommission, der Ökonomen:innengruppe des IPCC (WG III) und der IEA sowie von Industrie und Wissenschaft, die alle auf ähnlichen ökonomischen Modellen beruhen, betonen ständig, dass die Europäische Union ohne groß angelegte Kohlenstoffabscheidung, -nutzung und -speicherung (CCUS) ihr Green-Deal-Ziel, bis 2050 "klimaneutral" zu sein, deutlich verfehlen wird.

Wissenschaftler:innen, Nichtregierungsorganisationen, Umweltbewegungen und die natur- und sozialwissenschaftlichen Gruppen innerhalb des IPCC sind jedoch mit diesen Modellszenarien nicht einverstanden und haben wiederholt auf drei wesentliche Probleme aufmerksam gemacht:

1. Klimaneutralität beschreibt den Zustand, in dem sich die Emissionen von vom Menschen verursachten Kohlendioxidgasen und der Abbau dieser Gase in einem bestimmten Zeitraum die Waage halten. Da die Treibhausgaskonzentrationen heute jedoch das 1,5-fache des vorindustriellen Niveaus überschreiten (das letzte Mal traten solche Konzentrationen vor etwa 3 bis 5 Millionen Jahren auf, als die Temperaturen 2 bis 3 Grad und der Meeresspiegel 10 bis 20 Meter höher lagen als heute), ist dies eindeutig kein Zustand, der das Problem des Klimawandels lösen wird. Zweitens ist dieses Ziel mit strittigen Annahmen und Auslassungen behaftet. Vor allem das Militär ist für etwa 5 % der weltweiten CO₂ Emissionen verantwortlich. Diese Zahl ist höchst unzuverlässig, da die Staaten gemäß dem Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) nicht verpflichtet sind, militärische Emissionen offenzulegen. Daher sind die Daten *"unvollständig, unklar und widersprüchlich"*.⁵⁶
2. CCS- und CCU-Technologien sind Hochrisikotechnologien. Der hohe Druck bei der CO₂ Einlagerung hat bereits zu einer Verunreinigung des Grund- und Trinkwassers geführt, und auch Explosionen und Erdbeben sind schon vorgekommen. Es gibt keine Garantie dafür, dass das Gas für Tausende von Jahren sicher im Untergrund gelagert werden kann. Selbst die am besten erforschten Lagerstätten am Meeresboden (z. B. die norwegischen Lagerstätten unter der Nordsee) haben in unerwarteter Weise reagiert, wobei ihre Entwicklung noch immer sehr unvorhersehbar ist und ihre Sicherung Milliarden von Euro erfordert.
3. Die Klimakrise erfordert sofortiges Handeln. Nach Berechnungen des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC) muss der Höhepunkt der weltweiten Emissionen spätestens im Jahr 2025 erreicht sein, und danach müssen die Emissionen rasch sinken. Selbst nach optimistischen Schätzungen können die CCS- und CCU-Technologien nicht wesentlich zu einer

⁵⁵ Simson, K. (2022). *Rede von Kommissar Simson auf dem Carbon Capture, Use and Storage Forum* [Pressemitteilung], verfügbar unter: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/SPEECH_22_6424

⁵⁶ ⁵⁷ Rajaeifar, M. A., Belcher, O., Parkinson, S., Neimark, B., Weir, D., Ashworth, K., ... & Heidrich, O. (2022). Dekarbonisierung des Militärs - Pflicht zur Emissionsberichterstattung. *Nature*, 611(7934), 29-32.

solchen raschen Verringerung der Emissionen beitragen. Vielmehr haben CCS und CCU die Funktion einer Täuschung, die die notwendige Umstellung von Energieangebot und -nachfrage sowie eine radikale sozial-ökologische Transformation verhindern soll. Dies legitimiert eine Strategie, die stattdessen die Sicherung maximaler Profite für "kohlenstoffintensive" Unternehmen und Finanzinstitute in den Vordergrund stellt.⁵⁷

Ungeachtet dieser Kritik haben die Institutionen der Europäischen Union die Ergebnisse der Lobbygruppe Vision CCUS in Umlauf gebracht, die ihrerseits die Mitteilung der Kommission vom 6. Februar maßgeblich geprägt haben.

- Sie schreibt die Einführung von CCUS in großem Maßstab vor, um bis 2050 mindestens 150 Mio. t/Jahr CO₂ atmosphärischen oder biogenen Ursprungs abzuscheiden und zu speichern; Dadurch wird CCUS zu einem wichtigen Mittel zur Verringerung der Emissionen aus derzeit kohlenstoffabhängigen Prozessen: Zement, Stahl, chemische Produktion und Müllverbrennung;
- Ermöglichung des weiteren Einsatzes von fossilen oder mit Biomasse befeuerten Kraftwerken in Regionen mit beträchtlichen bestehenden und kürzlich errichteten fossilen Kraftwerkskapazitäten, die mit CCUS zur Dekarbonisierung des Netzes ausgestattet sind;
- Verfolgung von Marktsignalen: Wenn die Erdgaspreise fallen, bietet CCUS eine potenziell äußerst wettbewerbsfähige Option für eine kohlenstoffarme Wasserstoffversorgung. Da es unwahrscheinlich ist, dass die EU in der Lage sein wird, den gesamten "grünen" (d. h. THG-emissionsfreien) Wasserstoff zu produzieren, kann "kohlenstoffarmer" Wasserstoff aus Erdgas - der heute vorherrschenden Wasserstoffquelle - fossilem Gas eine wichtige Rolle in der Dekarbonisierungsstrategie der EU zuweisen;
- Anerkennung der Umwandlung von CO₂ aus atmosphärischen oder biogenen Abfällen in Produkte wie Chemikalien und Brennstoffe als eine Form der Speicherung, wenn es dauerhaft chemisch in dem Material gebunden wird.⁵⁸

Die EU-Institutionen sprechen absichtlich von "Dekarbonisierung" und nicht von De-Fossilisierung. Durch die Fokussierung auf CCS, CCU und Wasserstoff ist es möglich, an den bisherigen Industriestrukturen, die fossile Energie nutzen, und den damit verbundenen Unternehmens- und Machtstrukturen festzuhalten und gleichzeitig eine Dekarbonisierung zu behaupten, bis die Illusion angesichts der Realität zusammenbricht.

⁵⁷ ⁵⁸ Greenpeace (2011). *CO₂-Endlager: Risiko statt Lösung*. Verfügbar unter: <https://www.greenpeace.de/publikationen/co2-endlager-loesung-risiko>; Bund (2023). Standpunkt 16, *CCS: Falsche Weichenstellung verhindern!*. Abrufbar unter: https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/bilder/klimawandel/falsche-weichenstellung-vermeiden-standpunkt-ccs.pdf; siehe auch Euromemorandum 2023 Kapitel 3

⁵⁸ Forum für Kohlenstoffabscheidung, -nutzung und -speicherung (2023, 31. Mai). *Vision für Kohlenstoffabscheidung, -nutzung und -speicherung in der EU*, p. 2-3. Verfügbar unter: <https://cdn.catf.us/wp-content/uploads/2023/05/31163741/ccus-europe-vision-report.pdf>

4.2. Jüngste Entwicklungen

Anfang Februar 2023 veröffentlichte die Kommission eine Mitteilung über den Green-Deal-Industrieplan⁵⁹ - mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der Netto-Null-Industrie der EU zu verbessern und den schnellen Übergang zur Klimaneutralität zu unterstützen. Der Plan besteht aus vier Säulen:

1. ein berechenbares und vereinfachtes Regelungsumfeld;
2. schnellerer Zugang zu Finanzmitteln;
3. Verbesserung der grünen Kompetenzen der Arbeitskräfte
4. offener Handel für resiliente Lieferketten⁶⁰

Darüber hinaus sieht der Vorschlag der Kommission für ein Gesetz über die Netto-Null-Industrie ab März 2023 eine Vereinfachung des Rechtsrahmens vor,⁶¹ um *"das Investitionsumfeld für die Produktionskapazitäten der Union für Technologien zu verbessern, die zentral ... für die Resilienz unseres dekarbonisierten Energiesystems sind und gleichzeitig zur Verringerung der Umweltverschmutzung zum Nutzen der öffentlichen Gesundheit und des ökologischen Wohlbefindens des Planeten beitragen"*.⁶²

Die Technologie zielt jedoch nicht in erster Linie auf die öffentliche Gesundheit und das Wohlergehen der Umwelt auf dem Planeten ab. Der Vorschlag enthält das Ziel, bis 2030 in der EU 50 Millionen Tonnen CO₂ Speicherkapazität zu schaffen, was den Öl- und Gasproduzenten in der EU die Möglichkeit bieten soll, "einen neuen Markt zu schaffen". Letzteres scheint eine entscheidende Absicht zu sein, denn 50 Millionen Tonnen abgeschiedenes CO_{2eq} sind marginal im Vergleich zu den 3,6 Milliarden Tonnen Treibhausgasemissionen, die durch die Wirtschaftstätigkeit in der EU entstehen.⁶³

Auf dem CCUS-Forum 2023 unterstrich Kommissar Simson auch die Bemühungen der Kommission, die finanzielle Unterstützung für Forschung, Innovation und Entwicklung zu verstärken, um den langfristigen Erfolg des CCUS zu sichern, und hob hervor, dass die Kommission bereits drei CCUS-Projekte aus dem EU Innovationsfonds finanziert habe. Auf der Grundlage des Rekordaufrufs des Innovationsfonds in Höhe von 3 Mrd. EUR für das Jahr 2023 forderte sie weitere 11 CCUS-Großprojekte zur Aushandlung von Finanzhilfvereinbarungen auf. Um die Entwicklung der CCS-Infrastruktur zu unterstützen, hat die Kommission sechs grenzüberschreitende CO₂ Netze und 14 CO₂ Transport- und Speicherprojekte als Teil

⁵⁹ Europäische Kommission (2023). *A Green Deal Industrial Plan For The Net-Zero Age*, Brüssel, KOM(2023) 62 endgültig, KOM(2023).

⁶⁰ Ebd., S. 1.

⁶¹ Europäische Kommission (2023). Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens für Maßnahmen zur Stärkung des europäischen Ökosystems für die Herstellung von Produkten mit Netto-Null-Technologie (Net Zero Industry Act), KOM(2023). Verfügbar unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/DOC/?uri=CELEX:52023PC0161>

⁶² Ebd., S. 1.

⁶³ Eurostat (2023). *EU Wirtschaft Emissionen in 2022: 22% weniger seit 2008*. Verfügbar unter: <https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/w/ddn-20231221-3>

der Entwicklung eines CO₂ Infrastrukturnetzes von der Nordsee über das Mittelmeer bis zum Baltikum in ihre Liste der "Projekte von gemeinsamem Interesse" aufgenommen.⁶⁴ Nahezu 480 Millionen Euro werden für vier CO₂ Transport- und Speicherprojekte vergeben.⁶⁵

4.3. Der Fall Deutschland

Die Kohlenstoffmanagement-Strategie der deutschen Regierung wird demnächst veröffentlicht. Im Bundeshaushalt ist ein erheblicher Teil des Förderprogramms "Dekarbonisierung der Industrie und Kohlenstoffmanagement" für CCUS-Projekte vorgesehen. In einem aktuellen gemeinsamen Positionspapier des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), des World Wildlife Fund (WWF) und der Umweltorganisation NABU/Birdlife wird eine klare Weichenstellung zugunsten von CCS und CCU gefordert.⁶⁶ Die "Allianz" fordert die Bundesregierung auf die erforderlichen "angemessenen wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen" zu schaffen.⁶⁷ Die zentrale These dieser Allianz lautet: *"Es ist richtig, dem Einsatz von CCS und CCU dort Vorrang einzuräumen, wo CO₂-Emissionen nach dem Stand der Technik nicht vermieden werden können."*⁶⁸

Macht man jedoch den aktuellen Stand der Technik zum Maßstab für unvermeidbare "Restemissionen", so wird der Transformationsdruck für Industrie- und andere Unternehmen deutlich reduziert und kann damit die Richtung technologischer Innovationsprozesse nicht mehr entscheidend beeinflussen. Unter Wettbewerbsbedingungen konzentrieren gewinnorientierte Unternehmen ihre ganze Kraft und kreative Energie auf die Suche nach Problemlösungen - auch weit über die Technik hinaus. Damit rücken neue Visionen und Geschäftsmodelle in den Fokus (Bauen ohne - konventionellen - Zement; Wohnraum schaffen ohne zu bauen; Zero-Waste-Vision ohne "Restmüllverbrennung" usw.). Wo etablierte Unternehmen nicht weiterkommen, bieten sich Chancen für kreative Newcomer und Start-ups, vor allem, wenn der Staat in diesem Bereich die richtige "Unterstützung" leistet.

CCS und CCU sind auf öffentliche Subventionen angewiesen, nicht auf die Mobilisierung von privatem Kapital durch öffentliche Regulierung, insbesondere für den Bau einer Pipeline-Infrastruktur und von Verteilerknotenpunkten. Diese sind

⁶⁴ Simson, K. (2023). *Grundsatzrede von Kommissar Simson auf dem Carbon Capture, Utilisation and Storage Forum*, [Pressemitteilung], verfügbar unter: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/SPEECH_23_6086

⁶⁵ Industry Intelligence Inc. (2023). *Nordlicht erhält 131 Mio. Euro von der Europäischen Kommission im Rahmen der Fazilität "Connecting Europe"; von acht grenzüberschreitenden Energieinfrastrukturprojekten, für die 594 Mio. Euro an EU-Mitteln bereitgestellt werden, gehen fast 480 Mio. Euro an vier Projekte zu CO₂ Transport und Speicherung.* Verfügbar unter: <https://www.industryintel.com/government-and-public-policy/news/northern-lights-to-receive-131m-from-europe-commission-via-connecting-europe-facility-of-eight-cross-border-energy-infrastructure-projects-being-awarded-594m-of-eu-funds-nearly-480-million-to-be-awarded-to-four-co2-transport-storage-projects-160199792712>

⁶⁶ Bundesverband der Deutschen Industrie, Deutscher Gewerkschaftsbund, Naturschutzbund Deutschland & WWF (2024). *Industrietransformation aus einem Guss. Gemeinsames Thesenpapier zur Einordnung von Carbon Management als Teil einer umfassenden Klimastrategie*, verfügbar unter: <https://bdi.eu/artikel/news/industrietransformation-aus-einem-guss-carbon-management>.

⁶⁷ Ebd.

⁶⁸ Ebd., S. 1

überdimensioniert geplant, um zu verhindern, dass die Nutzungsgebühren bei knappen Leitungskapazitäten übermäßig steigen. Hat die öffentliche Hand jedoch eine überdimensionierte Infrastruktur finanziert, liegt das finanzielle Risiko der Unterauslastung bei der öffentlichen Hand, die für die langfristigen Defizite aufkommen muss, während sie politisch verpflichtet sein sollte, die CO₂ Erzeugung zu minimieren.

Weltweit arbeiten die fossilen Produzentenstaaten und die Öl-/Gaskonzerne mit Hochdruck an der "Sanierung" der fossilen Brennstoffe - und dabei spielt deren "Klimaneutralisierung" durch Abscheidung und Speicherung eine zentrale Rolle, wie auch auf der COP28 in Dubai zu beobachten war. Hier decken sich die Interessen der fossilen Brennstoffindustrie mit denen einiger (naiver) Umweltschützer:innen, die in "negativen Emissionstechnologien" das Potenzial sehen, den Planeten zu retten - vorausgesetzt, die Nutzung fossiler Brennstoffe wird weiter reduziert. Weltweit werden CO₂ Deponien aufgebaut. Die deutsche Industrie macht mit - aus energiepolitischen Gründen, aber auch, weil Hersteller (und Gewerkschaften) ein riesiges Geschäft (mit entsprechend vielen Arbeitsplätzen) entstehen sehen. Es ist also klar, dass weltweit CO₂-Deponien entstehen werden - trotz vollem Bewusstsein für die Risiken.

4.4. Alternative Politiken

CCUS und verwässerte Klimaziele führen die EU derzeit auf einen gefährlichen Weg in die Klimakatastrophe. Stattdessen argumentieren wir, dass:

- Die in den EU-Richtlinien und den Gesetzen der Mitgliedstaaten vorgeschriebene Hierarchie von Vermeidung, Verwertung und Beseitigung muss alle Bereiche der Abfallwirtschaft abdecken, einschließlich CO₂.
- Sowohl für die EU als auch für die Mitgliedstaaten ist eine "Zielarchitektur" erforderlich: Wenn die Emissionsminderung weiterhin Priorität haben soll und CCS- oder CCU-Instrumente auf die Behandlung technisch unvermeidbarer "Restemissionen" beschränkt sind, müssen quantifizierte Ziele (für 2030, 2040, 2050) für die zulässigen Emissionen und die erforderliche technische Sequestrierung festgelegt werden.
- Es bedarf einer demokratischen Debatte über die Kohlenstoffmanagementstrategien der EU und ihrer Mitgliedsstaaten. Sie muss Emissionsminderung und -abscheidung klar trennen, ehrgeizige Ziele für Restmengen setzen, CCS und seine Ableger weitgehend vermeiden und ökologische Klimaschutzstrategien fördern.
- Die EU muss ihren Verpflichtungen aus dem Kunming-Montreal Global Biodiversity Framework vom Dezember 2023 nachkommen. Dazu gehört die "Stärkung natürlicher Senken" als zentrale Maßnahme, unter der Bedingung drastisch reduzierter Emissionen bei gleichzeitiger Ablehnung der Verbrennung von (kultiviertem) Holz oder anderer Biomasse mit CCS. Großflächige

Monokulturen, die wirtschaftlich rentabel sind, aber den Verlust der biologischen Vielfalt beschleunigen und mit falschen Umweltargumenten gerechtfertigt werden, müssen der Vergangenheit angehören.

- Eine verantwortungsvolle Politik für den ökologischen Klimaschutz muss die Wiederaufforstung von heute landwirtschaftlich genutzter Flächen und die Wiedervernässung von Mooren einschließen - Prozesse, die nicht nur kostspielig, sondern vor allem konfliktreich sind, weil die derzeitigen Eigentümer und Nutzer von der Notwendigkeit einer veränderten Landnutzung überzeugt werden müssen. Diese Konflikte müssen jedoch gelöst werden, mit dem Ziel, die Ökosysteme zu revitalisieren - und damit die Trends zu überwinden, die bereits zu einem stetig zunehmenden Verlust an Arten führen und die Widerstandsfähigkeit der natürlichen Systeme sowie der Nahrungs- und Futtermittelproduktion untergraben.⁶⁹

⁶⁹ Ebd

KAPITEL 5: Die politische Ökonomie der menschlichen Mobilität: Krise oder Chance?

Die menschliche Mobilität im Allgemeinen und die Mobilität der Arbeitskräfte im Besonderen ist eines der Hauptziele des europäischen Integrationsprojekts seit seiner Gründung im Jahr 1958. Das Binnenmarktprojekt hat die Mobilität der *Staatsangehörigen* der Mitgliedsstaaten weiter erleichtert und Maßnahmen wie den Sozialschutz und den Zugang zu sozialer Sicherheit in den Aufnahmeländern für zuwandernde Arbeitnehmer:innen einbezogen. Während die EU ihre Politik und ihre Rechte auf Freizügigkeit innerhalb der EU für die Staatsangehörigen ihrer Mitgliedsstaaten verbessert hat, gilt dies nicht für Drittstaatsangehörige mit Wohnsitz in der EU und erst recht nicht für Migrant:innen aus Nicht-EU-Ländern. Darüber hinaus haben nicht alle Mitgliedstaaten den Verordnungen und Richtlinien auf EU-Ebene über grenzüberschreitende Sozialleistungen zugestimmt, durch welche die Arbeitsmobilität erleichtert wurde. Angesichts der unterschiedlichen Niveaus des Pro-Kopf-BIP, des Lebensstandards und der Sozialleistungen in den Mitgliedstaaten argumentieren einige in den reicheren EU-Staaten, dass die "Freizügigkeit" zu "Wohlfahrtsmigration" und "Sozialtourismus" führen könnte, insbesondere nach dem Beitritt der ärmeren osteuropäischen Länder. In ihrem Schreiben vom April 2013 wiesen die Innenminister Österreichs, Großbritanniens, Deutschlands und der Niederlande auf die Gefahr des Betrugs bei der Inanspruchnahme von Sozialleistungen hin und sprachen sich gegen eine bedingungslose Freizügigkeit und den Zugang zu Sozialleistungen aus.⁷⁰

Die Beteiligung der Innenminister, die als Exekutivorgane für Recht und Ordnung zuständig sind, an dieser Debatte und ihre Äußerungen über "Wohlfahrtsmigration" und "Wohlfahrtstourismus" im Zusammenhang mit der Freizügigkeit von EU-Bürger:innen haben den Ton für einen Großteil des öffentlichen Diskurses über Migration in der EU vorgegeben, insbesondere im Hinblick auf die undokumentierte Migration von Menschen von außerhalb der EU, insb. von Geflüchteten und Asylsuchenden.

Der Diskurs über Einwanderung in Europa ist von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Unwahrheiten geprägt. Einwanderungsfeindliche Politiker:innen verwenden in ihren Erzählungen über Migration Metaphern, um die öffentliche Unterstützung für ihre unmenschliche Migrationspolitik zu gewinnen. In ihrer Rede vor dem Parteitag der britischen Konservativen im Jahr 2023 sprach die damalige britische Innenministerin Suella Braverman (die indischer Abstammung ist) vom derzeitigen "Orkan" der Einwanderung und verglich ihn mit den böigen Winden des Wandels, die ihre Eltern im 20th Jahrhundert über den Globus trieben.⁷¹ Ihre Metaphern sind

⁷⁰ Martinsen, D. S. (2020). Sozialpolitik: Zwischen rechtlicher Integration und Politisierung. In H. Wallace, M. A. Pollack, A. R. Young, & C. Roederer-Rynning (Eds.), *Policy-making in the European Union* (8 ed., pp. 254-274). Oxford University Press.

⁷¹ Archiv der politischen Reden. Suella-Braverman-2023 Rede vor dem Parteitag der Konservativen, 3. Oktober 2023. Verfügbar unter: <https://www.ukpol.co.uk/suella-braverman-2023-speech-to-conservative-party-conference/>

vergleichbar mit denen anderer, hauptsächlich rechtsgerichteter Politiker:innen in der EU, die von "Invasion", "großer Verdrängung" "europäischer" Bevölkerungen und Kulturen usw. sprachen. Derartige Übertreibungen sind jedoch nicht auf die Rechte beschränkt, wie die deutsche Politikerin Sahra Wagenknecht mit ihrer Rede von der Unverantwortlichkeit, "massive Zuwanderung" angesichts des Mangels an Wohnraum, Lehrern und Kindertagesstättenplätzen zuzulassen.⁷² Solche Einstellungen sind in der gesamten EU weit verbreitet.

Doch die Fakten der internationalen Migration erzählen eine andere und weit weniger dramatische Geschichte. Was den Bestand an Migrant:innen betrifft, so gab es nach den neuesten verfügbaren Zahlen im Jahr 2020 281 Millionen internationale Migrant:innen, definiert als Personen, die in einem anderen Land als ihrem Geburtsland leben. Sie machten nur 3,6 % der Weltbevölkerung aus.⁷³ Was die EU betrifft, so lebten im Jahr 2022 23,8 Millionen Migrant:innen aus Nicht-EU-Ländern in der EU, was 5,3 % der EU-Bevölkerung von 447 Millionen Menschen entspricht. Diese Zahlen sind kaum überwältigend, vor allem wenn man bedenkt, wie die EU den plötzlichen Zustrom ukrainischer Geflüchteter im Zuge des Kriegs zwischen Russland und der Ukraine bewältigt hat. Derzeit leben etwa 4,1 Millionen vertriebene Ukrainer:innen in der EU. Die vertriebenen Ukrainer:innen genießen eine privilegierte Stellung bei der Aufnahme und dem Leben in der EU, verglichen mit der Aufnahme von Vertriebenen aus außereuropäischen Ländern, von denen die große Mehrheit entgegen der öffentlichen Wahrnehmung in der EU nicht wegen Kriegen, sozialen und ethnischen Konflikten, Naturkatastrophen usw. in die EU einwandert. Solche Menschen ziehen in die nächstgelegenen sicheren Orte entweder in ihrem eigenen Land oder in Nachbarländern. Nach Angaben des UN-Hochkommissariats für Flüchtlinge wurden knapp drei Viertel (75 %) der Geflüchteten weltweit in ihren Nachbarländern aufgenommen, wobei die am wenigsten entwickelten Länder (Bangladesch, Tschad, Demokratische Republik Kongo, Äthiopien, Ruanda, Südsudan, Sudan, Vereinigte Republik Tansania, Uganda und Jemen) 27 % (6,7 Millionen) aller Geflüchteten weltweit beherbergen.⁷⁴

5.1. Die Steuerung und Regulierung der Migration durch die EU

Im Migrationsdiskurs besteht ein Spannungsverhältnis zwischen Migration als Arbeitsmarktproblem und der Migration von Menschen. Arbeit ist nicht wie andere Waren, sondern wird von Menschen verkörpert, mit all ihren physischen, geschlechtsspezifischen und kulturellen Merkmalen, die durch die Geschichte geprägt sind und der Arbeitsmigration ihre politische und kulturelle Dimension

⁷² Chazan, G (2023, Oktober 23) New leftist anti-immigration party to challenge Germany's far right, *Financial Times* Verfügbar unter: <https://www.ft.com/content/b18d8fee-b622-4e09-8865-4b200a62436c>

⁷³ Internationale Organisation für Migration (2021). *Weltmigrationsbericht 2022*. Verfügbar unter: <https://publications.iom.int/books/world-migration-report-2022>

⁷⁴ Ebd.

verleihen. *Es sind Menschen, die auf der Suche nach Arbeit oder Sicherheit umziehen und ihre Arbeitskraft an verschiedenen Orten anbieten und zu einem globalisierten Arbeitsmarkt beitragen.* Diese einfache Tatsache wird jedoch in der Migrationsdebatte oft ignoriert und zeigt sich in Formulierungen wie: „Wir haben um Arbeitskräfte gebeten, aber dann kamen Menschen“ oder die Verwendung des Begriffs "Gastarbeiter" in Deutschland, der die Aufmerksamkeit auf ihre spezifische Funktion als "Arbeiter" und ihren zeitweiligen Status als "Gäste" lenkte, um sie von "Migranten" zu unterscheiden, was nicht nur die langfristige Bindung der Migrant:innen an das Zielland implizierte, sondern auch Rechte für Migrant:innen und eine Verantwortung des Ziellandes für sie. Darüber hinaus hat die Einwanderung im Zeitalter des Nationalstaates immer die Frage aufgeworfen, wer Mitglied einer Nation ist oder sein kann. So ist es nicht verwunderlich, dass Arbeitsmarktfragen wie die Nachfrage nach Arbeitskräften (eine wirtschaftliche Angelegenheit) mit rechtlichen Fragen der Grenzkontrolle und des Aufenthalts (eine Sicherheits- und Justizangelegenheit) vermischt werden, wobei letztere eine Frage der Souveränität ist.

Diese Spannungen spiegeln sich in der Vorgehensweise der EU bei der Koordinierung einer gemeinsamen Politik zur Steuerung und Regulierung der Migration von außerhalb der EU im Rahmen des "Gemeinsamen Europäischen Asylsystems" (GEAS) wider.⁷⁵ So wich beispielsweise der Ansatz der Politikgestaltung auf EU-Ebene einer trans- oder intergouvernementalen Zusammenarbeit oder Koordinierung im Rahmen der Regulierungsagenturen Europol (für die polizeiliche Zusammenarbeit), Frontex (für die Kontrolle der Außengrenzen) oder der Europäischen Asylunterstützung (für Asyl). Kurz gesagt, Begriffe wie "Sicherheit" und "Souveränität" haben "Freiheit" und "Recht" im Ziel der EU, "einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts" zu schaffen, übertrumpft. Den Mitgliedstaaten ist es leichter gefallen, sich auf die Sicherung der gemeinsamen Außengrenzen zu einigen als auf die Aufnahme von Migrant:innen und Geflüchteten.⁷⁶ Die Einigung über die Sicherheit der Außengrenzen führte dazu, dass das Frontex-Budget von 85 Millionen Euro im Jahr 2006 auf 845 Millionen Euro im Jahr 2023 aufgebläht wurde.⁷⁷ In Bezug auf Asylbewerber:innen folgte das Dubliner Asylübereinkommen dem Schengener Durchführungsübereinkommen, wonach das erste Land, in das ein:e Asylbewerber:in einreist, für die Bearbeitung des Asylantrags zuständig ist. Dieser Ansatz berücksichtigte nicht die Komplexität und Schwierigkeit der *legalen Einreise* in die Schengen-Länder zum Zwecke der Arbeit, des Familiennachzugs, der Flucht vor Verfolgung und Krieg usw. Die Wünsche und Stimmen der potenziellen

⁷⁵ Europäische Kommission (2023). Migration und Inneres. *Gemeinsames Europäisches Asylsystem* [GEAS]. Verfügbar unter: https://home-affairs.ec.europa.eu/policies/migration-and-asylum/common-european-asylum-system_en

⁷⁶ Lavenex, S. (2020). Justiz und Inneres. In H. Wallace, M. A. Pollack, A. R. Young, & C. Roederer-Rynning (eds.), *Policy-making in the European Union* (8 ed., p. 344). Oxford University Press.

⁷⁷ Eurostat (2023). *Statistiken über Migration und Wanderungsbevölkerung*. Verfügbar unter: https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Migration_and_migrant_population_statistics

Migrant:innen wurden bei den Entscheidungen der EU nicht berücksichtigt. Da die legalen Wege für Tausende von Menschen praktisch geschlossen waren, öffnete sich ein "Markt" für illegale Einreisewege in die EU, der nach der US-geführten Invasion im Irak, dem Bürgerkrieg in Syrien, dem US-geführten Angriff auf Libyen und anderen ausländischen Interventionen und innerstaatlicher Unterdrückung in der MENA-Region sowie Afghanistan zu einem plötzlichen Anstieg der Zahl der Menschen führte, die versuchten, über "Frontländer" wie Griechenland, Italien und Spanien in die EU zu gelangen.

Es ist bemerkenswert, dass weder das Dubliner Übereinkommen noch die EU-Institutionen die Fähigkeit der "Frontlinien"-Länder in Betracht gezogen haben, mit der plötzlichen Ankunft von Geflüchteten und Asylbewerber:innen umzugehen, trotz der Instabilität und der Präsenz von UN-verwalteten Flüchtlingslagern in den Nachbarländern des Mittelmeers. Auch die Solidarität der EU-Mitgliedstaaten und die Notwendigkeit, sich gegenseitig zu unterstützen, wurde von der EU nicht ausreichend thematisiert. Die jüngste Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (CEAS) durch den Europäischen Rat führt weitere Einschränkungen für Asylbewerber:innen ein und greift in ihre Rechte ein. „Ihr Ziel ist es, die Asylverfahren an die Außengrenzen zu verlagern. [Im Rahmen] eines Schnellverfahrens können Menschen, die aus Ländern mit niedrigen Anerkennungsquoten kommen oder über 'sichere Drittstaaten' einreisen, kurzerhand abgewiesen werden. Ein großer Teil der Geflüchteten wird von der Ausweitung der Drittstaatenregelung betroffen sein. Darüber hinaus wird ein Dringlichkeitserlass den Anwendungsbereich dieser Regeln erweitern, die Haftzeiten verlängern und direkte Abschiebungen erleichtern.“⁷⁸

Tausende von Migrant:innen haben die EU-Migrations- und Asylpolitik mit ihrem Leben bezahlt, während einige EU-Schengen-Länder während der Spitzenzeiten der syrischen Migrant:innen, die während der Migrationskrise 2015/16 auf den griechischen Inseln ankamen, vorübergehend die Regelungen für den freien Grenzverkehr im Schengen-Raum aussetzten. Die EU-Integration als politische Einheit wurde in ihren Grundfesten erschüttert, was den Euroskeptizismus innerhalb der rechten Parteien und ihre einwanderungsfeindliche Rhetorik und Propaganda weiter verstärkte. Auch beim Brexit-Referendum im Vereinigten Königreich wurde die "Einwanderung" zu einem wichtigen Thema.

5.2. Die Stimme der Migrant:innen: der Fall Senegal

Die Stimme der Nicht-EU-Migrant:innen wurde in Migrationsstudien und der Migrationspolitik nicht berücksichtigt. Ihre Stimme war vor allem in der Musik, im

⁷⁸ Rosa-Luxemburg-Stiftung (2023). *Ist die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems ein Wendepunkt?* Interview mit C. Bünger, B. Kasperek und H. Schurian, H. 23. Oktober. Verfügbar unter: <https://www.rosalux.eu/en/article/2316.is-the-ceas-reform-a-tipping-point.html>

Tanz, in der bildenden Kunst, in der Literatur, in der kulinarischen Tradition und allgemein in kulturellen Formen, die die europäische Kultur bereichert haben, zu hören. Das Opportunity-Forschungsprojekt ([opportunities - for a fair narrative on migration](http://opportunities-project.eu) www.opportunitiesproject.eu) wollte diese Lücke bei der Bewertung und dem Verständnis der Sichtweise von Migrant:innen, wie sie von ihnen und ihren Fürsprecher:innen zum Ausdruck gebracht wird, füllen (vicarious story telling). Dieser Abschnitt stützt sich auf eine der Fallstudien über die Ansichten von Migrant:innen (unter Verwendung der "Cross-Talk"-Methode) und den Stellenwert der Migration in der senegalesischen Kultur.

Die Migration spielt eine wichtige Rolle in der Sozialisierung der Senegales:innen, da Sprichwörter und Lieder zur Bildung des/der Einzelnen verwendet werden. Migration ist eine soziale Tatsache und ein sozialer Akt. Der Wunsch, auszuwandern, hat mit der weiten Verbreitung von sozialen und Massenmedien, Fernsehkanälen usw. zugenommen. Durch die Magie der Bilder kultivieren diese Fernsehsender eine Anziehungskraft, ein Bild von anderswo, das eine Kultur der Migration fördert. Im lokalen Diskurs evozieren die zurückkehrenden Migrant:innen ein idyllisches Bild der Migration auf Basis von Stolz über ihre Geschichte. Diese Identitätskonstruktion, die von zurückkehrenden Migrant:innen genährt und aufrechterhalten wird, ist die Wurzel einer neuen "Lebensweise", die durch neue körperliche und sprachliche Ausdrucksformen und neue Verhaltensweisen gekennzeichnet ist.

Für die Auswanderungswilligen steht das Bild des Erfolgs im Ausland im Gegensatz zur Realität in der Heimat, die von chronischer Arbeitslosigkeit, unsicheren Arbeitsplätzen, Müßiggang, mangelnder Ausbildung usw. geprägt ist. Dies gilt insbesondere für den Fischereisektor, dessen Einkommenspotenzial in den letzten Jahren zurückgegangen ist. Die Menschen geben bessere Lebensbedingungen als einen der Hauptgründe für ihre Migration an. Trotz dieser ungünstigen wirtschaftlichen Bedingungen gehört der Senegal nicht zu den 20 größten Auswanderungsländern Afrikas. Sein Wanderungssaldo im Jahr 2020, von dem die Hälfte Frauen waren, betrug 1,6 % bei einer Gesamtbevölkerung von 16,7 Millionen.⁷⁹

Einige Migrant:innen nehmen den legalen Weg dank der Hilfe ihrer in Europa lebenden Verwandten, die ihnen die notwendigen Dokumente und Geld schicken, um ein Visum für die Flugreise nach Europa zu erhalten. Andere nehmen den unsicheren und gefährlichen Weg zu den Kanarischen Inseln in *Pirogen* (einem großen Kanu mit flachem Boden) und versuchen, "illegal" an der spanischen Küste zu landen, unter dem Motto "Barça ou Barsaax" (Geh nach Barcelona oder stirb). Diese Reisen werden entweder selbst finanziert oder von den Familien, insbesondere von den Müttern der jungen Migrant:innen, die ihren Goldschmuck oder andere Familiengüter verkaufen, Grundstücke verpfänden oder Kredite bei Sparvereinen

⁷⁹ Internationale Organisation für Migration (2021). *Weltmigrationsbericht 2022*. Verfügbar unter: <https://publications.iom.int/books/world-migration-report-2022>.

aufnehmen. Diese Reisen werden als Investition in die Zukunft der Familie angesehen, wenn die Migrant:innen das europäische Festland erreichen und anfangen, Geld zu verdienen und Rücküberweisungen zu tätigen, die nach Angaben der IOM im Jahr 2020 etwas mehr als 10 % des senegalesischen BIP ausmachten.⁸⁰

Nicht alle Migrant:innen sind erfolgreich, sondern enden in der Tragödie, dass sie auf der gefährlichen Reise auf hoher See sterben oder in den Senegal zurückgeschickt werden. Die Repatriierten leiden ein Leben lang unter der Schande ihres "Versagens" und der Verschwendung der familiären Ressourcen. Für einige Familien ist die Rückführung jedoch schlichtweg "Pech", und wird als Ansporn für einen "neuen Versuch" betrachtet.

Für die Mehrheit der Senegales:innen ist die Reise nicht einfach gleichbedeutend mit dem Erwerb eines festen Arbeitsplatzes, sondern symbolisiert den Weg, der beschritten werden muss, um sein Glück zu machen und soziales Prestige unter seinesgleichen zu erlangen. Menschen sagen: "Migration ist nicht nur ein Umzug, sondern auch der Versuch, in den Augen der Gemeinschaft zu existieren".

5.3. Auf dem Weg zu einer demokratischen Migrationspolitik und der Niederlassung von Migrant:innen

Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen ihre Migrationspolitik dringend reformieren, wenn künftige Tragödien mit Todesopfern im Mittelmeer vermieden werden sollen. Sie sollten auch die Integration und Ansiedlung ihrer Migrant:innen aus humanitären Gründen erleichtern, um die Beziehungen mit der einheimischen Bevölkerung zu verbessern und mehr von ihren Fähigkeiten und ihrem kulturellen Kapital zu profitieren. Die Reformen sind auch notwendig um der demokratischen politischen Kultur in der EU willen. Eine fakten- und evidenzbasierte Migrationspolitik würde ein positives Bild von Migrant:innen und ihrem Beitrag zum öffentlichen Leben vermitteln, das der negativen Propaganda und Angstmacherei der aufstrebenden und wieder erstarkenden rechten Parteien entgegenwirken könnte.

Die massenhafte Einwanderung von Syrer:innen im Jahr 2015 und von Ukrainer:innen im Jahr 2022 hat gezeigt, dass die meisten europäischen Länder mit einer gewissen Koordinierung ihre "Flüchtlingskrisen" schnell und human bewältigen können. Die relativ rasche Aufnahme und Absorption dieser Migrant:innen ist eine Gelegenheit, politische Maßnahmen zu initiieren, die künftigen Migrant:innenströmen zugutekommen würden. Dies erfordert einen strategischen Ansatz, der die langfristigen Migrationsströme anerkennt und sich von der derzeitigen Bewältigung von "Notfällen" abwendet. Es ist zu beachten, dass der derzeitige Migrationsbestand eine Eigendynamik hat, die zu einer Migration zur Familienzusammenführung führt; wir sollten beachten, dass "in den letzten 20

⁸⁰ Ebd.

Jahren die Familienzusammenführung einer der Hauptgründe für die Einwanderung in die EU war".⁸¹

Auf einer strategischeren Ebene lehrt uns die Geschichte der internationalen Migration, dass die Migration mit der Entwicklung der Länder nicht aufhören wird. Mehr Entwicklung bedeutet eine stärkere Integration der Weltwirtschaft, eine stärkere Verflechtung und einen intensiveren Informationsfluss über Chancen in der ganzen Welt, was zu mehr Migration führt. Im Allgemeinen folgen die Migrationsströme einem buckelförmigen Muster, das mit steigendem Pro-Kopf-Einkommen rasch zunimmt, einen Höchststand erreicht und dann abebbt.⁸²

In einem strategischen Ansatz müssen die Fragen der Sicherheit und des Arbeitsmarktes von der Migration getrennt werden; die Migration aus wirtschaftlichen Gründen muss auf eine rationalere Grundlage gestellt werden, die auf Informationen und Daten über den Arbeitskräftebedarf in Europa angesichts der raschen Alterung der Bevölkerung und der Nachfrage nach Arbeitskräften in allen Sektoren beruht.

Die EU als Staatengemeinschaft sollte sich bei der Verteilung von Geflüchteten und asylsuchenden Migrant:innen innerhalb der EU auf ihr Solidaritätsprinzip berufen (im Einklang mit ihrer Unterstützung für benachteiligte Regionen in der EU), wenn sie als politische und rechtliche Einheit überleben will. Es gibt bereits einen Präzedenzfall in Bezug auf die von der EU koordinierte Solidarität mit den ukrainischen Kriegsflüchtlingen. Als Teil dieses solidarischen Ansatzes sollten humanitäre Korridore, einschließlich der Suche und Rettung auf See, eingerichtet werden, um den Druck auf die Länder an den EU Außengrenzen zu verringern; außerdem sollte das Dubliner Übereinkommen neu verhandelt werden, damit Geflüchtete nicht in ihrem ersten Einreiseland Asyl beantragen müssen.

Die Niederlassung und Integration von Migrant:innen sollte ebenfalls Teil dieses solidarischen Ansatzes sein. Auch hier gibt es Präzedenzfälle in den EU-Regelungen für zuwandernde EU-Bürger, die aus Gründen der Gleichheit und Nichtdiskriminierung auf alle Migrant:innen ausgedehnt werden sollten. Die Unionsbürgerschaft auf der Grundlage eines langfristigen Aufenthalts (Wohnsitzes) entweder zusätzlich zur Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats oder unabhängig davon ist ein politischer Vorschlag seit den frühen 1990er Jahren. Drittstaatsangehörige tragen zum wirtschaftlichen und sozialen Leben der EU bei und sollten daher nicht aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit von den Vorteilen der Europäischen Union ausgeschlossen werden, die eine Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit verurteilt. Weitere Gründe, die für eine solche Gesetzesreform sprechen, sind die Förderung einer reibungslosen Eingliederung von Ausländer:innen und einer stärkeren

⁸¹ Europäische Kommission (2023). *Migration und innere Angelegenheiten. Politiken: Familienzusammenführung*. Verfügbar unter: https://home-affairs.ec.europa.eu/policies/migration-and-asylum/legal-migration-and-integration/family-reunification_de

⁸² Internationale Organisation für Migration (2021). *Weltmigrationsbericht 2022*. Verfügbar unter: <https://publications.iom.int/books/world-migration-report-2022>.

Zusammenarbeit in verschiedenen Gemeinschaften, die Beendigung der Praktik, die Unionsbürgerschaft nationalistisch zu konnotieren, und die teilweise Aufarbeitung und Anerkennung der kolonialen Vergangenheit Europas und seines zweideutigen Verhältnisses zum rassistischen Anderssein.

Die Integration von Einwanderern in das wirtschaftliche und soziale Leben eines Mitgliedstaates ist ein wesentlicher Bestandteil jeder Niederlassungspolitik. In dieser Hinsicht sollte die Integrationspolitik über die wesentlichen Sprachkenntnisse und die Achtung der Gesetze und Bräuche des Aufnahmelandes hinausgehen. Die Erleichterung des Zugangs zum Arbeitsmarkt für alle Migrant:innen, einschließlich der Asylbewerber:innen, würde ihre Integration beschleunigen und ihnen helfen, einen Beitrag zur Wirtschaft zu leisten und die Kosten des Aufnahmelandes für ihre Unterstützung zu verringern.

Die EU sollte über die Kontrolle und Bewältigung der gegenwärtigen Migrationskrise hinausgehen, die eher eine Dauerkrise für die Migrant:innen als eine vorübergehende und lokale Krise für die EU darstellt. Die Migrant:innen riskieren ihr Leben auf der sehr gefährlichen illegalen Reise nach Europa, weil die legalen Einreisewege unzureichend sind. Sie kommen an den europäischen Küsten schon in einem krisenhaften Zustand an, eine Krise, die mit dem langwierigen Prozess ihrer Legitimierung weitergeht. Europa braucht seine Migrant:innen, wie schon immer in der Geschichte, insbesondere angesichts seiner alternden Bevölkerung und des Bedarfs an Arbeitskräften in der Pflege, im Gesundheitswesen und in anderen Dienstleistungsbereichen. Hoffen wir, dass die Menschen in der EU Unterstützung mobilisieren können, um von ihren Politiker:innen eine humane Migrations- und Siedlungspolitik zu fordern. Die Flüchtlingskrise ist eine Chance für die EU, ihre Migrationspolitik zu ändern.

KAPITEL 6: Die sich verändernde Weltordnung und ihre Auswirkungen auf die EU

Im Euromemorandum 2023 haben wir die negative Dynamik der globalen politischen Ökonomie skizziert, die in einem ausgewachsenen Krieg im Herzen Europas gipfelte. Der Krieg in der Ukraine zieht sich nun schon seit zwei Jahren hin und prägt weiterhin die Dynamik der globalen politischen Ökonomie. In der Erklärung von Granada vom Oktober 2023 verpflichtete sich die EU, "die Ukraine und ihre Bevölkerung so lange wie nötig zu unterstützen". Nach dem Beitrittsantrag der Ukraine im Februar 2022 beschloss die EU, im Dezember 2023 Beitrittsverhandlungen aufzunehmen.

Aus der Sicht der US-zentrierten Geopolitik sind diese Entwicklungen in Europa nur ein Teil eines viel größeren Bildes, das sich um den Handelskrieg zwischen den USA und China, die Auseinandersetzungen um die Zukunft Taiwans, die Konflikte im Nahen Osten und andere Themen dreht. Während die USA versuchen, die hegemoniale Struktur der Welt zu stärken, ist das, was im Westen als neuer Kalter Krieg verstanden wird, für viele andere eine Fortsetzung des jahrhundertelangen Kampfes um globale Gleichheit. Die Teilung der Welt in zwei Blöcke und die widersprüchlichen Auffassungen darüber, was diese Teilung bedeutet, drohen die Welt in eine neue militärische Katastrophe zu stürzen.

6.1. Die Fortsetzung und schrittweise Eskalation des Krieges in der Ukraine

Der Krieg in der Ukraine hätte im Februar/März 2022 schnell beendet werden können, nachdem die Ukraine den russischen Vormarsch gestoppt hatte. Russland scheint mit einem Waffenstillstand und einem Rückzug aus dem größten Teil der Ukraine einverstanden gewesen zu sein, wenn die Ukraine zugestimmt hätte, nicht der NATO beizutreten und wenn sich die internationalen Sicherheitsgarantien für die Ukraine nicht auf die Krim, Sewastopol oder bestimmte Gebiete im Donbass erstrecken würden. In Bezug auf diese Gebiete räumten die Parteien ein, dass es unterschiedliche Auslegungen gibt und dass künftige Verhandlungen erforderlich sind.

Der damalige israelische Premierminister Naftali Bennett fungierte als Vermittler und gab später viele Details über die Verhandlungen bekannt, denen der Westen skeptisch bis ablehnend gegenüberstand.⁸³ Am 24. März 2022 beschloss die NATO, diese Friedensverhandlungen nicht zu unterstützen; die Haltung wichtiger westlicher Verbündeter verhärtete sich in den folgenden Tagen noch weiter.⁸⁴ Die Enthüllung

⁸³ Das vollständige, fast fünfstündige Interview ist abrufbar unter: Naftali, Benett (2023, 4. Februar). Benett spricht, [Video]. YouTube. <https://www.youtube.com/watch?v=gK9tLDeWBzs> (aufgenommen am 4. Februar; zuletzt angesehen am 22. November 2023).

⁸⁴ Am 28. März hatte Putin als Zeichen des guten Willens und zur Unterstützung der Friedensverhandlungen seine Bereitschaft erklärt, die Truppen aus dem Gebiet um Charkow und Kiew abzuziehen. Es ist unklar, ob der tatsächliche russische Rückzug aufgrund des erfolgreichen Gegenangriffs der ukrainischen Armee oder aufgrund des Versuchs Putins, die Verhandlungen zu erleichtern, oder als Ergebnis einer Kombination aus beidem erfolgte, aber er führte zur Aufdeckung der Kriegsverbrechen in Bucha. Allerdings hat sich die

der Kriegsverbrechen in Bucha am 1. April scheint ein weiterer Faktor gewesen zu sein, der Präsident Zelensky dazu veranlasste, sich gegen die Fortsetzung der Verhandlungen am 2. oder 3. April auszusprechen (zu diesem Zeitpunkt war auch die öffentliche Meinung in der Ukraine gegen ein solches Abkommen).⁸⁵ Dennoch war die Blockade der Verhandlungen aus ethischer und politischer Sicht eine Entscheidung des Westens, die Bennet für einen Fehler hielt.

Nach dem plötzlichen Scheitern der fast abgeschlossenen Verhandlungen Anfang April 2022 ist der Krieg in der Ukraine weiter eskaliert und hat zu einer immer stärkeren Mobilisierung von Menschen und Ressourcen geführt. In zwei Jahren sind Hunderttausende von Menschen gestorben oder schwer verletzt worden (auch psychisch), und die Kosten des Krieges steigen täglich. Die Ausweitung der NATO auf Finnland und auch auf Schweden hat zu dieser Eskalation beigetragen. Ein weiterer Schritt im Eskalationsprozess erfolgte, als Russland beschloss, vier Regionen der Ukraine völkerrechtswidrig zu annektieren. Die Verhandlungsposition der Ukraine hat sich verschlechtert, und Anfang 2024 scheint ein ausgehandelter Waffenstillstand und ein Abkommen weiter entfernt zu sein als im März 2022. Solange der Krieg andauert, scheinen eine EU Mitgliedschaft der Ukraine und die EU-Klausel zur gegenseitigen Verteidigung (Artikel 42 Absatz 7 des EU-Vertrags) einen Krieg zwischen der EU und Russland zu implizieren.

Die politisch-wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges in der Ukraine haben die meisten Ökonom:innen und Expert:innen überrascht. Es stimmt, dass der Krieg Russland schwächt und es von China abhängig macht, während Europa anscheinend wieder stärker von den USA abhängig geworden ist. Doch obwohl die russische Wirtschaft gelitten hat, scheint sie widerstandsfähiger zu sein als erwartet, während in der EU die Sanktionen die wirtschaftliche Lage verschlechtert haben, unter anderem durch die in Kapitel 2 analysierte Lebenshaltungskostenkrise. Eine weitere Überraschung für viele war, dass sich die Inflation in der EU nicht weiter beschleunigt hat, sondern sich bereits verlangsamt (siehe Kapitel 1).

6.2. Die aktuellen Konflikte zwischen den Großmächten sind eng miteinander verwoben

Wie im Euromemorandum 2023 erläutert, haben die Prozesse, die zum Krieg in der Ukraine geführt haben, mit der Dynamik der Unsicherheit zu tun, die in den 2000er und 2010er Jahren in der globalen politischen Ökonomie entstanden ist und eine gegenseitige „Versicherheitlichung“ der Beziehungen beinhaltet. Die neue Ära der

Haltung der westlichen Verbündeten bereits am 29. März bei einem Telefongespräch mit Scholz, Biden, Draghi, Macron und Johnson weiter verhärtet. Siehe Hajo Funke und Harald Kujat, Wie die Chance für eine Friedensregelung des Ukraine-Krieges vertan wurde. Eine detaillierte Rekonstruktion der Ereignisse im März 2022, *Brave New Europe* November 10, 2023, <https://braveneweuropa.com/michael-von-der-schulenburg-hajo-funke-harald-kujat-peace-for-ukraine>.

⁸⁵ Dies deckt sich nicht nur mit der Darstellung von Bennett, sondern auch mit der von Oleksi Arestovich, dem ehemaligen Berater des ukrainischen Präsidenten, der an den Verhandlungen mit der Ukraine teilnahm: "...mitten in der Einigung in Istanbul kehrten wir nach Kiew zurück, und nach Bucha erfuhren wir vom Präsidenten, dass wir die Verhandlungen abgebrochen hatten. Das nächste Treffen hätte am 9. April stattgefunden, und am 2. oder 3. April wurde es abgelehnt. Das Video des Interviews ist auf X veröffentlicht und kann unter <https://twitter.com/MyLordBebo/status/1746620883660148946> abgerufen werden

Sanktionen gegen Russland begann bereits 2012, verschärfte sich 2014 und explodierte 2022. Trotz der sich allmählich verschlechternden Beziehungen zu Russland wird China in den USA inzwischen als Hauptgegner und Hauptbedrohung angesehen. Während die Regierung von George W. Bush bereits begonnen hatte, China als Bedrohung wahrzunehmen, hat sich diese Wahrnehmung seit der globalen Finanzkrise von 2007-9 noch verstärkt.

2011 erklärte die Obama-Regierung die "Hinwendung zu Asien" und das 21. Jahrhundert zu "Amerikas pazifischem Jahrhundert". Damit verbunden waren eine militärische "Vorwärtspositionierung" und Freihandelsbestrebungen unter Führung der USA in der Pazifikregion. Die wirtschafts- und sicherheitspolitischen Maßnahmen der Trump-Administration machten die bisherige US-Außenpolitik meist nur unilateraler und unberechenbarer, wenngleich es auch einige qualitative Veränderungen gab. In der US-Handelspolitik beispielsweise wies die Positionierung der Vereinigten Staaten zunehmend protektionistische Tendenzen auf. Die Außenhandelsdoktrin von Trump wurde offiziell als "America First Trade Policy" bezeichnet. Sie beinhaltete die Ausnutzung des Hebels der gegenseitigen Abhängigkeit, um eine Marktöffnung oder einen besseren Marktzugang für amerikanische Waren und Dienstleistungen zu erzwingen. Bidens Regierung hat im Großen und Ganzen eine ähnliche Politik unter dem Motto "Investieren, ausrichten und konkurrieren" fortgesetzt, wobei sie sich darauf konzentrierte, China auszustechen und eine freie und offene indo-pazifische Region zu bewahren oder zu entwickeln, die China ausschließt.

Ein beliebtes, wenn auch irreführendes Konzept, um die Folgen dieses geo-ökonomischen und politischen Kampfes zu verstehen, ist die "Thukydides-Falle", die auf eine starke Tendenz zu einem Krieg zwischen China und den USA hinweist. In Anlehnung an Thukydides lautet die Grundaussage, dass "weil die Chinesen an Macht gewonnen und die Amerikaner alarmiert haben, dies einen Krieg zwischen ihnen fast unvermeidlich macht". Sogar Graham T. Allison, der den Begriff geprägt hat, gibt zu, dass die "Falle" kein theoretisches Konzept, sondern eine bloße Metapher ist. Eine der Ironien der Metapher besteht darin, dass die Chinesen die Rolle des proto-demokratischen Athens und die Amerikaner die Rolle des autoritären Spartas einnehmen. Ein besonders besorgniserregender Aspekt der Konzeptualisierung des Konflikts durch die "Thukydides-Falle" ist, dass diese Art von Antizipationen dazu neigt, sich selbst zu erfüllen.

Obwohl es ungewiss ist, ob eine unmissverständliche chinesische Opposition gegen den Krieg in der Ukraine Russland zurückgehalten hätte, wissen wir, dass seit Beginn der Invasion die russischen Exporte in die EU-Länder fast zum Erliegen gekommen sind, während die Exporte nach Asien gestiegen sind.⁸⁶ Obwohl der russische Handel mit Indien und der Türkei vergleichsweise stärker zugenommen hat, haben Russland

⁸⁶ The Bank of Finland Institute for Emerging Economies, BOFIT, (2023). *Russische Exporte sinken, Importe steigen im ersten Quartal*. Verfügbar unter: https://www.bofit.fi/en/monitoring/weekly/2023/vw202315_1/.

und China ihre wirtschaftlichen Beziehungen inmitten eines starken Handelsanstiegs vertieft.⁸⁷ Das Standardargument in China lautet, dass es Russland als Gegengewicht zu den USA braucht. Aus der Perspektive des vorherrschenden chinesischen Denkens scheint eine eindeutige Verurteilung der russischen Invasion in der Ukraine angesichts der angespannten und aufgeheizten Beziehungen zu den USA, die das reale Potenzial für einen großen Krieg beinhalten, keine vernünftige Option zu sein. Die aktuellen Konflikte zwischen den Großmächten sind eng miteinander verwoben.

6.3. Die Folgen einer US-zentrierten Geopolitik sind kontraproduktiv, auch für die EU

Die technologieorientierte Geopolitik der USA umfasst Sanktionen gegen China und versucht, die Rohstoff- und Wertschöpfungsketten durch Abkopplung und Friendshoring zu restrukturieren, was auf eine politische Instrumentalisierung der wechselseitigen wirtschaftlichen Verflechtungen (weaponized interdependence) hinausläuft.⁸⁸ In ähnlicher Weise versucht China, sich den Zugang zu kritischen Vorprodukten zu sichern und die Gefährdung seiner Handelsströme zu minimieren, und es hat auf viele Vorstöße der USA entweder mit Vorsichtsmaßnahmen (z. B. Einschränkung des Handels durch die Straße von Malakka) oder mit der Verhängung ähnlicher Beschränkungen und umfangreichen Versuchen des Friendshoring (insbesondere die Belt and Road Initiative) reagiert. Die langfristigen Forderungen der USA nach höheren Rüstungsausgaben durch andere NATO-Mitglieder sind Teil des "Pivot to Asia" der USA im Rahmen der transatlantischen Arbeitsteilung, bei der sich die USA mit ihren schwindenden Machtressourcen auf ihren Hauptfeind China konzentrieren und die Verantwortung für die Bewältigung von Problemen und Konflikten an den europäischen Außengrenzen - von der Ukraine bis Syrien, von Libyen bis Mali - stärker an die europäischen NATO-Länder delegieren könnten. Aufgrund des Krieges in der Ukraine haben die USA in dieser Angelegenheit endlich ihren Willen durchgesetzt, zum Beispiel durch die deutsche *Zeitenwende*. Vielleicht etwas paradoxerweise war die Aufrüstung der europäischen NATO-Mitglieder - zumindest bisher - ein militärisch-keynesianisches Konjunkturprogramm für die USA (und in geringerem Maße für Frankreich), während sie zusammen mit den hohen Energiepreisen (samt Folgeeffekten) das Wachstumspotenzial der EU-Wirtschaft eher noch weiter schmälert.

Die EU ist auf verschiedene Weise in diese negative Dynamik verwickelt. Der Europäische Green Deal ist ein Beispiel dafür. Infolge der politischen

⁸⁷ Murray B. (2023, Oktober 25). *China's closer bond with Russia reshapes trade flows*. *Atlantic Council*. Bloomberg. Verfügbar unter: <https://www.bloomberg.com/news/newsletters/2023-10-25/supply-chain-latest-russia-and-china-trade-relationship>; Lipsky J. & Graham N. (2023, Mai 30). China treibt mehr Handel mit Russland - aber auch mit vielen Verbündeten und Partnern der USA, *New Atlanticist*. Abrufbar unter: <https://www.atlanticcouncil.org/blogs/new-atlanticist/china-is-trading-more-with-russia-but-so-are-many-us-allies-and-partners/>.

⁸⁸ Farrell H. & Newman A. (2019). Weaponized Interdependence: How Global Economic Networks Shape State Coercion, *Internationale Sicherheit*, 44 (1), S. 42-79. In ihrem Buch aus dem Jahr 2023 berichten sie, wie die Trump-Administration die Ideen des Artikels aus dem Jahr 2019 schnell als ein "gutes Spielbuch zur Umsetzung" übernommen hat. Farrell H. & Newman A. (2023). *Underground Empire. How America Weaponized the World Economy*, London: Allen Lane, S. 101-102.

Instrumentalisierung der Energieversorgung im Zuge des Krieges in der Ukraine hat die EU eine Vielzahl von Infrastrukturprojekten und Erweiterungen für fossile Brennstoffe ermöglicht und beträchtliche Summen für energieintensive Industrien und den Stromsektor mobilisiert. Die politische Instrumentalisierung der Interdependenz untergräbt die Ziele der grünen Wende.

Darüber hinaus wird die Produktion aller Arten von Modulen für die Erzeugung erneuerbarer Energien und die (für Elektrofahrzeuge notwendige) Batteriespeicherung von chinesischen Unternehmen mit Marktanteilen zwischen 75 % und 90 % beherrscht. Bei einigen der in Batterien verwendeten Materialien und einigen Nischenprodukten liegt der Marktanteil Chinas sogar bei nahezu 100 %. Darüber hinaus werden viele der Metalle, die für die Herstellung von Modulen, Halbleiterplatten und -zellen benötigt werden, von chinesischen Unternehmen in und außerhalb Chinas gewonnen oder hergestellt.⁸⁹ Das Gleiche gilt für Solarpaneele und ähnliche Produkte. Da die EU und ihre Mitgliedstaaten die Sichtweise der USA von China als Bedrohung und Sicherheitsrisiko übernehmen, besteht die Tendenz, die Billigangebote aus China zu vermeiden und auf einer Strategie der heimischen Produktion zu bestehen, die heute als "Re-Shoring" oder "De-Risking" bezeichnet wird. Indem die EU die geopolitischen Interessen der USA akzeptiert, ist sie gezwungen, zu äußerst umweltfeindlichen Praktiken des Bergbaus zurückzukehren, da der grüne Wandel eine riesige Menge an Rohstoffinputs erfordert, deren Produktion derzeit von China dominiert wird.

6.4. Erzeugen wir eine globale Tragödie? Konkurrierende Narrative und reale Entwicklungen

Die sich abzeichnende Aufteilung der Welt in konkurrierende Blöcke geht einher mit diskursiven Auseinandersetzungen über das, was vor sich geht. Die Akteur:innen versuchen, den Entwicklungen in der realen Welt mit Hilfe von Ideen und Geschichten einen Sinn zu geben. Zu den relevanten Entwicklungen in der realen politischen Ökonomie, insbesondere aus der Sicht der USA, gehören Trends wie:

- rückläufiger Anteil der USA am weltweiten BIP (von 40 % im Jahr 1960 auf 23-24 % in den frühen 2020er Jahren in nominalen US-Dollar und auf 15-16 % in KKP; bis 2028 prognostiziert der IWF einen chinesischen Anteil von 19,7 %, einen US-Anteil von 14,5 % und einen EU-Anteil von 13,65 % in KKP)⁹⁰
- rückläufiger Anteil der USA am Welthandel (14 % der Ausfuhren im Jahr 1970 bis 8 % im Jahr 2022)
- Verdoppelung des US-Handelsdefizits im Zeitraum 2000-2022 und steigende Nettoszinskosten der US-Staatsverschuldung (die US-Schulden erreichten im Jahr 2022 135 % des BIP, dem Jahr, in dem die US-Regierung etwa 475 Mrd.

⁸⁹ Siehe International Energy Association (2023). *Energietechnologie-Perspektiven 2023*, Paris. Verfügbar unter: <https://www.iea.org/reports/energy-technology-perspectives-2023>.

⁹⁰ IWF (2023). BIP auf Basis von KKP, Anteil an der Welt, Datenbank des Internationalen Währungsfonds, April 2023. Verfügbar unter: <https://www.imf.org/external/datamapper/PPPSH@WEO/EU/CHN/USA>.

\$ für Nettozinskosten ausgab, was der Hälfte der US-Militärausgaben entspricht)

- rückläufiger Anteil des US-Dollars an den Währungsreserven (der US-Dollar dominiert nach wie vor die Devisenmärkte - 90 % der Transaktionen werden in US-Dollar abgewickelt -, aber der Anteil des US-Dollars an den Währungsreserven ist von 72 % im Jahr 2000 auf weniger als 60 % im Jahr 2022 zurückgegangen)

Die Theorie der hegemonialen Stabilität entstand in den 1970er Jahren, als der teilweise Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems weithin als Zeichen einer Krise der globalen Führungsrolle der USA verstanden wurde. Diese Auffassung wurde durch die Katastrophe des Vietnamkriegs und das Aufkommen der Neuen Linken noch verstärkt. Grundsätzlich behauptet die Theorie, dass die Stabilität der Weltwirtschaft von der wohlwollenden Führung des hegemonialen Staates - seit dem Zweiten Weltkrieg die USA - abhängig ist. In ihrer Standardversion geht die Theorie davon aus, dass bei freiem Handel ein Höchstmaß an globaler Wohlfahrt und Pareto-Optimalität erreicht wird und dass eine hegemoniale Verteilung potenzieller wirtschaftlicher Macht wahrscheinlich zu einer offenen Handelsstruktur und, allgemeiner, zu einer offenen Weltwirtschaft führen wird.⁹¹ Ganz allgemein wurde die liberale internationale Ordnung nach US-amerikanischem Vorbild unverblümt als (globales) öffentliches Gut definiert. Das globale öffentliche Gut sollte die Definition und Durchsetzung von Eigentumsrechten, die Beilegung von Streitigkeiten, Stabilität und Sicherheit umfassen. Das Problem liegt im Trittbrettfahren der kleineren Staaten in Europa, Asien und dem globalen Süden; die Armen beuten die Reichen aus.

Die praktische Schlussfolgerung aus dieser Theorie ist, dass man versuchen sollte, die hegemoniale Struktur zu stärken, die Trittbrettfahrer zur Kasse zu bitten und sich mehr um die eigene Position und die eigenen Interessen zu kümmern. Die erste Runde der Diskussionen um diese Theorie geriet in den Hintergrund, als der Kalte Krieg endete und die Hegemonie der USA für eine Weile wiederhergestellt schien (in der Literatur zu den internationalen Beziehungen wird dies oft als "der unipolare Moment der USA" bezeichnet). Die zweite Runde begann in den 2000er Jahren. Es sind die Grundthemen des mythischen Narrativs der hegemonialen Stabilität - gekoppelt mit der Annahme des Wohlwollens des Hegemons und damit verbundenen apologetischen Narrativen -, die die Entwicklungen der US-Außenpolitik seit 2001 erklären, von der neokonservativen Wende Bushs über Obamas "Pivot to Asia" und Trumps "Making America great again" bis hin zur "Invest, Align, and Competitive"-Doktrin der Biden-Administration.⁹²

Mit anderen Worten, die Theorie verhält sich der Welt gegenüber performativ oder neigt dazu, die Welt nach ihrem eigenen Bild zu konstruieren, selbst wenn dies

⁹¹ Z. B. Krasner, S. D. (1976). State Power and the Structure of International Trade. *World Politics*, 28 (3), S. 317-47; Gilpin, R. (1981). *Krieg und Wandel in der Weltpolitik*. Cambridge: Cambridge University Press

⁹² Siehe z. B. Strange, S. (1987). The Persistent Myth of Lost Hegemony, *International Organization*, 41 (4), S. 551-574; Grunberg, I. (1990). Exploring the 'Myth' of Hegemonic Stability, *Internationale Organisation*, 44 (4), S. 431-477.

unbeabsichtigte und negative Folgen hat, anstatt zu versuchen eine genaue Beschreibung der Welt zu liefern (oder zumindest so zu tun). So sind beispielsweise die Aushöhlung des Freihandels und die Deglobalisierung zu einem erheblichen Teil auf das Handeln der USA zurückzuführen, einschließlich ihrer Doppelmoral, ihres Protektionismus und ihrer politischen Instrumentalisierung gegenseitiger Abhängigkeiten. Und schließlich ähnelt ihre performative Seite dem Beharren des Perikles, dass Athen das Reich behalten und keine Zugeständnisse machen sollte, obwohl seine Handlungen zu diesem Zeitpunkt bereits zu weit verbreiteten Missständen geführt hatten - was laut Thukydides der wahre Grund für den Krieg war. Besorgniserregend ist, dass es aus Sicht der USA ein enges Zeitfenster gibt, um den Krieg gegen China um Taiwan zu gewinnen, da die Macht Chinas weiter wächst. Dies ähnelt der Logik, nach der die Deutschen im Sommer 1914 im Rahmen des so genannten Schlieffen-Plans bereit waren, einen Weltkrieg zu riskieren.

Natürlich ist die Theorie der hegemonialen Stabilität nicht die einzige sinnstiftende Erzählung im Westen. In den globalen Auseinandersetzungen wird das Narrativ "Demokratie gegen Autoritarismus" auf Seiten der USA und ihrer Verbündeten dem Narrativ "postkoloniale Entwicklungsstaaten gegen die Neokolonialisten" durch China und die BRICS und einige andere Länder des globalen Südens gegenübergestellt. Was im Westen als neuer Kalter Krieg verstanden wird, ist für viele andere eine Fortsetzung der jahrhundertelangen Kämpfe um globale Gleichberechtigung. Der formale Prozess der Entkolonialisierung hat asymmetrische Praktiken und Mechanismen in der globalen politischen Ökonomie hinterlassen.

Doch auch die Geschichte von den "postkolonialen Entwicklungsstaaten gegen die Neokolonialisten oder Neoimperialisten" ist nicht frei von Zweideutigkeiten und Widersprüchen. Alle Theorien, die in die Politikgestaltung einfließen, haben performative Effekte, die Ungleichheiten, Unterdrückung oder Gewalt rechtfertigen und unbeabsichtigte negative Folgen haben können. Darüber hinaus sind autoritäre Staatspraktiken nicht vollständig mit den Ideen der Emanzipation und der gleichen Entwicklung aller Menschen vereinbar. Es ist also klar, dass die Gesamtgeschichte aus globaler Sicht weitaus komplexer ist, als diese einfachen Gegenüberstellungen vermuten lassen. Was zählt, ist, dass die Zutaten für eine gewaltige globale Tragödie nun zusammenkommen - zur gleichen Zeit wie der Klimawandel und die Krise des Artensterbens im Hintergrund mit immer größerer Geschwindigkeit voranschreiten. Unsere verdunkelte Welt braucht Aufklärung.

Kasten 6.1: Der Krieg zwischen Israel und Hamas 2023-24 und die zunehmenden Unruhen in der Welt

Seit dem Jahr 2000 und nach wiederholten Gewaltepisoden, einschließlich der Gaza-Kriege 2008-2009 und 2014, haben sich die Lebensbedingungen im Gaza-Streifen und in geringerem Maße auch in anderen von Palästinensern bewohnten Gebieten verschlechtert. Die israelischen Wirtschaftsembargos und damit verbundenen Aktivitäten haben die Wirtschaft verarmen lassen, während die Hilfe der EU und anderer Länder dem teilweise entgegengewirkt und zeitweise sogar ein Wachstum ausgelöst hat. Die Covid-19-Pandemie hat die Misere noch verschärft. Trotz eines Anstiegs des palästinensischen BIP um 3,9 % lag das reale Pro-Kopf-BIP im Jahr 2022 immer noch weit unter dem Niveau vor der Pandemie und nahe dem niedrigsten Stand seit 1994. Zwischen 2006 und 2022 schrumpfte das reale Pro-Kopf-BIP des Gazastreifens um 37 %.

In den letzten Jahren hat eine Kombination von Faktoren die palästinensische Wirtschaft und insbesondere die Wirtschaft des Gazastreifens am Boden gehalten: die Pandemie, die Inflation, der Rückgang der Auslandshilfe, die Abhängigkeit vom israelischen Schekel (die wenig Spielraum für politische Reaktionen auf Schocks und Krisen lässt), die Steuerabzüge durch Israel, der weitere Verlust von Land und natürlichen Ressourcen an illegale israelische Siedlungen und der Anstieg der Schulden. Bis zu 80 % der Bevölkerung in Gaza sind von ausländischer Hilfe abhängig. Die Arbeitslosigkeit ist mit 45 % hoch und liegt unter jungen Erwachsenen noch höher. Die UNCTAD fasst die Situation der einfachen Menschen wie folgt zusammen: "Im Jahr 2022 bedeutete das Leben in Gaza Gefangenschaft in einem der am dichtesten besiedelten Gebiete der Welt, die Hälfte der Zeit ohne Strom und ohne angemessenen Zugang zu sauberem Wasser oder einem ordentlichen Abwassersystem".⁹³⁹⁴

Vor diesem sozioökonomischen Hintergrund begann der militärische Flügel der Hamas - seit Mitte der 2000er Jahre die wichtigste politische Kraft in der Region - mit der Vorbereitung eines groß angelegten Angriffs auf Israel als Reaktion auf bestimmte politische Missstände, einschließlich der Gewalt von Siedlern. Am 7. Oktober 2023 griff die Hamas israelische Militärstützpunkte und zivile Gebiete an, tötete auf brutale Weise mindestens 1.300 Menschen und nahm mehr als 200 Geiseln. Am nächsten Tag erklärte Israel offiziell den Kriegszustand und leitete eine Gegenoffensive mit dem Namen "Operation Schwerer aus Eisen" ein. Bis Februar 2024 wurden bei dieser Gegenoffensive bis zu 30.000 Menschen getötet, zumeist Zivilisten, darunter 6.000 bis 9.000 Kinder, und eine vollständige Blockade des Gazastreifens verhängt. Das Ergebnis ist eine massive humanitäre Katastrophe.

Am 29. Dezember 2023 reichte Südafrika beim Internationalen Gerichtshof einen Antrag auf Einleitung eines Völkermordverfahrens gegen Israel ein. Die Klage wird von Tausenden von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und politischen Parteien sowie von Dutzenden von Staaten unterstützt. In der Klage Südafrikas gegen Israel geht es darum, dass der IGH Israel anweisen soll, seine Militäroperationen in und gegen den Gazastreifen unverzüglich einzustellen". Am 26. Januar 2024 ordnete der IGH zwar keinen Waffenstillstand an, befand aber Südafrikas Vorwurf des Völkermords für "plausibel" und wies Israel an, "alle in seiner Macht stehenden Maßnahmen zu ergreifen, um die direkte und öffentliche Aufforderung zum Völkermord zu verhindern und zu bestrafen".

Josep Borrell, der Hohe Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, hat erklärt, dass *"alle EU-Mitgliedstaaten eine sofortige Einstellung der Feindseligkeiten unterstützen. Humanitäre Pausen, Waffenstillstand,... der Name ist nicht wirklich wichtig, was zählt, ist, das Leiden der palästinensischen Zivilbevölkerung und der israelischen Geiseln zu begrenzen"*.⁹⁴ Offensichtlich spielen die USA in dieser Hinsicht die entscheidende Rolle.

Die Euromemo-Gruppe unterstützt alle Versuche, die Gewalt zu beenden. Neben dem unermesslichen Leid, das durch das massive Ausmaß der Zerstörung im Gazastreifen (und die zunehmende Siedlergewalt im Westjordanland) verursacht wird, stellt die Gefahr einer weiteren Eskalation des Konflikts ein globales Problem dar. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts haben die USA und das Vereinigte Königreich als Reaktion auf Angriffe der Houthis auf westliche Schiffe im Roten Meer, die mit der Unterstützung der Palästinenser im Gazastreifen begründet wurden, Luftangriffe auf Ziele im Jemen durchgeführt. Nach Angriffen auf US-Militärpersonal in Jordanien ist eine direkte Konfrontation zwischen dem Iran und den Vereinigten Staaten möglich.

6.5. Alternative Politiken und die Notwendigkeit eines institutionellen Wandels

Alle Punkte, die wir im Euromemorandum 2023 dargelegt haben, sind weiterhin

⁹³ Das Zitat stammt von UNCTAD (2023). Prior to current crisis, decades-long blockade hollowed Gaza's economy, leaving 80% of population dependent on international aid, [Press Release] UNCTAD/PRESS/PR/2023/025, October 27, 2023. Verfügbar unter: <https://unctad.org/press-material/prior-current-crisis-decades-long-blockade-hollowed-gazas-economy-leaving-80>. Der vollständige Bericht ist abrufbar unter https://unctad.org/system/files/official-document/tdbex74d2_en.pdf.

⁹⁴ Borrell, J. (2023, November 17) *Wofür die EU in Bezug auf Gaza und den israelisch-palästinensischen Konflikt steht* https://www.eeas.europa.eu/delegations/uzbekistan/what-eu-stands-gaza-and-israeli-palestinian-conflict_en?s=233

relevant. Da die Welt wieder einmal zunehmend gespalten ist und eine weitaus größere globale militärische Katastrophe droht, ist es dringend erforderlich, die gefährliche globale Sicherheitsdynamik durch vertrauensbildende Maßnahmen und Rüstungskontrolle einzudämmen. Ein Friedensabkommen zwischen Russland und der Ukraine und den betroffenen Parteien zur Beendigung der Gewalt wäre ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Auch die Gewalt in Gaza muss aufhören, während in Ostasien sicherheits- und vertrauensbildende Maßnahmen die Spannungen abbauen könnten. Die Welt braucht Zeit, um zum Kern der Sache vorzudringen, d. h. zur grundlegenden Neuordnung der globalen Wirtschaftsordnung.

Um bessere Wege für die Weltgeschichte zu ermöglichen, müssen der Westen und insbesondere die USA die Idee eines Imperiums und Theorien aufgeben, die solche einseitigen Asymmetrien mystifizieren und legitimieren. Wir müssen weder das tragische Schicksal vergangener Imperien noch die Tragödie des Ersten Weltkriegs wiederholen, noch sollte die Erinnerung an diese unsere gemeinsame Zukunft bestimmen. Auch wenn die USA weiterhin an der Idee festhalten, ein "wohlwollender Hegemon" zu sein, sollte sich zumindest die EU von dieser kontraproduktiven und potenziell gefährlichen Idee distanzieren; Es ist gut, sich die bereits bestehenden Misstände vor Augen zu halten, bei denen EU-Vertreter:innen die USA wegen der himmelhohen Energiepreise, der Waffenverkäufe und der den Handel beeinträchtigenden US-Subventionen kritisiert haben. Die EU könnte zum Beispiel auf die Herausforderung durch China differenziert reagieren, indem sie in den Bereichen Umwelt, Steuerhinterziehung und Aufrechterhaltung des Handels zusammenarbeitet, ohne dabei das Eintreten für die Menschenrechte aufzugeben (die liberalen Menschenrechte sind nach wie vor ein konstitutives Prinzip der EU), oder sich einer möglichen territorialen Ausdehnung zu widersetzen. Auch China betont dieses Prinzip, auch wenn das Problem in der Definition dessen liegt, was "innen" und was "Ausdehnung" ist).

Die EU selbst sollte von einer weiteren territorialen Ausdehnung Abstand nehmen. Die EU-Erweiterung bedeutet Einflussnahme auf ihre Nachbarn, auch auf das Gebiet der ehemaligen Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), und diese Einflussnahme ist nicht immer unschuldig oder wohlwollend in einem universellen moralischen Sinne. Darüber hinaus ist der EU-Beitrittsprozess äußerst kompliziert, insbesondere im Falle der Ukraine. Erstens kann die EU die Ukraine nicht aufnehmen, solange der Krieg andauert, ohne Russland faktisch den Krieg zu erklären (Artikel 42 Absatz 7 EUV). Zweitens ist die Ukraine weit davon entfernt, die Kriterien für eine EU-Mitgliedschaft zu erfüllen, und der Krieg hat die Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft noch weiter verschlechtert (z. B. Kriegsrecht, Verbot politischer Parteien, verschobene Wahlen, Zensur der Medien usw.). Drittens wäre es viel wichtiger, umfangreiche Mittel für den Wiederaufbau der Ukraine nach dem Krieg bereitzustellen. Das Versprechen einer EU-Mitgliedschaft kann kein Ersatz sein für

echte Hilfe beim Wiederaufbau sein. Schließlich ist eine weitere Erweiterung ohne eine gemeinsame Steuerpolitik und ohne die Einrichtung weiterer EU-Institutionen ein Rezept, das den derzeitigen Stillstand noch verschlimmert und die desintegrativen Tendenzen in der EU verstärkt.

Die modernen Europäer:innen müssen es verstehen, über die kleine Halbinsel des alten Kontinents, die als Europa bekannt ist, hinauszublicken. Die grundlegende Neuordnung der globalen Wirtschaftsordnung würde (1) die Umgestaltung einiger der bestehenden Institutionen beinhalten, um eine freie und gleichberechtigte Entwicklung aller zu ermöglichen (z.B. durch die Schaffung eines Handelsregimes, das eine pluralistische und entwicklungsorientierte Politik ermöglicht, oder durch die Unterstützung nachhaltiger Entwicklungen in Ländern wie Palästina oder Jemen); und (2) den Aufbau neuer gemeinsamer Institutionen, die von einer Clearing-Union bis zu globalen Steuerorganisationen und einem Weltparlament reichen. Einige davon haben wir in früheren Euromemoranda skizziert und diskutiert. Hier möchten wir drei relevante Themen hervorheben.

Erstens: Jeder Prozess - einschließlich des Krieges in der Ukraine und des sich beschleunigenden Klimawandels - der zu einer raschen Inflation der Lebensmittelpreise im globalen Süden führt, wird wahrscheinlich zu Hungerrevolten und Verteilungskonflikten führen, die wiederum zum Zusammenbruch von Staaten und zu Bürgerkriegen führen können, möglicherweise gefolgt von ausländischen Ad-hoc-Militärinterventionen und Massenfluchtbewegungen. Militärische Interventionen können Kräfte aus den konkurrierenden Lagern einbeziehen und bergen damit die Gefahr einer Eskalation. Massenbewegungen von Menschen in den globalen Norden tragen tendenziell zur Stärkung der rechtsautoritären und nationalistischen Kräfte bei, was wiederum die derzeit vorherrschenden deglobalisierenden Tendenzen in der Weltwirtschaft verstärken kann. Die Dinge sind miteinander verknüpft, und diese Verbindungen erzeugen einen Teufelskreis. Was wir also brauchen, sind globale Institutionen und Gegenmechanismen, die sicherstellen, dass die Menschen Zugang zu nahrhaften Lebensmitteln in ausreichender Menge haben und sich diese leisten können. Solche Mechanismen und Institutionen können dazu beitragen, dass ein Tugendkreis entsteht. Um dies zu gewährleisten, müssten allerdings auch die zugrundeliegenden Probleme wie Krieg und globale Erwärmung und deren Ursachen angegangen werden.

Zweitens ist es jetzt an der Zeit, die Frage des militärisch-industriellen Komplexes und der Zunahme seiner relationalen Macht in verschiedenen Ländern wieder aufzugreifen. Wir können uns zwar an historischen Diskussionen dazu orientieren,⁹⁵ aber eine kritische politökonomische Analyse muss auch die Rolle der neuen Technologien und die Macht der digitalen Plattformen berücksichtigen. Die Tendenz solcher Organisationskomplexe, ein eigenes Leben, einen eigenen Zweck und eine

⁹⁵ Am bemerkenswertesten ist vielleicht Galbraith, J. K. (1969). *How to Control the Military*, New York: Signet Books, frei lesbar unter https://archive.org/details/howtocontrolmili000galb_h1m2/page/n7/mode/2up. Einige der Formulierungen dieses Absatzes sind Galbraith zu verdanken.

eigene Wahrheit zu entwickeln, kann durch die neuen undurchsichtigen, aber mächtigen Technologien und den geheimnisvollen Charakter der sicherheitspolitischen Praktiken noch verstärkt werden. Auch wenn der militärisch-industrielle Komplex nicht die Hauptursache oder sogar eine der wichtigsten Ursachen für Konflikte und die Ausweitung der Rüstungsproduktion ist, so wird seine wachsende Macht im Laufe der Zeit und seine Tendenz, seine eigene Existenz und Bedeutung zu rechtfertigen, zu einem wesentlichen Teil der Dynamik des Ganzen werden.

Dies ist nicht nur ein amerikanisches oder russisches Problem, sondern eines, das auch die Entwicklungen in Europa prägt (von den EU-Mitgliedern vielleicht am stärksten in Frankreich, das über Atomwaffen verfügt und der drittgrößte Waffenexporteur der Welt ist). Darüber hinaus neigt jede Nation oder jedes Bündnis, das durch die Macht des anderen, die als Bedrohung oder Feind verstanden wird, beunruhigt ist, dazu, Kritiker:innen nicht zu tolerieren, die die scheinbar einzig gangbare Linie in Frage stellen. Darüber hinaus kann die Kombination aus der Macht des militärisch-industriellen Komplexes und den disziplinierenden Auswirkungen der Versicherunglichung einen Teufelskreis bilden. Ihn zu durchbrechen kann - je nach dem spezifischen geohistorischen Kontext - sehr schwierig sein, scheint aber für das langfristige Überleben der Menschheit notwendig zu sein.

Der dritte und letzte Punkt betrifft die Sanktionen. Soweit Sanktionen im Allgemeinen oder im speziellen Fall Russlands 2022-24 sinnvoll sind, sollten sie sich in erster Linie gegen die Entscheidungsträger:innen und ihr Umfeld richten. Thomas Piketty hat Sanktionen auf der Grundlage eines neuen Transparenzregisters für Immobilien und andere Kapitalvermögen im Westen vorgeschlagen.⁹⁶ Diese Sanktionen wären sinnvoll gewesen, da sie vor allem die Machtelite um Putin und nicht die einfachen Lohnempfänger:innen der Mittelschicht in Russland getroffen hätten. Doch diese Sanktionen sind ausgeblieben, weil ein neues Transparenzregister ebenso wenig im Interesse der westlichen Milliardäre liegt wie im Interesse der russischen Oligarchen. Dies ist ein verblüffender Hinweis auf die Gefahren, die mit der Konzentration von Reichtum und Macht in wenigen Händen verbunden sind.

⁹⁶ Die Idee besteht darin, dass westliche Staaten hohe Steuern auf die Immobilien- und Finanzanlagen der wohlhabenden Russen erheben, was detaillierte Kenntnisse über diese Anlagen voraussetzt. Piketty, T. (2022, März 16). Die westliche Elite hindert uns daran, die Vermögen von Russlands Hyperreichen zu verfolgen, *The Guardian*. Verfügbar unter: <https://www.theguardian.com/commentisfree/2022/mar/16/russia-rich-wealthy-western-elites-thomas-piketty>.

Kontaktinformationen zum Vorstand der EuroMemo-Gruppe:

Rosaria Rita Canale, Neapel (rorita.canale@uniparthenope.it); Claudio Cozza, Neapel (claudio.cozza@uniparthenope.it); Judith Dellheim, Berlin (judith.dellheim@web.de); Anne Eydoux, Paris (anne.eydoux@lecnam.net); Marica Frangakis, Athen (frangaki@otenet.gr); Maria Karamessini, Athen (mariakarames@gmail.com); Heikki Patomäki, Helsinki (heikki.patomaki@helsinki.fi); Ronan O'Brien, Brüssel (ronanob@skynet.be); Werner Raza, Wien (werner.raza@aon.at); Magnus Ryner, London (magnus.ryner@kcl.ac.uk).